Klassenkampf

Kommunistisches Organ

den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkamp Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle

elpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 2. Dezember 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 284

erhindert den Schund- und Schmutz-Kuhhandel

Von Kurt Rosenbaum

Schundgesetz ist in zweiter Lesung im Reichstag vorläufig t. Die Großbourgeoisie, die nur willige und billige Sold- nicht aber freidenkende Schriftsteller und Künstler dulden , darüber darf es keine Täuschung geben, einen seiten an den muckerischen Gestalten aus der deutschnationalen , der Bayrischen Volkspartei und dem Zentrum. Dieser t sich völlig einig in der Grundfrage der Schaffung zur Vernichtung aller revolutionären Literatur,

St. Külz, der Unzuchtstöter

fortschrittlichen und sonstwie fortschrittlichen Schriften. Der beiden Lager liegt lediglich in abweichenden Auffas- über die Organisation des bürgerlichen Klassenstaates. Großbourgeoisie, am klarsten verkörpert durch die Deutsche , teilweise auch durch die Demokraten (Bankkapital), kapitalistischen Gründen zum „Einheitsstaat" und will auch im Schundgesetz in Form von Reichs- durchsetzen. Deutschnationale, Zentrum, Bayern die verschiedenartigsten Interessengruppen, die gleich- kapitalistisch bis separatistisch eingestellt sind und deshalb Länderprüfstellen verlangen.

der Kern der „Differenzen". Daran scheiterte die An- beiden Paragraphen, die sich mit den Prüfstellen befassen. untergeordneter Bedeutung für die Anhänger des Schund- und es ist es, ob die Religionsgesellschaften bevorrechtet oder nicht.

dem „Kernpunkt" muß die energischste Arbeit aller Feinde zwecke zum Zwecke der Verhinderung der Annahme in Parlamentslesung einsetzen. Hier beginnt nämlich der zwischen der Deutschen Volkspartei und den Demo- sogar den Sozialdemokraten. Man plant nicht weniger, als die jetzt abgelehnten beiden Para- mit „links" neu zu formulieren, um dann das ganze Hilfe der Deutschnationalen, der Bayern und des anzunehmen. Das ist Külzsche Strategie.

Gefahr entgegenzutreten, muß der grundsätzlich klare jedes kapitalistische „Schund- und Schmutzgesetz" werden. Unser Ziel muß sein, eine Differenzie- der bürgerlichen Parteien zu erzielen.

Verschärfung des verschärften Abwehrkampfes müssen wir daß zwar das Proletariat geschlossen und die Schrift- und Verleger nahezu geschlossen gegen die Külzerei Schichten von Lesern guter fortschrittlicher oder gar Schriften aus dem Mittelstand sind jedoch noch passiv und müssen in die Bewegung mit hineingezogen diesen Massen müssen wir klar machen, daß die Groß- und das Muckertum mit Hilfe des Schundgesetzes eine der gesamten Literatur wollen.

Arbeit allein wird den Kuhhandel um die beiden Para- verhindern oder, wenn sie mit größter Energie durchgeführt unmöglich machen. Das Schundgesetz muß verschwin- sein Adoptivvater und begeisterter Vorkämpfer mit

Große Koalition vor den Toren

Geßler soll gehen, sein System bleiben — Einigung über das „elastische" Arbeitsschutzgesetz in Sicht — Schmutzgesetz bleibt reaktionärer Schmutz

In der gestrigen Sitzung des Haushaltausschusses des Reichstages erklärte der sozialdemokratische Berichterstatter Stücklen, daß ihm fortlaufend vom Reichswehrministerium falsche Angaben gemacht worden seien, so daß er schließlich als Lügner dastehe. So habe man die Preise für Gewehre falsch angegeben. Stücklen hat dem Reichstag auf Grund der Angaben des Reichswehrministeriums falsche Mitteilungen machen müssen. Die Angaben Stücklens wurden durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpflin ergänzt.

Wenn die Tatsache der Falschunterrichtung des Reichstagsberichterstatters auch wahr ist, so muß doch bemerkt werden, daß das jetzige Aufdecken dieser Schwindeleien nur ein Glied in der Kampagne der Sozialdemokratie gegen den Reichswehrminister Geßler ist, den sie beseitigen will, um in die Koalition eintreten zu können.

Das „Berliner Tageblatt" meldet dazu in seiner gestrigen Abendausgabe, daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen bei der Frage der Regierungsumbildung auch die Frage der Besetzung des Reichswehrministeriums verbinden wollen. Sie werden in den nächsten Tagen mit neuestem und auch weiter zurückliegendem Material über gewisse Vorkommnisse bei der Reichswehr an die Reichsregierung herantreten und bestimmte Forderungen stellen.

Das Koalitionsproblem soll übrigens bei den Besprechungen der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten über den Arbeiterschutzgesetzentwurf der Reichsregierung behandelt werden. Die Regierungsparteien hatten einen Unterausschuß gebildet, der sich insbesondere mit der Frage der „freiwilligen" Mehrarbeit befassen sollte. Ueber das Ergebnis der heute stattgefundenen Verhandlungen wird offiziell noch nichts mitgeteilt, jedoch meldet die demokratische Abendpresse, daß dieser Unterausschuß „glaubt, auf dem Wege der elastischen Gestaltung des achtstündigen Arbeitstages eine Regelung gefunden zu haben". Eine vollständige Verständigung ist zwischen Demokraten, Zentrum und Bayrischer Volkspartei erfolgt; die Deutsche Volkspartei hat noch einige Bedenken. Heute abend oder spätestens morgen vormittag sollen dann Beratungen mit den Vertretern der SPD. stattfinden. Die Regierungsparteien hoffen, daß im interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien eine Grundlage gefunden wird, auf die dann auch die Sozialdemokraten treten können.

Im übrigen wird gemeldet, daß die Sozialdemokraten verschnupft sind, weil ihre Voraussetzungen für die sterile Koalition nicht so erfüllt sind, wie sie glaubten. Insbesondere sind die Sozialdemokraten „befremdet" darüber, daß sie vor der Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes nicht genügend unterrichtet worden seien.

Der „Vorwärts" schweigt sich über alle diese Dinge aus und meldet nur, daß Hermann Müller am Dienstagabend von Marx über das Ergebnis der Besprechung der Regierungsparteien verständigt worden sei.

In der Frage des Kompromisses zum Külzschen Schund- und Schmutzgesetz ist bekanntlich dahingehend eine Einigung gefunden worden, daß das Zentrum Reichsprüfstellen zugestehen will, die Volkspartei dafür Zugeständnisse über die Zusammensetzung dieser drei Reichsprüfstellen machen will.

In der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" wird noch einmal zu diesem neuesten Kuhhandel Stellung genommen und sehr richtig festgestellt, daß, wenn diese Kompromißregelung zustande kommt, der Name Länderprüfstellen zwar gefallen ist, in Wirklichkeit jedoch diese Länderprüfstellen mit dem neuen Namen Reichsprüfstellen nach wie vor bestehen bleiben. Die Reichsprüfstelle in München hat nach wie vor das Recht, Bücher auf den Index zu setzen, die für das ganze Reich damit verboten sind. Insbesondere ist, wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, wieder der Plan aufgetaucht, die religiösen Gesellschaften besonders zu berücksichtigen. Was das für die Reichsprüfstelle in München bedeutet, dürfte jedem klar sein. Die „Vossische Zeitung" bemerkt zum Schluß:

„Aber alle Verbesserungen ändern nichts an den Grundfehlern. Es bleibt dabei: weist das juristisch behauene, Deutschland zerreißende und seine Wirtschaft gefährdende Ungeheuer in die Wolfsschlucht."

Die Große Koalition, die immer näher rückt, sichert den Mittelparteien in immer stärkerem Maße ihre reaktionäre Politik. Selbst wenn Geßler gehen sollte, so ist damit nichts an der Reichswehr, schwarzer oder weißer Couleur, geändert. Die SPD. hofft aber, daß sie mit dem Sturz Geßlers den Werktätigen weismachen kann, daß nunmehr für die Reichswehr eine neue Aera angebrochen sei, und daß man nun mit möglichster Schnelligkeit in die Bresche zu springen habe. Was hindert's da, daß man beim Sprung auf die Ministersessel noch schnell sich über das „Arbeitsschutzgesetz der Regierung", das eine beliebige Verlängerung des Arbeitstages darstellt, einigt und mit Herrn Külz in „Schmutz und Schund" versinkt?

Alle Werktätigen durchschauen das Manöver und sind sich einig in der Forderung: **Hände weg von der Großen Koalition!**

Beginn des Reichs-Erwerbslosenkongresses

(Eig. Drahtm.) Berlin, 2. Dezember.

Die Reichskonferenz der Erwerbslosen wurde gestern unter außerordentlich starker Beteiligung eröffnet. Insgesamt sind gestern 429 Delegierte aus dem Reich und aus Berlin eingetroffen, von denen bis jetzt 419 registriert sind. Am heutigen Donnerstag werden noch mehr Delegierte erwartet. Von den eingetroffenen Delegierten gehören 254 der KPD. und 33 der SPD. an. Weiter sind 117 Parteilose, 13 Mitglieder des Jugendverbandes, 2 Mitglieder der USP. vertreten. Die gewerkschaftliche Zugehörigkeit ergibt folgendes Bild: 299 Delegierte gehören dem ADGB., 6 dem ZdA., 2 dem Butab, 2 den christlichen Gewerkschaften, 3 dem GdA. an. 107 Delegierte sind gewerkschaftlich nicht organisiert.

Bereits die gestrigen Verhandlungen zeigten, daß die Erwerbslosen nach der Schaffung einer einheitlichen und geschlossenen Kampffront der erwerbslosen und betriebstätigen Arbeiter, aller ausgebeuteten und werktätigen Schichten drängen. Die Konferenz nahm zunächst eine Resolution für die Freilassung des Genossen Hoelz und der übrigen proletarisch-politischen Gefangenen und eine Protestresolution gegen den weißen Terror in Italien an. Nach einer Begrüßungsansprache des Genossen Philipp sprach Genosse Wilhelm Pieck über „Die Bedeutung der Massenerwerbslosigkeit für die deutsche Arbeiterklasse und der Kampf um Arbeit und Brot".

In seiner heutigen Morgenausgabe nennt der „Vorwärts" den Reichserwerbslosenkongreß eine Verhöhnung der Erwerbslosen und ein kommunistisches Theater. Nur die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften würden sich ernsthaft um die Erwerbslosen bemühen.

Die Landeskonferenz der Werktätigen Mecklenburg-Schwerins

Am 28. November tagte in Güstrow die Landeskonferenz der Werktätigen Mecklenburg-Schwerins, an der ungefähr 90 Delegierte aus den verschiedensten proletarischen Organisationen erschienen waren. Die Konferenz beschloß einstimmig ein Manifest, in dem die Haltung der sozialdemokratischen Regierung, die seit dem Juli im Amt ist, gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft aufgezeigt wird. Trotz aller Wahlversprechungen führt die Regierung den Haushaltplan der früheren faschistischen Regierung Brandenstein durch,

der u. a. eine Jahresrente für den früheren Großherzog von 800 000 Mark, ferner 5 Millionen Mark für die Unterhaltung der Polizei, 4 Millionen Mark für die Justiz usw. vorsieht.

Aus Einnahmen der Reichseinkommensteuer verfügt die Regierung über 8 350 000 Mark. Die Kommunistische Partei beantragte die Verteilung dieser Summe zugunsten der Erwerbslosen, der Kriegsinvaliden, der Hochwassergeschädigten, ferner zum Steuererlaß für die notleidenden Schichten und für eine Erhöhung der Beamtengehälter der Gruppen I bis V. Auch diese Forderung wurde abgelehnt, dagegen für die Großgrundbesitzer und die Industrie ein **Geschenk von zwei Millionen Mark durch Erlaß der dritten Rate** der Grund- und Gewerbesteuer usw. angenommen. Das Manifest protestiert gegen diesen unerhörten Verrat und stellt sich hinter die Forderungen der Kommunistischen Partei. Einstimmig verlangte die Konferenz die Auflösung des Landtags und den Rücktritt der Regierung.

Eintreffen der Asche Krassins in Moskau

(WTB.) **Moskau, 1. Dezember.**

Heute mittag traf hier der Sonderzug mit der Asche Krassins ein. Die Mitglieder der Regierung empfingen den Zug auf dem Bahnhof. Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau drückte in einer Ansprache das Beileid des Diplomatischen Korps aus und legte namens desselben einen Kranz an der Urne nieder.

Am 29. November fand die offizielle Trauerfeier im Großen Theater statt. Die Regierung hat eine vierzehntägige Trauer für den Verstorbenen angeordnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0001

Külz provoziert — die SPD. im Scheinkampf

In der Reichstagssitzung vom 1. Dezember folgt die Etatsberatung der Ministerien für Landwirtschaft und des Innern. Für die Kommunisten sprechen die Genossen Hörnle, Korgler und Meier-Franken.

Beim Etat des Innenministers hatte die SPD. eine Interpellation eingebracht, die von der Regierung eine Stellungnahme und ein Eingreifen gegen Bayern und Württemberg verlangt, **weil diese unter Mißachtung der Reichsverfassung den Potemkin-Film verboten habe. Külz** antwortet in offensichtlich provokatorischer Absicht, daß von Bayern und Württemberg ihm noch keine Antwort zugegangen sei. Er könnte deswegen die Anfrage vom 21. Oktober (!!) noch nicht beantworten. Auf diese Provokation hin tritt der Fraktionsvorstand der SPD. zusammen und entscheidet, daß Landsberg noch einmal sprechen soll. (Die Interpellation war von Crispien begründet worden.) Landsberg findet scharfe, aber nichtssagende und vor allem zu nichts verpflichtende Worte gegen Külz. Dies ist aber nur die Außenseite, mit der die SPD. den Proleten Sand in die Augen streuen will. Daß es der SPD. gar nicht ernst ist, etwa gegen Külz vorzugehen, geht aus folgendem hervor: Kurz ehe Landsberg spricht, geht **Külz zu Landsberg** und will mit ihm reden. Aber Landsberg winkt Külz mit beruhigender Geste ab: Es wird schon nichts geschehen!

Als Crispien für die SPD. spricht, verläßt Külz den Sitzungssaal. Der SPD.-Abgeordnete Keil ruft empört: Es ist unerhört, daß Külz rausgeht! Darauf sagt Hermann Müller zu Keil und anderen aufgeregten SPD.-Abgeordneten: **„Ihr seid wohl verrückt geworden, wir wollen den Külz gar nicht drinhaben, sonst kommen wir nur in eine schwierige Lage."**

So sieht der Kampf der SPD. gegen Külz aus.

26000 thüringische Textilarbeiter ausgesperrt

Lohnbewegungen im ganzen Reich

(Eig. Drahtm.) **Gera**, 2. Dezember.

Die Unternehmer haben gestern die Arbeiter in Glauchau, Meerane und Neustadt a. d. Orla ausgesperrt, so daß jetzt 26 000 Arbeiter auf dem Straßenpflaster liegen. Sie wollen anscheinend die neue Aussperrung als Druckmittel für die heute im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches benutzen.

•

(Eig. Meldung.) **Stuttgart**, 2. Dezember.

Auch in Württemberg verschärft sich die Situation in der Textilindustrie. Genau wie in Sachsen und Thüringen, gehen die Textilbarone mit schärfster Brutalität vor. So hat der Verband süddeutscher Textilarbeitgeber, Landesgruppe Württemberg, bei einer Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart eine Verfügung gegen den Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes sowie gegen den Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Stuttgart erwirkt, die folgenden Wortlaut hat:

„Es wird den Antragsgegnern bis zur Entscheidung des seitens des Antragstellers im Rechtsstreit bezüglich der Hauptsache erfolgten Anspruchs bei Vermeidung einer Geldstrafe in ungemisser Höhe oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten untersagt, durch Rundschreiben oder in sonstiger Weise die Bezirksvertretungen oder die Arbeiterschaften der Betriebe der Textilindustrie aufzufordern, während der vertraglich festgesetzten Arbeitszeit die Betriebe zu verlassen und zu behaupten, daß die Arbeiter hierzu auf Grund der Vereinigungsstreiheit berechtigt seien."

Dieser ungeheuerliche Vorstoß, der unzweideutig die vollständige Einheitsfront zwischen dem Unternehmertum und den Organen des kapitalistischen Staates aufzeigt, hat in der Arbeiterschaft stärkste Erbitterung hervorgerufen, zumal es sich um den glatten Versuch handelt, mit Hilfe einer einfachen richterlichen Verfügung **die Koalitionsfreiheit aufzuheben.**

•

Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung" haben außer den Arbeitern der Deutschen Reichspost auch **die Arbeiter aller übrigen Reichsbetriebe** durch die betreffenden Gewerkschaften die Tarife kündigen lassen. Auch für diese Betriebe werden Verhandlungen in der nächsten Zeit eingeleitet werden.

Die Eisener Gewerkschaften haben die Tarifverträge über Lohn- und Arbeitszeit in den Betrieben der **Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke** für Rheinland und Westfalen zum 31. Dezember gekündigt. Gefordert wird die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit und 15prozentige Lohnerhöhung.

Der Lohntarif der **Straßenbahner in Frankfurt a. M.** hat eine Verschärfung erfahren.

Die Angestellten der nordwestlichen Metallindustrie haben ebenfalls ihre Tarife gekündigt. Dagegen wurde für die Arbeiter in den **Margarinewerkbetrieben** eine Vereinbarung getroffen, ihre Löhne um knapp 4 Prozent erhöht, der Tarif hat hier bis zum 2. April Gültigkeit.

•

Die Häufung der Lohnbewegungen ist bisher eine rein zufällige. Die Gewerkschaftsinstanzen denken nicht daran, durch Zusammenfassung dieser Bewegungen die Kampfkraft der Arbeiter zu verstärken, sondern sie führen jede Verhandlung völlig unabhängig von den Nachbarbewegungen durch. Allein eine Betrachtung der oben aufgeführten Meldungen eines Tages über neue Wirtschaftsbewegungen zeigt, welche Möglichkeiten gegeben sind, durch eine Konzentration der Wirtschaftskämpfe die Vorstöße der Arbeiterschaft zu erleichtern.

Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt

Das „Reichsarbeitsblatt" vom 24. November 1926 veröffentlicht u. a. folgende Zahlen:

	Hauptunterstützungsempf. 1. 10. 26.		Zusatzunterstützungsempf. 1. 10. 26.	Auf 100 Krankenkass.-Mitgl. ohne Erwerbsunfähigkeitshauptunterstützungsempfänger 1. 10. 26.
Reich	1 394 062	1 308 708	1 352 891	7,6 %
Preußen . . .	837 601	787 268	853 677	7,7 %
Prov. Sachsen .	53 412	44 962	57 574	4,7 %

Nach der **Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise** in den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern ist laut „Reichsarbeitsblatt" festzustellen, daß die Zahl der Arbeitsgesuche bei Männern und Frauen etwas abgenommen hat und daß auf der anderen Seite bei den offenen Stellen infolge vermehrten Stellenangebots für Männer im ganzen noch immer eine geringe Besserung eintrat. Die Andrangsziffer im Gesamtdurchschnitt der einbezogenen Städte blieb für das weibliche Geschlecht auf der Höhe des Vormonats (377); für Männer ergab sich eine Minderung des Andrangs von 598 Gesuchen für je 100 offene Stellen im September auf 558 im Oktober.

In **Berlin** ist, während die Zahl der weiblichen Erwerbslosen in der ersten Novemberhälfte um 300 zurückging, **die Zahl der männlichen Erwerbslosen um 9000 gestiegen.**

Im **hallischen Bezirk** (Regierungsbezirk Merseburg) ist die Lage gegenüber der Vorwoche nicht wesentlich verändert. Nach Leuna ist noch immer Zustrom — wie das Vieh werden die Arbeiter in den Zügen zusammengepfercht —, im Kreis Bitterfeld dagegen hat sich allgemein die Lage verschlechtert. Die Zahl der arbeitsuchenden Männer stieg um 46, der Frauen um 39. Auch das Arbeitsamt Zeitz stellt für die 2. Novemberwoche eine Verschlechterung fest.

Krupp fordert Sanierung auf Kosten der Steuerzahler

Die Fa. Krupp befindet sich schon wieder einmal in einer Finanzklemme. Ihr Essener Gußstahlwerk entbehrt angeblich einer Roheisengrundlage, arbeitet unrentabel und verschlingt große Summen und sie will diesen Uebelstand durch den Bau zweier neuer Hochöfen in Essen beheben. Das wäre ihre Angelegenheit. Aber sie verlangt, daß das Reich der Firma Krupp zu diesem Zwecke **20 Millionen Mark** gebe, und zwar zu einem ermäßigten Zinssatze von 4 Prozent. Das Reich solle also gegenüber dem normalen Zinssatze von 7½ bis 8 Prozent auf jährlich 800 000 Mark zugunsten der Firma Krupp verzichten. Die Firma Krupp droht bei Verweigerung dieses Geschenkes mit **der Entlassung von mehr als 15 000 Arbeitern in Essen.** Man kann dieses Vorgehen nicht anders als eine glatte Erpresserpolitik bezeichnen. Sie will sich gewaltige Regierungsgeschenke auf Kosten der Steuerzahler erzwingen, wobei sie als Einsatz für dieses Spiel die Existenz von Zehntausenden von Arbeitern aufs Spiel setzt.

Erst vor kurzem haben sich die kapitalistischen Häuptlinge der Großbetriebe „gegen eine Einmischung des Staates in die Wirtschaft" gewandt. Aber von den werktätigen Massen aufgebrachte Steuergelder sich schenken zu lassen, diese Art von „Einmischung" scheint ihnen geradezu den Daseinszweck des kapitalistischen Staates darzustellen. Die Bedrohung der Krupp-Arbeiter durch diese neue Aktion des abgetakelten Kanonenkönigs muß unbedingt von der Arbeiterklasse abgewandt werden. Das wird nur möglich sein, indem die übrigen Arbeiter der Metallindustrie und der anderen wichtigen Berufe in einer Front für ihre bedrohten Essener Kollegen eintreten.

Den Mittelstandsdemagogen ins Stammbuch

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1913 an Steuern insgesamt 39,90 Mark, im Jahre 1925 dagegen 63,10 Mark. Diese Steuern verteilten sich im Steuerjahr

	1913	1925
Einkommensteuer	21,30	17,70
Umsatzsteuer	—	3,90
Grund- und Gebäudesteuer	9,90	10,50
Hauszinssteuer	—	4,20
Gewerbesteuer	5,00	14,60
Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer	2,00	5,00
Vergnügungssteuer	0,70	2,60
Getränkesteuer	0,50	2,30
Hundesteuer	0,40	1,50
Uebrige Steuern	0,10	0,20
Aus der Neuregelung des Finanzausgleichs	—	0,60

Durch die neue Mietsteigerung um 30 Prozent wird die Summe weiter erhöht. Auch die Gewerbesteuer vom Kapitalertrag und die Mieten für gewerbliche Räume werden infolge der Herausnahme der gewerblichen Räume aus den Mieterschutzbestimmungen in die Höhe gehen. Für diese unerhörte Steuerbelastung sind sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten verantwortlich.

Herabsetzung der Altersgrenze für Rentenbezug der Arbeitsinvaliden

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in einem Antrage die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung von 65 auf 50 Jahre gefordert. Die Demokraten fordern jetzt von der Regierung schnellstens eine Denkschrift, aus der hervorgeht, welche Belastung entsteht bei Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat mit ihrem Antrage die Frage ins Rollen gebracht.

Es ist notwendig, daß die Arbeiterschaft in Betrieben und Gewerkschaftlichen Stellung nimmt.

Eine Ohrfeige für die sächsische Regierung

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch eine Beschwerde des Abgeordneten Rädel beraten. Genosse Rädel beschwert sich darüber, daß unter Bruch seiner Immunität in seiner Wohnung Haussuchung vorgenommen wurde. Genosse Rädel vertritt seine Beschwerde im Ausschuß selber, und der Ausschuß kommt nach eingehender Aussprache zu der einstimmigen Auffassung, daß

„das Verhalten der sächsischen Regierung eine Unzulässigkeit und zu mißbilligen sei".

Es verdient festgehalten zu werden, daß der sächsische Innenminister, der hier vom Reichstag eine schallende Ohrfeige bekommt, der „alte" Sozialdemokrat Müller ist.

Fälschung oder Dummheit?

Das Organ der mitteldeutschen Großindustrie, die „Allgemeine Zeitung", schreibt in ihrer Nummer vom 1. Dezember mit fetten Buchstaben:

„Der hiesige kommunistische „Klassenkampf" schreibt in einem Loblied auf das Sowjetparadies u. a.: Die Gesamtzahl der Arbeiter in den vom Obersten Wirtschaftsrat statistisch erfaßten Betrieben wuchs wiederum um 1,3 Prozent und beläuft sich gegenwärtig auf 1 964 755. — Und diese knapp 2 Millionen Arbeiter maßen sich das Recht an, über die Gesamtbevölkerung Sowjet-Rußlands von 120 bis 140 Millionen zu herrschen!"

Die „Allgemeine Zeitung" beweist mit dieser Notiz nicht nur ihre arbeiterfeindliche und sowjetfeindliche Gesinnung. Dazu bedürfte es keines neuen Beweises. Sie bewirkt auch, daß sie von den Verhältnissen in Sowjet-Rußland keine Ahnung hat. Die Zahl der Arbeiter in den vom Obersten Wirtschaftsrat statistisch erfaßten Betrieben beträgt tatsächlich nicht ganz 2 Millionen. Der Oberste Wirtschaftsrat führt aber die Statistik nur über sogenannte Zensusbetriebe, d. h. über Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern. In der obigen Zahl sind ferner selbstverständlich nicht inbegriffen: a) Hunderttausende von Proletariern, die gegenwärtig Sowjetfunktionen als Träger des proletarischen Staates bekleiden und die deshalb nichtsdestoweniger Proletarier bleiben; b) Eisenbahner, Transportarbeiter, Seeleute, proletarische Rotarmisten, Landarbeiter, deren Zahl Millionen beträgt.

Dummheit oder Fälschung? Beides!

Vorgeschmack des neuen Zensurgesetzes

Beschlagnahme des „Pfaffenspiegels"

Gewissermaßen als Vorbote der Wirkung des Schund- und Schmutzgesetzes wurde gestern in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verkündet, daß der „Pfaffenspiegel" von Otto Corvin beschlagnahmt sei. Der Verleger wurde in 100 Mark Geldstrafe genommen.

Das neue Düngemittel der J. G. Farbenindustrie

Von heute an beginnt der Verkauf des von der J. G. Farbenindustrie hergestellten neuen Düngemittels Mikrophoskar J. G., das gleichzeitig Stickstoff, Phosphorsäure und Kali enthält. Es werden zwei Sorten in den Handel gebracht: eine für schwere, die andere für leichtere Böden. Das neue Düngemittel bietet die Annehmlichkeit, daß in einem einzigen Arbeitsgang alle drei Bodennährstoffe ausgestreut werden können.

Um die Aufhebung der Militärkontrolle

(Eig. Meld.) **Genf**, 29. November.

Wie hier verlautet, sollen vor der am Mittwoch beginnenden Tagung des Ratskomitees die Außenminister von England, Frankreich, Italien und Deutschland eine Konferenz abhalten, um über die Fragen der Abrüstung, der Aufhebung der Militärkontrolle, der Rheinlandbesetzung, des Kontrollplanes des Völkerbundes nach Artikel 213 des Versailler Vertrags und der Frage des Artikels 16 des Völkerbundspaktes eine Einigung zu finden.

Gegen den Mord an Bergarbeitern

Zu Beginn der Sitzung gedenkt der Präsident des Reichstags auf der Zeche de Wendel mit einigen Worten des Bergarbeiters vom Hause stehend angehört werden.

Genosse Sobottka beantragt, daß als erster Punkt der Anfrage der Kommunisten beraten wird, die in der Form der Auskunft darüber verlangt, was zur

Verhinderung der großen Unfälle geschehen ist,

die in den letzten Monaten im Bergbau außerordentlich zahlreich (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn auch die Reichsregierung sich noch nicht dazu bereit erklärt hat, diese Anfrage zu beantworten (Hört, hört! bei den Komm.), so sollte doch, daß angesichts der Tatsache, daß der Präsident dieses heute bei Eröffnung dieses Landtages wiederum gezwungen ist, mitzuteilen, daß auf der Zeche de Wendel 6 Bergarbeiter und 17 schwer verletzt worden sind, es trotz der Versicherung des Ministeriums zur Beantwortung eine unbedingte Dringlichkeit ist, daß der Landtag dazu Stellung nimmt und Maßnahmen trifft, die diesen Arbeitermorden im Bergbau ein Ende setzen. Wir erleben fast jede Woche drei, vier, fünf, ja noch mehr Unfälle, bei denen ein, zwei, drei und mehr Bergarbeiter getötet werden. (Hört, hört! bei den Komm.) Wir können uns unter keinen Umständen damit zufriedengeben, daß das Oberbergamt, wie jetzt wiederum in seiner Veröffentlichung erklärt, daß in jedem Falle es mit sich gebracht habe, daß plötzlich Schlagwetter aus Gebirge ausgetreten sind und sich entzündet haben. (Ironische Zurufe, es ist das System der unerhörten Ausreden! Sehr richtig! bei den Komm.), das jetzt im Bergbau vor sich geht.

Hunderte von Millionen werden aus den Knochen der Bergarbeiter herausgeholt, dafür aber Tausende mehr erschlagen.

Selbst die amtlichen Ziffern, deren Berechnung ja in diesem Sinne nach einem anderen Modus erfolgt, zeigen, daß trotz des neuen Modus selbst die amtlichen Statistiker es nicht fertigbringen, die Zahlen herunterzudrücken, sondern zugeben müssen, daß die Zahlen ins Ungemessene steigen.

Bei dem Unglück bei de Wendel müssen wir gerade hier sagen, daß es auf die **Raubgier des Bergbaukapitals** zurückzuführen ist. Nicht auf das plötzliche Auftreten von Schlagwettern ist allein darauf ist das Unglück zurückzuführen, daß die Bergarbeiter gezwungen wurden,

trotzdem schon vier Förderschichten hintereinander gefahren worden sind, zur fünften Förderschicht anzufahren.

(Hört, hört! bei den Komm.) und dadurch alle Sicherungsmaßnahmen außer acht zu lassen. Auch das kommt in Betracht, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet noch arbeitslos sind, die mit den Bergarbeitern vertraut sind. Man stellt sie nicht ein, weil sie es gewagt hatten, gegen die Willkür der Grubenbesitzer Streiken (Hört, hört! bei den Komm.), weil sie es gewagt haben, nicht zufrieden mit ihnen zu sein. Man schickt deshalb

herbeihaufende Arbeiter

in den Bergbau und gefährdet dadurch das Leben von Tausenden. Der Regierung ist das bekannt, trotzdem unternimmt sie nichts. Vor acht Tagen ereignete sich ein Unfall auf der Zeche Hannover, weil ein Arbeiter im Bergbau beschäftigt wurde, der aus Ostpreußen geholt worden war, der nie den Bergbau kennen hatte. Er verunglückte und ließ seine Frau mit sechs Kindern in Ostpreußen als Witwe und Waisen zurück. Diesem gewissenlosen Treiben steht die Regierung untätig zu.

Es ist daher unbedingt Pflicht, daß der Landtag dazu Stellung nimmt. Die Regierung hat Zeit genug gehabt und ist nicht darauf aufmerksam gemacht worden, auch durch die Anfragen, die von uns eingebracht worden sind.

Die Behandlung der Großen Anfrage scheitert, weil die Regierung sich zu ihrer Beantwortung nicht bereit erklärt.

Erhöhung der Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im Durchschnitt des Monats November auf 143,6 gegen 142,1 im Vormonat. Sie hat sich sonach erhöht.

471 Konkurse im November

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im November dieses Jahres durch den „Reichsanzeiger" 471 neue Konkurse — ohne die wegen Massemangels abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung — und 128 angeordnete Geschäftsaufsichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat betrugen auf 485 bzw. 147.

Die englischen Bergwerksbesitzer mahren

(Eig. Drahtm.) **London**, 2. Dezember.

Bei der Wiederaufnahme der Arbeit in den Gruben nahm der Unternehmer Maßregelungen vor. Infolge der verlängerten Arbeitszeit wird ein Teil der früheren Belegschaft überhaupt nicht wieder eingestellt. Andererseits versuchen die Unternehmer, sich gestützt auf die Denunziationen der gelben Verräter — **Bergarbeiterschaft von radikalen Elementen** durch Maßregelungen zu säubern.

Verschärfte Hetze der englischen Konservativen gegen die Sowjetregierung

(WTB.) **London**, 2. Dezember.

„Daily Mail" zufolge haben **bereits 200 Parlamentsmitglieder** ihre Unterschrift unter eine Eingabe gesetzt, in der der Regierung aufgefordert werden soll, **keinen Vertreter der Sowjetregierung, Nachfolger Krassins zuzulassen, bevor die Moskauer** sich nicht feierlich verpflichtet haben, keine feindselige Propaganda mehr zu machen und bevor sich gezeigt hat, daß dieses Versprechen auch gehalten wird. **Die ernste Wendung der Lage in China** habe die Stimmung gegen die Sowjetregierung unter den Konservativen wieder belebt.

Kampfansage der belgischen Metallarbeiter

Brüssel. Der Zentralverband der belgischen Metallarbeiter hat beschloß am 27. November, den Kampf gegen die Industriellen aufzunehmen, die durch den Zentralverband der Industriellen die Erklärung unterzeichnete, jede Erhöhung der Löhne zu verweigern, sie stellt schwere Lohnkonflikte voraus. Auf der anderen Seite hat heute die in Brüssel versammelten Beamten und Angestellten Erhöhung ihrer Gehälter gefordert.

Kantons Machtsphäre umfaßt 200 Millionen Chinesen

Paris, 1. Dezember.

Wie „Havas" aus Peking berichtet, sind die nationalen Truppen in die Provinz Honan eingedrungen. Im Süden bedrohen Streitkräfte von Kanton nunmehr sieben Provinzen mit einer Bevölkerung von ungefähr 200 Millionen Chinesen. Da die Bevölkerung von China etwa 400 Millionen Chinesen beträgt, erstreckt sich die Machtsphäre der nationalrevolutionären Regierung auf die Hälfte aller Chinesen. Auch territorial gesehen ist der Fall.

Rücktritt des griechischen Kabinetts. Das Kabinett ist zurückgetreten, um die für heute abend oder morgen erwartete Bildung eines Koalitionskabinetts zu ermöglichen.

Massenverhaftungen auf Java. In der Residenzstadt Batavia sind zahlreiche neue Verhaftungen vorgenommen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0002

Die Lehren des englischen Bergarbeiterstreiks

[illegible] starke Bergarbeiterbezirke in England stehen noch im [illegible]. Die meisten haben aber bereits die Arbeit mit verein[illegible] Arbeitszeit und gekürzten Löhnen wieder aufgenommen. [illegible] englischen Bergarbeiter haben nach sieben Monaten Streik ihr [illegible] — „keinen Pfennig Lohnkürzung, keine Minute Arbeitsverlängerung, Anerkennung des zentralen Lohntarifs" — nicht [illegible]. Sie wurden von den geeinten Kräften des Kapitalismus und des mit ihm verbündeten reformistischen Verrats augenblicklich auf die Knie gezwungen.

Auf der Niederlagen, die den Sieg vorbereiten. Eine solche ist es durch den Kampf der englischen Bergarbeiter geschaffen. Die Ergebnisse dieses Kampfes kann nicht der Maßstab der [illegible] materiellen Bildung des unmittelbar Erreichten angewendet werden. Der Bergarbeiterstreik mit dem vorangehenden [illegible] schuf einen Kampfboden und schmiedete Kampfwaffen [illegible] Arbeiterklasse, die in **der Geschichte der Klassenkämpfe** [illegible] Eröffnung einer **neuen Epoche** bedeuten. Er war, [illegible] Worten der KPD. Englands sagen, „**der vorgeworfene** [illegible] des Heroismus und der Kampffähigkeit [illegible] englischen Arbeiterklasse, die sie in ihrem [illegible] um die Macht offenbaren wird".

Niedergang des englischen Kapitalismus

[illegible] Glaube an die unerschütterliche Macht der englischen Bour[illegible] der stärksten Kapitalistenklasse Europas, ist sowohl bei der [illegible] selbst als bei der Arbeiterklasse im Schwinden. Die [illegible] Folgen des sieben Monate andauernden Riesenstreiks sind weitere, auf lange Zeit unheilbare Wunden am Körper des kapitalistischen Wirtschaft Englands. Die Passivität der [illegible] des Defizit des Staatsbudgets ist mächtig gewachsen. [illegible] Kohlenindustrie verlor wichtige Auslandsmärkte. Infolge des Kohlenmangels schrumpfte auch die übrige Industrie zu[illegible] und räumte eine Position nach der andern den imperialistischen Konkurrenten. Als Resultat des Streiks haben wir im Laufe des Jahres 1926 einen Rückgang der gesamten Produktion um [illegible], der Roheisenproduktion um 41,5 Prozent, der Stahlproduktion um 32,8 Prozent, des Schiffsbaus um 25,4 Prozent, des [illegible] um 11,8 Prozent. Allein in der Kohlenproduktion sind [illegible] Millionen Arbeitstage verlorengegangen. Der „Ökonomist" beziffert die Verluste auf 500 bis 600 Millionen Sterling. [illegible] Erscheinungen des englischen Kapitalismus und ihr [illegible] Ausdruck, die Massenarbeitslosigkeit, [illegible] zielenhaft an. Gleichzeitig hinderten die zunehmende [illegible] und Ausdehnung der Klassenkämpfe die englische Bour[illegible] imperialistischen Raubpläne voll zu verwirklichen. [illegible] wurden **im Kampf gegen das erwachende China**, gegen [illegible], im Ausbau der europäischen Locarno-Pläne durch [illegible] kämpfenden Bergarbeiter gebunden.

Keine internationale Solidaritätsaktion

[illegible] der Generalrat der englischen Gewerkschaften ge[illegible] unter dem Druck der Massen, die seit Monaten auf den [illegible] der Bergarbeiterkampfes gefaßt waren, den General[illegible] proklamierten, aber nur, um ihn nach einigen Tagen nach [illegible] schändlicher Führung abzubrechen und künftighin jede [illegible] beschränkte Solidaritätsaktion für die Bergarbeiter zu [illegible]. Die ausländischen Streikbrecherkohlentransporte wurden unbehindert nach England hereingelassen. Nicht [illegible] die materielle Unterstützung der kämpfenden [illegible] wurde vom Generalrat organisiert. Jede Einzahlung [illegible] Gewerkschafts-Mitgliedschaft wurde [illegible] Spitzen der Amsterdamer Internatio[illegible] der englischen Verräter würdig. Die reformistischen [illegible] der einzelnen Länder unterstützten ihre natio[illegible] in der Ausnutzung der Konjunktur, die durch den [illegible] Bergarbeiterstreik entstanden ist. Statt der Solidarität [illegible] englischen Bergarbeitern propagierten sie die **Solidarität** [illegible] **eigenen Bourgeoisie, und weiteiferten in der Förderung** [illegible] der Streikbrecherkohle nach England. Der Munitionsexport zur Niederkämpfung der englischen Bergarbeiter [illegible] Reformisten marschierten an der Spitze dieser [illegible] Streikbrechergarde. Der internationale Reformismus [illegible] dabei mit geeinten Reihen. Bericht sich der englische [illegible] darauf, daß seine Solidaritätsaktion „mangels einer [illegible] im Ausland" erfolglos wäre, so wiesen die Refor[illegible] Deutschland zur Begründung ihres Verrats auf die „Vol[illegible] englischen Gewerkschaften" hin. Nicht minder zeichnete [illegible] Verrat die Bergarbeiterinternationale [illegible] Sekretär Hodges aus.

[illegible] Arbeiterschaft der **Sowjetunion**, nur die **roten Gewerkschaften** Russlands haben auf dem Gebiet internationaler [illegible] Alles nur Erdenkliche getan. Durch ihre Taten hatte [illegible] Arbeiterklasse Gelegenheit, den bodenlosen Verrat des [illegible] Reformismus mit dem Wert wirklicher internationaler [illegible] Solidarität in der Praxis zu vergleichen. Das [illegible] der Gewerkschaften der Sowjetunion wird die eng[illegible] Kampfgemeinschaft, nun erst recht gegen alle Feinde der Werktätigen der Sowjetunion, für die Verwirklichung einer **wirklichen internationalen Gewerkschaftseinheit** zu kämpfen.

Der Einfluß der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern hat sich als **ungenügend erwiesen**, um den Widerstand der reformistischen Verräter in den Gewerkschaften und Massenorganisationen der Arbeiterschaft zu brechen. Die kommunistischen Parteien werden daraus die Lehre ziehen, **nun erst recht in den gewerkschaftlichen Organisationen um die Steigerung und Festigung des revolutionären Einflusses zu kämpfen.**

Bergarbeiter und Bergarbeiterführer

Aus der Geschichte des Bergarbeiterkampfes ist bekannt, daß die Massen der englischen Bergarbeiter nicht nur gegen den gesamten Staatsapparat der Bourgeoisie und die mit ihr verbündeten reformistischen Verräter zu kämpfen hatten. Eine besondere Schwierigkeit der Kampflage bestand darin, daß selbst solche Gewerkschaftsführer, wie die an der Spitze der Bergarbeiterföderation stehenden **Cook und Smith, sich der Lage nicht gewachsen gezeigt haben. Indem sie sich dem Kampfwillen der Bergarbeitermassen (bis auf einen Fall) nicht entgegenstellten**, erhoben sie sich turmhoch über die verräterischen rechten und „linken" Gewerkschaftsführer. **Ihre prinzipielle Einstellung sowohl als ihre Kampftaktik wies aber eine ganze Reihe von Schwächen und Schwankungen auf**, die geeignet waren, die Reihen der Bergarbeiter zu verwirren und auf den Solidaritätswillen der anderen Arbeiterkategorien, statt fördernd, hemmend einzuwirken. Die Bergarbeiterführer legten einen besonderen Wert darauf, bis zuletzt zu beteuern, daß ihr Kampf nicht dem kapitalistischen Staat, nicht der gesamten **Kapitalistenklasse**, sondern ausschließlich den Kohlenbaronen gelte.

Sie riefen die scharfmacherische Baldwin-Regierung wiederholt als „Vermittlerin" an und verbreiteten dadurch die Illusion, als wäre der kapitalistische Staat nicht der Machtapparat der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Arbeiter. Sie hemmten damit die Entwicklung des politischen Klassenbewußtseins der englischen Arbeiterklasse. Durch ihre Vereinbarung mit den Verrätern des Generalrats, über den Abbruch des Generalstreiks während der Dauer des Bergarbeiterkampfes nicht zu streiten, durch ihre wiederholten Geheimverhandlungen mit Verrätern, hinderten und hemmten sie den Kampf der Arbeiterschaft gegen diese Verräter, hinderten sie auch die Mobilisierung der anderen Arbeiterkategorien über die Köpfe ihrer verräterischen Führer hinweg zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter. Während der Kampfwille der Bergarbeiter ungebrochen war, empfahlen ihnen die Führer wiederholt die Annahme von Kapitulationsbedingungen. **Die Bergarbeiter haben diese Schwächen und Schwankungen ihrer Führer in Abstimmungen, machtvollen Kundgebungen wiederholt korrigiert. Es zeigte sich, daß das Klassenbewußtsein, der Klassenintinkt der im Kampfe stehenden Massen höher entwickelt war, als die der Verbandsführer, die ihre Führerrolle bestenfalls darin sahen, sich vom Willen der Masse vorwärtsstoßen zu lassen.**

Die Revolutionierung der englischen Arbeiterklasse

Die Bourgeoisie ist auf neue **Massenkämpfe** gefaßt. Die englische Arbeiterklasse erhielt aber ein deutliches Bewußtsein von ihrer eigenen organisierten Kraft. Die brutalen Maßnahmen, die die englische Bourgeoisie gegen die streikenden Bergarbeiter ergriff, gestürzten in breiten Massen die in England bisher noch verbreitete Illusion vom „Staate über den Klassen", von der bürgerlichen Regierung, die „unparteiisch vermittelt". Der niedergehende britische Kapitalismus ist außerstande, der Arbeiterklasse das frühere Lebensniveau sicherzustellen. All das muß notgedrungen zur **Steigerung des Klassenbewußtseins** der englischen Massen führen. Die großen **Wahlerfolge** linker Arbeiterkandidaten bei den Gemeindewahlen und Nachwahlen während des Bergarbeiterstreiks, das Verhalten mancher Gewerkschaftskartelle, Verbandsexekutiven und Gemeindeverwaltungen, die trotz der verräterischen Haltung der reformistischen Führer auf eine Solidaritätsaktion für die Bergarbeiter drangen, bewiesen, daß dieses wachsende Klassenbewußtsein weit über die Kreise der unmittelbar vom Kampf betroffenen Bergarbeiter hinaus Wurzel gefaßt hat.

Zu den allerwichtigsten Kampfergebnissen gehört die **völlige Selbstentlarvung der reformistischen Verräter aller Schattierungen.** Das Verhalten zum Generalstreik und zum Kampf der Bergarbeiter, dieses das politische und wirtschaftliche Leben ganz Englands beherrschenden Ereignisses, war ein Prüfstein für die Führer aller Couleurs. Die englische Arbeiterklasse erlebte sieben Monate hindurch den **täglichen Verrat** der Spitzen der **Amsterdamer Internationale**, der **Bergarbeiterinternationale**, sie sah handgreiflich, wie sich die rechten Reformisten vom Schlage **Thomas, Henderson, Hodges** offen mit der Bourgeoisie verbündeten, wie die **Purcell, Pugh** und **Hicks** und andere Helden des Generalrats, die sich das Vertrauen der Massen einst als „Linke" erworben hatten, sich im Verrat der Bergarbeiter von den Rechten in gar nichts unterschieden, ja diese durch heimtückische Manöver womöglich noch übertrumpften.

Die Lehren, die die englische Arbeiterklasse in bezug auf die Rolle der reformistischen Verräter in diesem Kampfe gewonnen hat, lassen sich aus ihrem Bewußtsein nicht mehr auslöschen. **Sie gehören mit zum größten Gewinn dieses Kampfes.**

Der Einfluß der Kommunistischen Partei

Der vor einem Jahre noch ganz schwache Einfluß der Kommunistischen Partei Englands ist stark gewachsen. Nicht nur hat sich ihre Mitgliederzahl in sechs Monaten verdoppelt, die Auflage ihrer Organe vermehrt, es ist ihr trotz ihrer noch mangelnden Kampferfahrungen an führenden Posten des Kampfes gegen Unternehmer und Verrat gelungen, in den Massen Wurzel zu fassen und den Massen wegweisend voranzumarschieren. Unter ihrer Führung wächst die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften und der Labour Partei. Unter ihrem Einfluß haben die Bergarbeitermassen wiederholt Kampfmaßnahmen beschlossen, die von allen Reformisten einschließlich der Führer des Bergarbeiterverbandes abgelehnt und bekämpft wurden. Unter ihrer Führung reift in den Massen die politische Erkenntnis heran, die den Weg künftiger großer Machtkämpfe freilegen soll. Die KP. Englands ist auf dem Wege, die Massenpartei, die Führerin des revolutionären Proletariats Englands zu werden. Die unter ihrer Führung stehende organisierte revolutionäre Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften hat den Massen trotz mancher Mängel die gerade Linie des revolutionären Kampfes vorgezeigt.

Der seinem Ende zuneigende Kampf in England ist der mächtige Auftakt neuer Massenkämpfe, dort sowohl wie im übrigen Europa. Die englische Bourgeoisie wird ihre Schwächen durch Zentralisierung und Rationalisierung der Produktion wettzumachen versuchen. Sie wird ihre Angriffe auf die englischen Arbeiter fortsetzen, die Offensive auf Löhne und Arbeitszeit steigern. Aber die Bourgeoisie wird dabei auf eine andere Arbeiterschaft stoßen. **Die Frage der politischen Machtergreifung ist in England gestellt.** England nähert sich schneller als alle anderen europäischen Länder einer unmittelbar revolutionären Situation. Gestützt auf das augenblickliche Vordringen der Bourgeoisie in England wird auch die Kapitalistenklasse in allen anderen Ländern neue Anschläge auf die Lebenshaltung der Arbeiter versuchen. Da gilt es, die Lehren des Kampfes in England rasch auszumerzen. Lernt aus dem Bergarbeiterkampf in England **Lernt kämpfen, wie die englischen Bergarbeiter gekämpft haben!**

Aus der Partei

Die BL. Halle-Merseburg hat auf der am 27. November stattgefundenen Sitzung die Genossen Richard Heckert, August Meerheim, Karl Friedrich, Kurt Harnisch wegen Vertretung konterrevolutionärer Auffassungen über die Sowjetmacht und über die proletarische Diktatur in der Sowjetunion ausgeschlossen. Für den Ausschlußantrag stimmten 16 Mitglieder der BL., dagegen zwei, bei einer Stimmenthaltung. Gesamtabstimmung der erweiterten BL. 30 Stimmen gegen drei, bei drei Stimmenthaltungen.

•

Die obengenannten Anhänger des aus der Partei ausgeschlossenen Schwarz haben in einer Reihe von Erklärungen ihre gegenrevolutionären Auffassungen über die Sowjetmacht, die KP. der Sowjetunion und die proletarische Diktatur schriftlich niedergelegt. Der Geist der von ihnen vorgelegten und von außen fabrizierten Resolutionen wird z. B. aus folgender Stelle klar:

„Sie erklären sich solidarisch mit den politisch und wirtschaftlich immer mehr entrechteten Proletariermassen in Rußland und fordern diese auf, in Stadt und Land gemäß den 21 Bedingungen Lenins und der Beschlüsse des 2. Weltkongresses den Sturz der Macht des Großbauerntums und der Nep-Bourgeoisie herbeizuführen und aufzurichten die wirkliche Diktatur des Proletariats. Alle Macht den Räten!"

Mit dieser und ähnlichen Resolutionen fordern die Weitenfelser Anhänger der aus der Partei ausgeschlossenen Karsch, Schwarz usw. zur „zweiten Revolution" auf, bezeichnen die Sowjetregierung als eine „Kulaks-Regierung" und stellen sich in eine Reihe mit der KAPD. und mit sonstigen Feinden der Sowjetmacht. Gleichzeitig stellen sie sich damit außerhalb der revolutionären Avantgarde des revolutionären Proletariats, der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektion, der KPD.

Die Bezirksleitung hat wiederholt versucht, die obengenannten ehemaligen Genossen für die Linie der Partei zu gewinnen. Nachdem dies sich als unmöglich erwies, ergab sich die Notwendigkeit, den Trennungsstrich zu vollziehen. Die Parteimitgliedschaft im Bezirk Halle-Merseburg, deren erdrückende Mehrheit, mehr als 95 Prozent der Mitgliedschaft, fest auf dem Boden der Partei steht, kann die parteizerstörende Tätigkeit einzelner Gruppchen nicht dulden. Der Opposition wird vollständige Diskussionsfreiheit und die Möglichkeit gewährt, ihre Auffassungen im Rahmen der Partei zu vertreten. Für Vertretung ausgesprochen konterrevolutionärer Ansichten unter proletarischem Deckmantel ist aber in der KPD. kein Platz. Dafür ist die KAPD. da. Die Partei marschiert geschlossen und einheitlich vorwärts. Sie kann die Zeit und Kraft der Mitgliedschaft, die für den Klassenkampf restlos eingesetzt werden muß, nicht für endlose Diskussionen mit einigen der Partei entfremdeten Elementen in Anspruch nehmen.

Die weiße Feme

Ein Femeroman aus Deutschlands Gegenwart

Von Trangott Lehmann

[illegible] „?"

[illegible] zwei Menschen Ausweise; für Fremde, die den [illegible] Namen nach bekannt sind, Balsen, die erst heute [illegible]." Und Ilona berichtete dem Rechtsanwalt, wie [illegible] Chauffeur die Ausweise gestohlen und statt [illegible] Papier in die Umschläge gelegt habe.

„Die Ausweise", sagte sie. „Wenn wir uns etwas herausnehmen, können wir ganz gut die Rolle der [illegible] Barone spielen."

„Aber", meinte Dr. Birnbaum nachdenklich, „doch dürften [illegible] Barone Verdacht schöpfen, wenn sie die Umschläge mit [illegible] Papier erhalten. Es könnte ihnen gelingen, sich rechts [illegible] jemandem in Verbindung zu setzen und . . ."

„Sie scheinen mich für eine Stümperin zu halten, [illegible]. Im Hotel erwartet bereits ein Brief in Sandens [illegible] beiden Balten. Das Schreiben erklärt ihnen, daß [illegible] Anschläge nur zur Irreführung eventueller Spitzel dienen [illegible] Barone bittet man sie, sich vollkommen ruhig und unauffällig zu verhalten, das Hotel nicht zu verlassen. Die Sitzung [illegible] werden müssen; sie würden noch rechtzeitig benachrichtigt. Damit ist die Gefahr, an die Sie dachten, aus dem [illegible]."

Der Rechtsanwalt konnte nicht umhin, der Feindin einen bewundernden Blick zuzuwerfen, sie hatte an alles gedacht. Er überlegte [illegible] lange, die Gelegenheit, die Ilona ihm bot, war allzu [illegible], er durfte sie nicht ungenützt vorübergehen lassen.

„Es kommt mir Ihnen . . ."

„Ich werde heute abend zu Ihnen kommen, mir [illegible] Kostüm ausprobieren. Ihren Bart freilich werden Sie [illegible], entweder abrasieren oder blond färben."

„Gestatten?"

[illegible] sich, blieb an der Tür stehen.

„Herr Doktor, wer hat Sie so genau über mich unterrichtet? Mich kennt jemand sein, der sich in meiner Nähe aufhält."

Der Rechtsanwalts wurde völlig ausdruckslos: „Ich [illegible] Frau von Szentivanyi."

„Etwas ärgerlich „Viel Vertrauen haben Sie gerade [illegible] Land denn doch legen Sie Ihr Leben in meine Hände, [illegible]

[illegible] Leben, Frau von Szentivanyi."

[illegible] wurde hart. „Sehen Sie, Herr Doktor, diese Einstellung bin ich nicht gewöhnt. Bei uns wird nur das eigene Leben geschätzt, das der anderen ist wertlos. Eigentlich müßtet Ihr, zumindest in Deutschland, schon längst mit uns fertig geworden sein."

„Wir wollen jedes unnötige Blutvergießen vermeiden", entgegnete ernst der Rechtsanwalt.

Ilona zuckte ungeduldig die Schultern. „Wenn Ihr nicht seht auf der Hut seid, wird das Blut der Euren in solchem Maße vergossen werden, daß es die Flüsse rot färbt."

Sie bog den Schleier herunter. „Ich kenne diese Menschen besser, als Ihr sie kennt. Glauben Sie mir, wenn die zur Herrschaft gelangen, wird ein weißer Terror kommen, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat. Und nicht nur die Kommunisten werden daran glauben müssen; der Schlag wird auch jene treffen, die heute noch, bewußt oder unbewußt, die Helfershelfer der Kapitalisten sind, die kleinen Leute, die Beamten, alle.

Dr. Birnbaum bildete sie erstaunt an.

Sie lachte. „Es wundert Sie wohl, mich so sprechen zu hören. Aber glauben Sie mir, ich sehe die Dinge, wie sie sind, trotzdem ich . . ."

Sie zuckte die Achseln und legte die Hand auf die Klinke.

„Diese Menschen werden nie zur Herrschaft gelangen", sprach gelassen der Rechtsanwalt.

II.

Das Auto hatte bereits die Stadt verlassen und fuhr auf der Chaussee dahin. Die beiden Männer, die Zigaretten rauchend in die Kissen zurückgelehnt saßen, verharrten eine Weile schweigend.

„Haben wir weit zu fahren?", fragte schließlich der ältere der beiden.

„Annähernd eine Stunde, das Gut des Grafen Rowenlieh liegt ungefähr neunzig Kilometer entfernt. Wie fühlen Sie sich, lieber Baron Wolff?"

„Ganz gut."

Der jüngere knipste eine stark leuchtende Taschenlaterne an und betrachtete den Gefährten.

„Das habe ich wirklich gut gemacht", meinte er befriedigt. „Sie sehen ganz arisch aus. Die dunklen Augen kann man auf den polnischen Einschlag zurückführen. Sie könnten beiläufig eine Großmutter Hutten Chapsla erwähnen. Ich habe im Gotha entdeckt, daß die Wolff mit dieser Familie verwandt sind. Nur machen Sie um Gotteswillen kein intelligentes Gesicht."

„Ich werde mir alle Mühe geben", entgegnete lachend Baron Wolff.

Der andere prüfte nun in einem kleinen Taschenspiegel das eigene Gesicht. „Ich bin wirklich ein hübscher Bursche", sagte er. „Bestimmt ist dieser Werner von Mantzeuffel lange nicht so hübsch." Er lachte. „Sagen Sie, abgesehen von allem Politischen, steut Sie das Abenteuer, das reine Abenteuer nicht? Ich fühle mich wie neugeboren, wenn ich daran denke, wie wir die Bande hineinlegen werden."

„Baron Wolff" zuckte die Achseln. „Sie hätten in einem andern Jahrhundert leben sollen, im Italien der Medici oder als Seeräuber. Ich bin zu alt, um das Indianerspielen zu genießen."

„Unsinn, eigentlich macht es Ihnen ja doch Freude; Sie wollen es nur nicht zugeben. Ja, als Seeräuber wäre ich vielleicht ein ganz anständiger Mensch gewesen, wer weiß."

„Sie könnten es noch immer werden, mein Kind", die Stimme des älteren klang fast väterlich.

„Nein, dazu ist es zu spät."

„Was wollen Sie denn überhaupt anfangen?" fragte „Baron Wolff". „Sie behaupteten doch, daß Sanden Ihnen gegenüber bereits Verdacht empfindet. Er wird dies den Erwachenden Ungarn gegenüber aussprechen; Sie dürfen nicht nach Ungarn zurück."

„Das weiß ich. Ich werde in die Schweiz fahren, dort bleiben, solange mein Geld reicht."

„Und nachher?"

„Vielleicht reise ich nach Südamerika; dort ist immer etwas los."

Ein Auto kam in rasender Eile an ihnen vorüber; „Werner von Mantzeuffel" beugte sich aus dem Fenster. „Das schwarze Auto" sagte er. „Einmal wird der Kramowski die Leute ja doch umbringen; er fährt wie ein Wahnsinniger und ist nie nüchtern!"

Er blickte abermals zum Fenster hinaus: „Da ist der Birkenwald; in einer halben Stunde sind wir angelangt."

Aber es dauerte noch eine ganze Stunde, denn das Auto erlitt eine Panne und die Reparatur nahm geraume Zeit in Anspruch.

III.

Es fiel dem Chauffeur Kramowski schwer, das Auto in die Garage zu bringen; um ein Haar wäre er geradeswegs in die Mauer gefahren.

Als das Gefährt dann glücklich untergebracht war, setzte er sich in den Wagen, legte die Füße auf den Sitz gegenüber und schlief ein. Er hatte an diesem Tag ganz besonders gut getrunken.

Ein Mann in Reichswehruniform öffnete den Schlag und rüttelte Kramowski wach.

„He, Du alter Saufbold, steh auf!"

„Was ist denn los?", stammelte schlaftrunken der Chauffeur. Er konnte in der dunklen Garage das Gesicht des Mannes nicht unterscheiden.

„Der Herr Oberleutnant läßt Dir sagen, daß er sich nicht Dir zu Liebe den Hals brechen will; Ihr hättet bereits auf der Herfahrt fast einen Zusammenstoß gehabt. Du sollst Dir Deinen Rausch ausschlafen. Ich werde das Auto lenken."

„Du, wer bist Du denn."

Der Mann lachte gröhend auf: „Jetzt kennt der mich nicht mehr! So beleidigen darf man wirklich nicht sein. Marsch hinaus aus dem Auto! Geh auf den Boden hinauf, dort kannst Du ungestört schlafen." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0003

Niemand kann sich auf die Dauer der Werbekraft guter Qualität entziehen

Ueberall erhältlich! **Pelikan-Caramelbier** Ueberall erhältlich!

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Mötzlich. Mitgliederversammlung Freitag, 3. Dezember, abends 8 Uhr, bei Weber, Flugplatz. Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle mitbringen. Bericht vom Landeskongreß der Werktätigen.

Könnern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 4. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Thema: Wiederbau. Referent: Genosse Kilian, M. d. L.

Beuchlitz-Schleitau. Mitgliederversammlung Sonntag, 5. Dez., nachm. 3½ Uhr, im Lokal Schubert. Referent: Gen. Reetz, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Mitgliederversammlung Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten".

Dürrenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, bei Mannide.

Bebra. Mitgliederversammlung Sonntag, 5. Dez., vorm. 9½0 Uhr, bei Döge.

Gödnitz. Mitgliederversammlung, Sonnabend, 4. Dez., abends 8 Uhr, „Grünen Hof".

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Am Werbeabend des RAWI. am Freitag, dem 3. Dezember, abends 8 Uhr, nehmen alle Genossen und Genossinnen teil.

Unterbezirk Merseburg-Hoyerswerda

Rohlsa. Mitgliederversammlung Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Ref. Genosse Leßig, Eisleben.

Belleben. Sonnabend, 4. Dez., abends 8 Uhr, im Gasthof Mitgliederversammlung. Referent der RGW. anwesend.

Heiligenthal. Oeffentliche Volksversammlung Sonntag, 5. Dez., nachm. 3 Uhr, im Gasthof Richter. Referent: Gen. Leßig, Eisleben.

Batterode. Mitgliederversammlung Sonntag, 5. Dezember, abends 8 Uhr, beim Vorsitzenden. Referent der RGW. anwesend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Seitzerdorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Gen. Scheidner.

Kompol-Konferenzen

Am Sonnabend und Sonntag finden im Unterbezirk drei Kommunalkonferenzen statt, an denen die sämtlichen Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordneten und Stadtverordneten des Unterbezirks teilnehmen müssen.

Für Stadt und Kreis Naumburg und Umkreis: Sonnabend, 4. Dezember, abends 8 Uhr, im „Roten Hahn" in Naumburg.

Für Stadt und Kreis Weißenfels: Sonntag, 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, in Teuchern im „Grünen Baum".

Für Stadt und Kreis Zeitz: Sonntag, 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Zeitz in der „Herberge".

Beachtet die Literatur-Ausstellung in unseren Buchhandlungsschaufenstern in Halle und im Bezirk

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Leipzigerstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

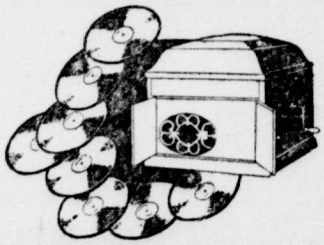
Die Kämpferin Nr. 1 (Frauenzeitung)	0,10
Fritz Rück. Steigender Reichtum wachsende Not	0,20
Die Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion	0,30
Bucharins Antwort an die sozialdemokratisch. Arbeiter	0,30
Der Fall Heinig (Dürfen Sozialdemokraten nach Sowjet-Rußland)	0,20
Die Lehren des englischen Generalstreiks	0,30
Dokumente und Reden englischer Arbeiterführer über den Generalstreik	1,20

Unterhaltende Literatur

Runowa: Dorfsowjet in Urkeifa	0,70
Neporom: Das Antlitz des Lebens, geb. 2,75 brosch.	1,80
L. Lehmann. Die weiße Zeit (Unser Zeitungsroman)	2,–

Märchenbücher, Bilderbücher u. Spiele
zu Geschenkzwecken in großer Auswahl!

Der Musik-Apparat auf Teilzahlung!



Musik gehört in jedes Haus!

Nichts ist geeigneter, frohe Stunden zu bereiten und über die Sorgen des Alltags hinwegzuhelfen. Ein guter Musik-Apparat und eine sorgfältig zusammengestellte Schallplatten-Bibliothek schaffen Ihnen Bühne und Konzertsaal im eigenen Haus. Wir liefern Apparate und Schallplatten auf Teilzahlung

Wir führen nur die Erzeugnisse der weltbekannten Polyphon-Grammophon-Vertriebsgesellschaft

Anzahlung nur 10 Mk., Wochenrate 3 Mk.

Eichmann & Co.
Große Ulrichstraße 51, Eingang Schulstraße

Bekanntmachung

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 33 141 bis 36 327 (Pfandscheine in grünem Druck) wird vom 7. Dezember, von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Halle, den 15. November 1926. **Das Leihamt der Stadt Halle.**

Stadt-Theater
Heute
Donnerstag, 8 Uhr:
Gastsp. Eug. Klöpfer
Michael Kramer
Freitag, 8 Uhr:
Das Rheingold

Walhalla
Telephon 283 85
8 Uhr abends:
Täglich:
Adele Moraw
die berühmte Excentrique als
Kaiserin der Sahara
mit dem übrigen ausgewählten
Attraktions-Varieté-Programm
Ermäßigte Preise

Edison-Theater
Goethestr. 28
Freitag – Montag
6.30 u. 8.30 Uhr:
Neu
Paganini
m. angepaßt. Musik
ausgeführt von Herrn Kapellmeister Gallner.
Nach der bekannten Operette. Hauptrolle:
Conrad Veidt
Moderne Welt
oder
Neubabylonapolis
Das Wort „Sensation" ist viel, viel zu schwach für das, was in diesem Film unerhört atemlos Tempo geboten wird.
Filmlänge: 4883
1 Zur Groteske
zum Kranklachen

Tausende Zöpfe
Stück von 3 Mk. an
Alte Erfahrene
billigst
Damen-Kopfwäsche
1.00 Mk. 1.50 Mk.
Zopf-Siebert
33 Leipziger Str. 33

Pelze
Ch.n. Ziege 15
m. Opossum 49
Nutria 55
Echt Skunks 98
Astrakanchs 35
Wolf 98
Eishein
an der Ulrichskirche
Leipziger Straße 97

Schlemleder
Gummiabsätze
Schuhleisten
empfiehlt
M. Winkler
Glaucharerstraße 27

2 Woh. geg. 3 Zim. u. Küche tauschen gesucht. Saberer 2

Nehmen Sie genau Ihr Schuh- und Hausmaß!

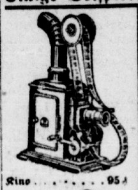
Sie sind auf dem verkehrten Wege

denn die wirklichen **Einheitsgeschäfte** sind nur **Steinweg 3 u. Geiststr. 58** wo Sie alles Denkbare für

25, 50 u. 95 Pf.

bekommen können

Einige Beispiele führe ich hier an:



Kino . . . . . 95 ₰

Auto . . . . . 50 25 ₰

Mamapuppe . . . . 95 ₰

Teddy-Bär . . . . 95 ₰

Puppenwagen . 95 50 ₰

Sitz-Baby mit Schlafaugen . . . . 45 50 ₰

Holzeisenbahn 0,50 0,25

Holzpferd	0,50	0,25
Rollwagen		0,50
Kaufladen		0,50
Kochherd	0,50	0,25
Trompeten	0,50	0,25
Pferdestall		0,50
Eisenbahn mit gutem Werk		0,50
Porzellan-Service	0,50	0,25
Katze mit Pferd	0,50	0,25
Klavier	0,50	0,25
Karussell	0,50	0,50
Zelluloid-Baby	0,50	0,25
Baukasten	0,50	0,25
Himmelbetten	0,50	0,25
Werkzeugkasten	0,50	0,25
Wertpuppe		0,25
Karton Möbel	0,50	0,25
Geigen unzerbrechlich		0,50
Gewehre	0,50	0,25
Säbel	0,50	0,25
Trommeln	0,50	0,25
Modelle	0,50	0,25
Vogel mit Stimme		0,25
Schal auf Räder	0,50	0,25
Gesellschaftsspiele verschied. Ausführungen	0,50	0,25
Stehaufl unzerbrechlich		0,25
Brummkreisel	0,50	0,25
Herrensocken	0,50	0,25
Kinderschürze		0,50
Damenstrümpfe	0,50	0,25
Kinderstrümpfe		0,50
Hosenträger	0,50	0,25
Kinder Prinzeßröckchen		0,50
Schlüpfer	0,50	0,25
Unterhalte		0,50
Herren Sockenhalter	0,50	0,25
Seidene Strumpfbänder		0,50
2 Taschentücher		0,25
6 Illumin. am Kaffeelöffel		0,50
Zahnbürste	0,50	0,25
Rasiergarnitur 3 tlg., Spiegel, Napf u. Pinsel		0,50

Mensch, ärgere Dich nicht
das beliebte Gesellschaftsspiel **50 ₰**

Nehmen Sie genau Ihr Schuh- und Hausmaß!

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

RFB., Abtlg. 3, Westen
Sonnabend, den 4. Dezember
im großen Volkspertsaal:
Kameradschaftl. Beisammensein
Tanz / Humor / Stimmung
4661 (Franz Stein)
Öffnung 7 Uhr Öffnung 7 Uhr

Bekanntmachung

Betrifft: Aufwertung von Kriegsanleihen

Diejenigen Kriegsanleihegläubiger, denen bisher eine Entscheidung über ihre Aufwertungsansprüche zugegangen ist, wollen die ihnen zugeteilten Reichsanleihe-Ablösungsstücke und Auslosungsscheine bei uns in Empfang nehmen oder sich die Nummern bescheinigen lassen.

Eisleben, den 30. November 1926. *4677

Sparkasse mit Bankabteilung der Stadt Eisleben.

Kaufen Sie Ihre **Wringmaschine** lassen Sie Ihre **Wringmaschine** reparieren nur bei **Otto Saarmann,** a. Waisenhaus, Tel. 6584

Lederflicken
Gummiabsätze
billig bei 273
Wilh. Kranz
Neue Promenade 15

Sprotten
delikat im Geschmack
solange Vorrat reicht
die ganze Kiste nur
45 Pfg.
Fischhalle **Seeftern**
Leipziger Str. 60
Nähe Riebeckplatz

Sprechapparate Schallplatten
verschiedene Ausführungen
Billigste Preise
Sachlungsgesellschaftung
Fr. Barteis
Inh. Fritz Engel,
Halle (Saale)
Leipziger Straße 65

Bettgef. 40,–
Polster nöbel-Bertauf!
Stoffsofa . . 55 ₰
Plüschsofa . 67 ₰
Chaiselongue 35 ₰
Stahlmatratz. 9 ₰
Auflagen von 8 ₰ an
prima Werkstattarbeit
Polstermöbel-Schieke
Friedrichstraße 7
Teilzahlung gestattet

Leder
zu bekannt billigen Preisen 268
Hammer & Kaufmann
Ulrichstraße 46
Ecke Geiststraße

1859
Kleiner Hund entlaufen. Name „Mäuschen". Rehpinscherart, lg. Ohren, weiße Brust und weiße Vorderpfötchen. Wiederbringer erh. Belohnung **Schlossertr. 6, II**

Jeder kauft
Backartikel
Ausschneiden

Ia. Sultaninen	1 Pfd.	1.10	1.04	0.92	0.88
Ia. Korinthen	1 Pfd.			0.88	0.80
Ia. Rosinen	1 Pfd.			1.20	1.04
Ia. Mandeln	1 Pfd.			2.20	2.00
Ia. Mandel-Grieß	1 Pfd.			0.80	0.70
Ia. gem. Cocosmilch				0.50	
Ia. Kokosfette Margarine	1 Pfd.			0.60	0.56
Ia. Citronat	1 Pfd.			1.40	
Ia. Schmelzmargarine	1 Pfd.			1.00	0.88
Ia. Weizenmehl	1 Pfd.			0.28	0.25
Ia. Mohn	1 Pfd.			1.60	
Ia. Aprikosenkerne	1 Pfd.			0.80	
Ia. Cocosfett	1 Pfd.			0.75	

bei **Otto Bornschein**
Halle a. d. S., Mittelstraße 2

Auf Teilzahlung

¼ **Anzahlung**
Ratenzahlung nach Wunsch

Herren-Wäsche
Unterhosen
Einsatz-Hemden
Barchent-Hemden
Oberhemden

Damen-Wäsche
Hemden
Beinkleider
Garnituren
Nachthemden
Bettnachthemden

Bettwäsche
Bettbezüge
in Damast und Zwirnbiber
Linon und Damast
von Mk. 9.– an
Bettücher, Bettdecken
Handtücher
Inlett, Schlafdecken
Steppdecken

Alte Kunden,
die für Konto bezahlen wollen, halten Ware ohne Aufzahlung

Carl Klingler
Halle, Leipziger Str. 11, I. Etage
Eingang Sandberg
Für Merseburg und Umg.: Hugo Dies Merseburg, Zweigstelle 14
Für das Geiseltal: Bernh. Illi, Neumark, Bahnhofstraße 19

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0004

DER ERWERBSLOSE

Jahrgang 1926 | Halle, den 2. Dezember 1926 | Nummer 5

Notgesetz oder Arbeitsschutzgesetz?

Den Erwerbslosen hilft keines von beiden

Reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten und die SPD. halten zurzeit die Frage der Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund. Sie bringen die Frage sogar in Verbindung mit der Notwendigkeit einer durchgreifenden Hilfe für Erwerbslosen. Zur Zeit, als die Erwerbslosigkeit auch im Gewerkschaftsleben in täglichem Anschwellen war, lehnten sie, wie sich erinnern wird, eine solche Stellungnahme ab. Doch wollen wir hoffen, wenn sie wenigstens heute zu besserer Einsicht gekommen wären.

Der „Volksbote", das Organ der „linken" SPD. in Halle, scheint sogar eine regelrechte Kampagne für die Einführung des Achtstundentages zu führen — aber es ist, wie wir bald sehen werden, nur Schein.

Der „Volksbote" polemisiert heftig gegen das sogenannte **Arbeitszeitgesetz**, auf dessen Durchpeitschung im Reichstag jetzt die Regierung mit fieberhafter Eile drängt, und das doch, vor vielen Jahre etwa, — der Arbeiterschaft in allen Gewerkschaften und SPD.-Versammlungen als das Heilmittel der für sie schlimmen Folgen der kapitalistischen (und auch von den reformistischen empfohlenen!) Rationalisierung hingestellt worden ist. Nicht schreibt der „Volksbote" (Nummer vom 30. Nov.

1. und 2. Dezember tagt in Berlin der Reichserwerbslosenkongreß

Die Berichterstattung im „Klassenkampf" und organisierte Berichterstattung vor Erwerbslosen, Betriebsräten und den Gewerkschaften!

einer Kritik, daß wiederum Landarbeiter, Hausgehilfen und Schiffer ausgenommen sind, folgendes:

„Es heißt es z. B. mit der Einbeziehung der Bergarbeiter. Bei der Regelung der Arbeitszeit sieht man vor lauter Bäumen den Achtstundentag nicht mehr. Das Willkürregiment, das im Rahmen der Arbeitszeitverordnung vom Dezember möglich war, soll angeblich stark eingeschränkt werden. **Unter dieser Einschränkung** geht aber aus den vorläufigen Angaben über die Arbeitszeitbestimmungen **keineswegs klar** hervor. Die 48-Stundenwoche soll durch Verteilungsmöglichkeiten erhalten werden. Sehr großer Spielraum besteht bei der Verteilungszeit und der **Arbeitsbereitschaft**. Hier ist ein Zeitraum bis zu **zehn Stunden** zulässig, also eine 60-Stundenwoche nicht mehr als eine Schichtzeit von zwölf Stunden. Ist es noch bedenkliche besondere Ausnahmen für einzelne Betriebe. Praktisch wird bei diesem Teil der Arbeitszeitregelung der **Schwerpunkt in den Durchführungsbestimmungen** liegen. Bei der Mehrarbeit soll ein **25prozentiger Zuschlag als** Regel, **wohlgemerkt nur für die Arbeiter**, nicht für die Angestellten, **Für das Jahr** ist eine **Mehrarbeit** von 60 Stunden unter tariflicher oder behördlicher Genehmigung. Dazu kommen noch die bekannten Ausnahmen für Notfälle, für Arbeiten in den Häfen und dergleichen. Bei alledem handelt es sich **nicht um Zwangsvorschriften**, sondern nur um **öffentlich-rechtliche** Normen. Man bestimmt nur, was zulässig ist. Die sonstigen Verpflichtungen des Arbeitnehmers bringt erst der Tarifvertrag.

Das Arbeitszeitgesetz ist — darüber haben die Gewerkschaften und das Reichsarbeitsministerium nicht im unklaren gelassen — **nicht, sondern schlechter als die früheren Entwürfe . . .**"

Schade, den der „Volksbote" zieht, aber liegt **auf derselben Linie der Stimmungsmacherei eines ernsthaften außerparlamentarischen Druckes der Arbeitermassen durch neue Illusionen**, wie wir das schon bei den Debatten zum Dawes-Pakt, zum Rationalisierungsprogramm der Unternehmer, zum Arbeitschutzgesetz und ähnlichen Gelegenheiten, seit im Jahre 1914 der „Burgfrieden" und im Jahre 1918 die „Arbeitsgemeinschaft" von der Seite geschlossen wurden. Die neue Illusion, „unser" SPD.-Führer genau so großzustehen sich bemühen, heißt: **Notgesetz der ADGB.**

Wir Kommunisten unterscheidet sich im Wesen keineswegs von dem „Volksboten" kritisierten Arbeitschutzgesetz. Wir haben auch nichts gegen seine einzelnen Paragraphen mit ihren „Kann"-Bestimmungen und Ausnahmeklauseln behandelt, so daß eine Wiederholung erübrigt.

Verkürzung bis zur Einreihung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozeß ist das sicherste und ausschlaggebendste Mittel zur Behebung des Erwerbslosenelends. Soweit sie im Arbeitsschutzgesetz geplant wird, darf sie aber nicht schon im Wortlaut den Unternehmern Handhaben zu gegenteiligem Handeln bieten. Hier muß die Arbeiterschaft sich deshalb nicht hinter das Notgesetz des ADGB. stellen, sondern nur hinter den 42-Stunden-Antrag der Kommunisten. Die Hauptsache aber ist **außerparlamentarische Massenmobilisierung**, so wie unsere letzte Landeskonferenz die Linie gezogen hat, und wie auch der Reichskongreß der Werktätigen sich einstellen wird. Wichtig ist ferner die Verbindung der Arbeitszeitfrage mit Lohnfragen, denn ohne Lohnerhöhungen ist bei den heutigen Preisen eine wirkliche Kampfesaufnahme der im Betrieb stehenden Arbeiterschaft der Arbeitszeit und selbst gegen Ueberstundenschieberei schwerlich durchzuführen. Wenn die Sammlung der Massen auf dem Werktätigen-Kongreß **Forderung der Betriebsräte um höheren Lohn und Achtstundentag** zeitigt und zu Aktionen führt, ist es die Pflicht der Erwerbslosen, nach Kräften diese Kämpfe zu unterstützen. Keinen Reihen dafür aufklärend zu wirken, **so daß hier Streikbrechergefahr mehr besteht.**

Milliarden Einschrumpfung der Konsumkraft durch die Arbeitslosigkeit

„Konsumgenossenschaftliche Praxis", das Organ des Christlichen Konsumgenossenschaftsverbandes, hat eine Untersuchung über den Ausfall der Konsumkraft durch die Arbeitslosigkeit angestellt. Die Untersuchung, die mit einem Gesamtausfall von 2¾ Millionen Arbeitskräften rechnet, kommt zu dem Schluß, daß ein Verlust von rund 4,4 Milliarden Einkommen im Jahr vorliegt. Es wird errechnet, daß jeder Arbeitslose und Kurzarbeiter um rund 1400 Mark den Konsum schwächt. Mit Recht weist die Zeitschrift darauf hin, daß durch die Unterstützung der Arbeitslosen der Verlust nicht ausgeglichen wird, da letzten Endes die Unterstützung aus dem Einkommen der Arbeiter stammt.

Selbstverständlich geht auch den Arbeiterkonsumvereinen durch den Umfang und die Dauer der Arbeitslosigkeit ein wesentlicher Teil der Konsumkraft der Arbeiterklasse verloren. Die Stärkung der Konsumvereine zu proletarischen Kampforganen gegen den Kapitalismus wird hierdurch erschwert. Schon aus diesem Grunde müssen auch die Arbeiterkonsumgenossenschaften über die direkten Unterstützungsmaßnahmen für die Erwerbslosen hinaus am allgemeinen Kampfe für die Durchsetzung der Erwerbslosenforderungen teilnehmen. Auch die Konsumgenossenschaften müssen **Delegierte zum Werktätigenkongreß in Berlin** entsenden und sich in die Kampffront für die Verbesserung der Lebenslage einreihen.

Auswirkung des „Arbeitsbeschaffungsprogramms"

Ein Arbeitsloser aus dem Kreise Liebenwerda schreibt: Durch das Hochwasser im vergangenen Sommer war der Röderdamm bei **Würdenhain** durchbrochen. Anfang November sollte endlich mit den Ausbesserungsarbeiten begonnen werden, und der Röderverband ließ sich, weil es sich um Notstandsarbeiten handelt, Erwerbslose zuweisen. Als nun bei der Einstellung einige Kollegen die Auffassung vertraten, daß mit 40 Pfennig Stundenlohn nicht auszukommen sei, scherte der Bauführer Heelmann zu, sich für 45 Pf. einzusetzen, um dieses dann am nächsten Tage als festgelegt zu bezeichnen.

Wer nun aber glaubte, daß er wenigstens diese, wenn auch immer noch völlig unzulänglichen Pfennige erhalten würde, hatte sich schwer geirrt. Am Lohntage erklärte H. plötzlich, daß man ihm in Liebenwerda bei der Zulage-Verhandlung nicht zugestimmt habe; nur für die erste Wochenhälfte könne es bei dem vereinbarten Satze bleiben. Bei der Lohnzahlung waren denn aber sämtliche Tage nur mit 40 Pf. berechnet, jedoch — nur zwei Würdenhainer, der eine Wirtschaftsbesitzer, der andere pensionierter Eisenbahner und Auszügler, bekamen 45 Pf.!

Auf Verlangen von zwei Kollegen, daß sie unbedingt den Landrat bzw. eine für die Angelegenheit verantwortliche Person zur Verhandlung wünschten, äußerte sich der Bauführer überhaupt nicht. Er habe gar keinen Einfluß auf die Sache. Bei einer späteren Besprechung mit dem Kreiswiesenbaumeister stellte es sich dann heraus, daß der Bauführer, gleichzeitig Vorsitzender vom Röderverband für die Sache sogar verantwortlich war, was er dann auch zugeben mußte. Er versuchte sich damit herauszureden, daß für die zwei Leute aus Würdenhain der Röderverband maßgebend sei, für die Notstandsarbeiter aber der Kreis, und daß er auch gelonderte Lohnlisten führen müßte. Auch das stellte sich als Schwindel heraus! Alle dort beschäftigten Leute, einschließlich des Bauführers, stehen auf einer Lohnliste.

Daß bei dieser noblen Gesellschaft die einfachsten Bedürfnisse der Beschäftigten keine Beachtung finden, ist nicht anders zu erwarten. Eine Baubude könne nicht beschafft werden, weil das zu teuer sei. Da der Bauführer zugleich Gastwirt ist, stellte er sein Lokal für die Pausen zur Verfügung, wobei er natürlich verdienen will. Als mehrfach ein Abort verlangt wurde und auch der Besitzer des Grundstücks sich dafür einsetzte, sollte einer erbaut werden. Aber, o weh, ohne Nägel ließ sich nichts machen, und diese zu kaufen, dazu hat der Röderverband kein Geld. So ist es noch immer beim alten geblieben. — Durch den Regen der letzten Tage war der Boden so lumpig, daß ein Arbeiter mit dem schadhaften Schuhwerk der Erwerbslosen nur Erkältungen mit sich bringt. Deshalb verlangten einige Kollegen eine **angemessenere Entlohnung.** Sie bekamen zur Antwort, daß die Dorfgenossen sich beschwert hätten, daß 40 Pf. gezahlt würden; das sei zu hoch (?)! In der nun folgenden Auseinandersetzung wurde der Bauführer darauf aufmerksam gemacht, daß man seinen Worten ja keinen Glauben mehr schenken könne, da er schon mehrmals gelogen habe. Dieses faßte er als Beleidigung auf und verbot dem einen Kollegen die Baustelle. Ein zweiter, der dieses bekräftigte, wurde ebenfalls entlassen.

Nun zeigte sich die Sachkenntnis dieses Herrn aber erst richtig. Entlassungsschein sowie Krankenkassenbeiträge zu quittieren, waren ihm völlig unbekannte Dinge. Erst nach einer Beschwerde wurden diese Dinge erledigt. Das Steigen des Grundwassers hat nun die Arbeit gänzlich zum Stillstand gebracht. Am Montag wurden sämtliche Arbeiter entlassen.

Hoffentlich tragen die Zeilen dazu bei, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit sofort nachgeholt wird, was bisher ignoriert worden ist.

Die „Krisenfürsorge" in der Praxis

Unerhörte Ausführungsbestimmungen — Hinweg mit dieser „Fürsorge"!

Die Ausführungsbestimmungen für die „Krisenfürsorge" sind erschienen. Entgegen den Aussagen der SPD.-Führer sind die Schikanen aufs äußerste verschärft. Wir entnehmen den Ausführungsbestimmungen folgendes:

„Alle ausgesteuerten Erwerbslosen, welche nach dem 1. April 1926 aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind, erhalten aus der Krisenfürsorge eine Unterstützung, und zwar auch dann, wenn sie seit der Aussteuerung nicht laufend von der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind.

Die Krisenfürsorge wird nur auf Antrag gewährt. Sie kann in besonderen Härtefällen auch solchen ausgesteuerten Erwerbslosen gewährt werden, welche schon vor dem 1. April 1926 ausgesteuert sind, jedoch müssen diese bis spätestens 31. Dezember die Krisenfürsorge beantragt haben.

Die Voraussetzung für Gewährung der Krisenfürsorge ist, daß der Erwerbslose arbeitsfähig und arbeitswillig ist und sich infolge Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befindet. Die Familienmitglieder eines Erwerbslosen erhalten aus der Krisenfürsorge dieselben Zuschläge wie aus der Erwerbslosenfürsorge. Diesen darf eine selbständige Unterstützung nicht gewährt werden. Die Krisenfürsorge wird auch den erwerbslosen Ausländern gewährt, wenn ihr Heimatsstaat nachweislich deutschen Erwerbslosen eine gleichwertige Unterstützung gewährt.

Für die Prüfung der Bedürftigkeit gilt der § 7 der Erwerbslosenfürsorgeordnung. Insbesondere sind die Rentenbezüge des ausgesteuerten Erwerbslosen **zur Hälfte ihres Betrages auf die Krisenunterstützung anzurechnen.** Für die Berrichtung von Gelegenheitsarbeiten gilt die Bestimmung, daß 10. v. H. des Unterstützungsbetrages, einschließlich der Familienzuschläge, nicht angerechnet werden. Wenn mehr als 10 v. H. durch Gelegenheitsarbeit verdient wird, dann ist der Mehrbetrag des Verdienstes mit 60 v. H. auf die Krisenunterstützung anzurechnen. Völlig anrechnungsfrei bleibt jedoch die Unterstützung, welche der ausgesteuerte Erwerbslose auf Grund eigener Vorsorge (Unterstützung der Gewerkschaft) für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht. Eine Wartezeit besteht für die Krisenfürsorge nicht, **wenn der Erwerbslose aus der Erwerbslosenfürsorge oder der öffentlichen Fürsorge in die Krisenfürsorge übernommen wird.**

Die Krisenunterstützung ist in der gleichen Höhe zu gewähren wie die Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge einschließlich Familienzuschläge. Zuständig für die Gewährung der Krisenunterstützung ist die Gemeinde, in der der Erwerbslose bei Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit seinen Wohnort hat. Der Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge darf sich nicht weigern, nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufes und seines Wohnortes liegen darf, sofern ihm diese auf Grund seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Arbeit kann nur dann abgelehnt werden, wenn für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn (wenn ein Tarif besteht, ist der Tariflohn angemessener ortsüblicher Lohn) gezahlt wird, wenn die Unterkunft sittlich bedenklich ist und wenn bei Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird.

Wird eine Arbeit außerhalb des Wohnorts vermittelt, dann ist dem Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge freie Fahrt nach dem Beschäftigungsort nebst einer angemessenen Beihilfe zu den Reisekosten aus Mitteln der Krisenfürsorge zu gewähren. Auch den Familienangehörigen, welche im Haushalt des Erwerbslosen leben, ist, wenn diese in den Beschäftigungsort mitreisen oder nachfolgen, freie Fahrt nebst einer angemessenen Beihilfe zu den Reisekosten zu gewähren. Ist bei verheirateten Erwerbslosen die Mitnahme der Familie in den neuen Beschäftigungsort nicht angängig, dann kann die Gemeinde den zurückbleibenden Familienangehörigen die Familienzuschläge aus der Krisenfürsorge ganz oder teilweise gewähren.

Von dem Unterstützungsempfänger kann die Verrichtung von Pflichtarbeiten verlangt werden, wenn die gewünschten Arbeiten vom Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises als gemeinnützige Arbeiten im Sinne des § 14 der Erwerbslosenfürsorgeverordnung anerkannt sind. Werden jugendliche Erwerbslose unter 18 Jahren zur Pflichtarbeit herangezogen, ist auch diesen die Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützungsempfänger der Krisenunterstützung müssen die vorgesehenen Kontrollvorschriften beachten, andernfalls kann ihnen die Unterstützung entzogen werden.

Für den Fall der Erkrankung hat die Gemeinde die Unterstützung zu gewähren, welche bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ihres Bezirks oder einer anderen Krankenkasse gewährt wird. Zu diesem Zwecke sind auch die Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge gegen Krankheit zu versichern. Als Krankenunterstützung erhält ein erkrankter Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge den Betrag, den er als Unterstützung für seine Person aus der Krisenfürsorge erhalten würde. Darüber hinaus hat die Gemeinde als Tagerin der Krisenfürsorge die Zuschläge für die Familienmitglieder zu gewähren.

Ueber Unterstützungsgesuche auf Gewährung der Krisenfürsorge entscheidet der **Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises.** Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden ist binnen zwei Wochen nach ihrer Bekanntgabe Einspruch beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises zulässig. Die Anträge auf Gewährung der Krisenfürsorge sind bei der Gemeindebehörde und in denjenigen Gemeinden, wo sich der öffentliche Arbeitsnachweis befindet, bei diesem zu stellen.

Für Angehörige bestimmter Berufsgruppen kann die oberste Landesbehörde anordnen, daß deren Anträge dem Vorsitzenden des Landesamts für Arbeitsvermittlung oder den Vorsitzenden bestimmter öffentlicher Arbeitsnachweise vorzulegen sind, die für die zwischenörtliche oder zwischenbezirkliche Vermittlung in Betracht kommen, wenn sie der Auffassung ist, daß Arbeitslose dieser Berufe außerhalb des Arbeitsbezirks in Arbeit vermittelt werden können. Die Krisenunterstützung darf in solchen Fällen erst zuerkannt werden, wenn die Stell, der der Antrag vorzulegen war, sich damit einverstanden erklärt hat. Erwerbslose, die nach den Bestimmungen des „Gesetzes über Krisenfürsorge für Erwerbslose" unterstützt werden, sind bevorzugt vor andern Erwerbslosen zu öffentlichen Notstandsarbeiten heranzuziehen."

*

Die SPD. spekuliert anläßlich der Bestimmungen über die „Krisenfürsorge" wieder einmal auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter. Erst stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen die von den Kommunisten beantragte Aufhebung der schikanösen Bedürftigkeitsprüfung als Voraussetzung für die Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge. Wenige Tage darauf hatte der „Vorwärts" die Stirn, die Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung wieder zu „fordern". **Ist das Verhöhnung der Arbeiter oder nicht?**

Wir stellen ferner fest, daß die SPD.-Presse bisher die Ausführungsbestimmungen zur Krisenfürsorge unterschlägt. Wenn sie sie veröffentlichen würde, müßte sie ihren eigenen Behauptungen bei Annahme der Krisenfürsorge Lügen strafen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0005

Aus den Betrieben

Wieder ein Opfer der Ausbeutung

Baufirma Wilhelm Bode, Halle — Brückenbau Rößen

Ein neues Opfer hat die kapitalistische Ausbeutung gefordert in dem Arbeiter Kleschke aus Merseburg. **K. ist beim Fahren einer** Lore Beton infolge Durchbrechens des Rahmens aus einer Höhe von etwa 7 Meter abgestürzt und erlitt, wie später im Merseburger **Krankenhaus festgestellt wurde, einen schweren Rückgratbruch.**

In dem Betrieb herrscht das schlimmste Antreibesystem, bei dem sich besonders einer namens Fiedler hervortut. **Für die Baukontrolleure gibt es hier viel zu tun. Auch müßte nor allem** endlich ein **Bandelegierter gewählt werden. Die Firma hat laut Betriebsrätegesetz kein Recht, dessen Wahl und Tätigkeit zu verhindern.**

Kollegen, streift endlich die Furcht ab! Je aktiver wir kämpfen, desto weniger besteht die Gefahr, daß wir im Elend versinken.

Auf, nach Leuna!

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Elend der Erwerbslosen ist heute so entsetzlich, daß sogar das „Zuchthaus" Leuna ihnen wie das Paradies erscheint. „Auf, nach Leuna" — Der kannst Du schuften Tag und Nacht! Du brauchst gar nicht erst nach Hause zu fahren. Schlafsaal, alles kannst Du haben! Aber frage nur nicht, wie! Das Geld wird Dir aus der Tasche gezogen, und — Läuse hast Du sogar umsonst! Die Schichten gehen von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags, 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, 2 Uhr mittags bis 10 Uhr abends, 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Keiner kommt mehr zu einem geregelten Leben. In der Jagd nach diesem Zuchthaus zeigt sich das ganze Elend, das heute auf den Werktätigen lastet.

Die Grubensklaven erwachen

(Arbeiterkorrespondenz)

Diesen Eindruck konnte man ganz stark gewinnen in der am 28. Monat stattgehabten **Belegschaftsversammlung der A. Riebeckschen Grubenbetriebe in Ammendorf.** Bis auf den letzten Platz war das Versammlungslokal besetzt. Der Referent nahm Stellung zum Arbeitszeitabkommen im mitteldeutschen Bergbau und betonte, daß alles eingesetzt werden muß für die restlose Zurückeroberung des Achtstundentages.

Durch zustimmende Bemerkungen und weiterhin in der Diskussion verschafften die Versammelten, daß sie nach Kräften die Bewegung unterstützen werden. Eine Resolution, welche sich in vorgenanntem Sinne ausspricht, sowie die Beschließung der BAV.-Konferenz in Halle fanden einstimmige Annahme.

Bergarbeiter, an Euch liegt es nun! Organisiert Euch wieder restlos im BAV. und zeigt dadurch, daß es Euch ernst ist mit Eurer Forderung. Agitiert restlos für die Zurückeroberung des Achtstundentages, nehmt die BAV.-Leitung beim Wort!

Aus dem Weißenfeller Kohlenrevier

(Grube „Emma", Arbeiterkorrespondenz)

Es macht sich wieder einmal notwendig, etwas über die Zustände auf Grube „Emma" zu schreiben. Auf dem Abraum haben sich die Verhältnisse im Punkte **Arbeiterbehandlung** nämlich keineswegs gebessert. Besonders wird über den Schachtmeister Kabisch geklagt, der die Leute unglaublich behandelt. Als kürzlich einige Kameraden sich beim Mittagmachen verschliefen und die anderen sie wecken wollten, schrie Kabisch: „Laßt die nur schlafen, so lange sie wollen. Die Zeit wird ihnen abgezogen!"

Es soll vorgekommen sein, daß er einem Bremser Schläge angedroht hat, weil während der Fahrt ein paar Wagen aus dem Gleis gesprungen waren, darunter auch der Bremswagen. Der Bremser sollte daran schuld sein, in Wirklichkeit aber war die **Gleisweite statt 90 Zentimeter 95 bis 97 Zentimeter weit.** Nun soll einer sagen, daß da nichts passieren soll!

Im Baggerfeld ist es genau so. Vier bis fünf Mann müssen den ganzen Tag **für 4,62 Mark** die schwere Gleiswinde schleppen. Die Anzreiher stehen immer dahinter und brüllen: „Los, los!" Auch die Mannschaftsstuben sind in jammerhaftem Zustande. In der einen ist **kein Ofen,** in der anderen mehr Wasser als draußen, wenn es regnet. Hier ist Arbeit für den Betriebsrat!

Auch der Grubenbetrieb müßte mal durch den Bergrevierbeamten kontrolliert werden. Auf Grube „Emma" herrscht seit einigen Wochen Hochbetrieb. **Sonntags wie Wochentags** wird gearbeitet bis zum Bersten. Es sind Fälle zu verzeichnen, **wo drei Schichten hintereinander** verfahren wurden. Ein Fall wird erzählt, wo der betreffende Arbeiter **auf der Arbeit zusammenbrach, nachdem er 100 Stunden verfahren hatte.** (Wir werden noch darauf zurückkommen, wenn die Namen der Betreffenden festgestellt sind.)

Nicht unerwähnt sei, daß auf Grube „Emma" der Hort der **Werksgemeinschaft** ist. Hier sitzen ihre geistigen Inspiratoren, wie Grunert, Habrich usw. Aber trotz alledem will das Pflänzchen Werksgemeinschaft nicht recht wachsen und gedeihen. Selbst die Doktoren von Halle ziehen nicht. Es wird der Werksgemeinschaft hoffentlich bald genau so gehen, wie dem Stahlhelm. Auch die Bergarbeiter müssen mit der Zeit ja einsehen, daß sie als Arbeiter in die freie Gewerkschaft gehören. Und noch eins, Kameraden: Hinaus mit den „Zeitzer Neuesten Nachrichten" aus Euren Wohnungen! Lest dafür den „Klassenkampf".

Erste Bedingung: Wählt einen Betriebsrat.

Brikettfabrik Wählitz

Uns wird geschrieben: Ein recht „sauberer" Betrieb ist das Brikettwerk Wählitz der Werschen-Weißenfeller **Braunkohlen A.-G.** In bezug auf Stahlhelmorganisation ist dieser Betrieb allerdings ein Muster. Auch nachdem der Stahlhelmhauptling Kinast nach Halle versetzt ist, werden die Kumpels hier noch nicht schlauer.

Meldet sich ein Arbeiter krank, so kann er bestimmt darauf rechnen, daß er innerhalb drei Tagen die Kündigung in Händen hat. Auf der neuen „Rennbahn" herrscht ein Antreibesystem ohnegleichen. **Wo gut vier Mann beschäftigt werden könnten, leisten drei Mann die Arbeit.** Auf dem Hofe, beim Brikettverladen, wird der hornende Lohn von 4,51 Mk. gezahlt. Einem Arbeiter passierte es, daß er nach Abzug der Knappschaftsbeiträge usw. für **vier Schichten 13,70 Mk.** erhielt. **Was soll da zum Beispiel ein Vater** von vier bis fünf Kindern anfangen, wenn er auch für die Frau und jedes Kind noch 10 Pf. Zuschlag erhält? **Es ist wirklich ein Hohn,** wie man mit den Arbeitern umspringt.

Da sind auch der Betriebsführer und etliche Aufseher (sprich Fronvögte), die es sich geschworen haben, die Arbeiter bis aufs Blut zu knechten. Kojenamen, wie „Brummochse", „Rindvieh" usw. sind an der Tagesordnung.

Die Arbeiter sind dabei zum Teil an ihrem Unglück selber schuld. Es ist schon vorgekommen, daß am Freitag bei Arbeitern der Lohn nicht gestimmt hat, daß etliche Stunden fehlten und daß diese **Arbeiter es nicht wagten, ins Kontor zu gehen, und ihr Recht zu fordern.** In letzter Zeit sind auf dem Werk auch wieder Mädchen beschäftigt, die billiger arbeiten. Dafür wirft man die Arbeiter auf die Straße. **Man fragt sich, wie das alles nur möglich ist!** Aber es existiert **kein Betriebsrat! Eine Gewerkschaft** wird hier ebenfalls als Luxus angesehen! In diesem Betriebe, wo vielleicht 180 Mann beschäftigt sind, sind im Höchstfalle 50 organisiert.

Kollegen vom Brikettwerk Wählitz! Soll das so weitergehen? Organisiert Euch im BAV. oder DMV. und erkämpft Euch mit Euren Kollegen und gleichzeitig mit unseren englischen Arbeitsbrüdern ein menschenwürdiges Dasein. Klärt Euch auf, indem Ihr die Arbeiterzeitung lest, nämlich den „Klassenkampf".

Wir wollen nur acht Stunden arbeiten

Notschrei aus der Schokoladenfabrik Kant, Wittenberg

Das „Fest der Liebe" steht vor der Tür. In manchen Familien, wo noch Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, werden zu Weihnachten auch einige Gaben und vielleicht sogar ein Weihnachtsbaum den Raum schmücken. Wie die Gaben, die vielleicht aus Kakao hergestellt sind, entstehen, beweist folgender Notschrei, der in Form eines Briefes bei der Wittenberger Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes eingegangen ist:

Herrn Feustel **Kleinwittenberg**

Sehr geehrter Herr Feustel!

Sollten Sie noch nicht erfahren haben, wie die Zustände in der Schokoladenfabrik sind? Es ist einfach nicht mehr zum Aushalten. Von früh 7 Uhr bis abends 9 Uhr müssen die Mädels arbeiten. Dann haben sie in 14 Stunden 1,12 Mark verdient. Es ist ein Schimpfen den ganzen Tag. Fräulein Träger läuft wie ein Tyrann umher. Wo ist der Achtstundentag? Die Mädels fallen noch um, sie haben ja auch wenig zu essen in der Mittagspause, denn sie müssen arbeiten. Fräulein Träger läßt sie kaum essen, und dann wieder los. Das hält kein Mensch aus so lange Zeit. Wir bitten Sie, doch wenigstens dafür zu sorgen, daß wir nur noch acht Stunden arbeiten, das halten wir nicht mehr aus. Wir bitten, doch für uns zu sorgen, wir wollen weiter nichts, als nur acht Stunden zu arbeiten, sonst gehen wir kaputt.

Die Mädels aus Kant.

Wir stellen fest, daß an den letzten beiden Sonntagen bis mittags 1 Uhr gearbeitet worden ist. Hoffentlich wird der Gewerberat, welcher eine Abschrift des Briefes erhalten haben soll, einschreiten und auch die Sonntagsarbeit unterbinden. In einem späteren Artikel werden wir uns, wenn diese Zeilen noch keine Abhilfe schaffen sollten, mit der Behandlungsweise durch den Betriebsleiter und die drei Aufsichtsdamen sowie mit dem tamojen Akkordsystem und den Expansen weiter beschäftigen. Jedenfalls legt die tausende Arbeiterschaft Wert darauf, wie die Süßigkeiten entstehen und wie ihre Klassengenossinnen behandelt werden.

Der Arbeiterschaft des Betriebes empfehlen wir: Organisiert Euch in der zuständigen Organisation, dem **Verbande der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter!** Vereinzelt seid Ihr ein Spielball in den Händen der Schlechtesten und Liebedienerei der Direktion des Werkes, das habt Ihr doch zur Genüge erfahren.

Versprechungen und Taten sind zweierlei

(Arbeiterkorrespondenz)

Die kleinen Unternehmer wollen, wie es scheint, ihren großen Kollegen in der Ausbeutung der Arbeiter auf keinen Fall nachstehen. So berichten einige Arbeitslose, die bei dem **Dachdecker Mania** in Leimbach beschäftigt waren:

Versprochen wurde uns bei Annahme Tariflohn, gezahlt aber nur 40 Pf. pro Stunde. Der Tariflohn für Handlanger beträgt dagegen 70 bis 80 Pf. Es ist also kein Wunder, wenn es bei dem Dachdeckermeister wie in einem Taubenschlage zugeht. Wir hatten einmal über die miserablen Arbeitsverhältnisse berichtet. Bisher scheint der Betriebsrat der **Bleihütte** (Mansfeld A.-G.) sich noch nicht eingelebt zu haben, daß die damals erwähnten Arbeiter, die noch Nebenarbeiten machen, mit diesem verwerflichen Treiben aufhören und statt dessen helfen, allgemeine Lohnkämpfe zu organisieren. Besonders der Hüttenarbeiter Hermann Reulicke muß einmal auf seine verwerfliche Handlungsweise gegenüber den Arbeitslosen aufmerksam gemacht werden. Solche Handlungsweise ist für die Unternehmer die beste Handhabe, so brutal gegen die Arbeitslosen vorzugehen. Auch hier muß bei uns selbst vieles anders werden, wenn das, was der Landeskongreß der Werktätigen herausgearbeitet hat, Tat werden soll.

„Gummi-Paradies"

(Arbeiterkorrespondenz)

Wir berichteten vor einiger Zeit von dem Lohnabbau, der den Angestellten des **Gummiwerks „Elbe"** in Piesteritz auferlegt werden sollte. Einem Mitgliede des Angestelltenrates, das gegen den 20prozentigen Gehaltsabbau protestiert hatte, wurde kurzerhand gekündigt. Der Kollege hat natürlich auf Grund des Betriebsrätegesetzes Einspruch erhoben. Es wurde eine Gesamtbetriebsratssitzung einberufen und auch ein Vertreter des ZdA. geladen. **Der Vorsitzende des Angestelltenrates fiel seinen Kollegen in den Rücken,** indem er erklärte, daß er keine Zeit habe, an der Sitzung teilzunehmen. Auf diese Weise hofft er wahrscheinlich, sich bei dem Direktor Pajung eine sichere Position zu verschaffen. Die Arbeiter und Angestellten werden bei der **Betriebsratsneuwahl** natürlich ihre Konsequenzen daraus ziehen!

Auf Grund des letzten Artikels im „Klassenkampf" herrscht bei der Betriebsleitung ziemliche Unruhe. Es wurde geäußert, daß **der Artikelschreiber recht gut Bescheid wisse.** Nun, Ihr lieben Rätselraten, meint Ihr denn, daß die Arbeiterschaft mit geschlossenen Augen herumläuft? Gebt Euch nur gar keine Mühe, sie ist doch informiert.

Wie steht es übrigens mit der nun schon zum zweiten Male aufgebauten **Rückgewinnungsanlage,** Herr Gummi-Ingenieur (a. Verzeihung, Herr Maschineningenieur) Kort? Hinter den Wellblechbaracken ist noch viel Platz. —

Ueber den 20prozentigen Gehaltsabbau hat am meisten der Meister der **mechanischen Werkstatt gejammert,** der sich durch Schikanen gegen die Arbeiter auszeichnet und den ganzen Tag nur mit Hin- und Herlaufen zum Bureau verbringt. Der Direktion wagt er seinen Aerger nicht zu zeigen. Auch in der **Fädenabteilung** ist einer, der den ganzen Tag nur die Hände auf dem Rücken hat und die Kollegen auszuhorchen sucht. In den anderen Abteilungen sind ebenfalls verschiedene solche Blüten, die wir noch einmal gehörig unter die Lupe nehmen werden.

Der Belegschaft muß energisch gesagt werden, daß es unmöglich so weiter gehen kann, daß in verschiedenen Abteilungen **noch 9 Stunden gearbeitet wird.** Kollegen, ist es Euch nicht bekannt, **wieviel Arbeitslose** wir in Wittenberg und Piesteritz haben? **Macht endlich Schluß! Uebt mehr Solidarität mit Euren erwerbslosen Brüdern und Schwestern. Es lebe der Achtstundentag!**

Die Arbeiterdelegation aus Rußland

Werte Gewerkschafts- und Betriebsrätekollegen, sowie Parteigenossen!

Im letzten Jahre sind mehrere Arbeiterdelegationen zur Gewerkschaftsreise in Rußland gewesen. Nach ihrer Rückkehr haben die Berichterstatter der Arbeiter durch ihre Organisationen Bericht von ihren tatsächlichen Verhältnisse von Sowjet-Rußland verlangt, um **Klarheit zu erlangen. Sie alle** fühlten, daß auf die Schreibereien der bürgerlichen sowie der sozialdemokratischen Zeitungen **Verlaß sei.**

In voller Objektivität ist bis in die kleinsten Orte Zentralrußlands die Berichterstattung vor sich gegangen. Man kann heute behaupten, daß in der Berichterstattung kein Unterschied zu verzeichnen ist. Der Aufbau der Wirtschaft vorwärts schreitet. Auch davon sind die Delegierten den Bericht gab. Jeder Delegierte ist sich klar, daß **Sowjet-Rußland der Kapitalismus zum Teil gezwungen ist, den Aufbau der Wirtschaft vorwärtsschreitet.** Auch davon sind die Delegierten überzeugt, daß **alles, was in Rußland geschieht, ob wirtschaftlich oder politisch, im Interesse der breiten Massen der ländlichen ebenso wie der industriellen, vollzogen wird.**

Alle Zuhörer in den Versammlungen, die objektiv zu urteilen vermögen, haben durch die Delegationsmitglieder auch den richtigen Eindruck gewonnen, daß das große Werk, das durch die russische Revolution im Interesse der breiten Bevölkerung geschaffen wurde, **deshalb gelungen ist, weil die Führer der Revolution davon überzeugt waren, daß jede Zusammenarbeit zwischen Arbeiter und Kapitalistenklasse mit den Lehren von Marx und Engels unmöglich ist.** Unter der Führung Lenins konnte die Kommunistische Partei Rußlands, in engster Fühlung und Kollegialität mit den breiten Massen, den Umsturz fertigbringen und die Sowjets durch alle Jahre des Bürgerkrieges halten. Es war anders wie bei uns 1918 in Deutschland, wo die Parole war: „Kapitalismus geht an den Aufbau in der freiesten Republik der Welt."

Um in Deutschland die Massen zu schulen und ihnen beizubringen, was notwendig ist, um ein solches Werk zu vollbringen, wie in Rußland, dazu gehört eine sehr intensive Arbeit. Im Mittelpunkt muß bei uns stehen, die **Aufgabe der Erobernng der Gewerkschaften und die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit.**

Um nach Kräften diese Aufgabe zu fördern, geben die Teilnehmer der ersten und der zweiten Rußland-Delegation eine Schrift heraus, „Die Einheit". Es ist notwendig, daß die Schrift von der Gewerkschaft mehr beachtet wird als bisher. Die einzelne Nummer kostet 20 Pfennig, Vierteljahrspreis (6 Nummern) ist 1,10 Mark. Halle-Merseburg nimmt Bestellungen entgegen: Karl Lüttich, Breite Straße 17. Ebenso kann die Schrift direkt bestellt werden beim Verlag „Die Einheit", Berlin S 14, Alexandrinenstraße 62.

Zum Schluß einige Worte über die Finanzierung der Delegation des SPD.-Kollegen Alfred Hermann, Ammendorf, über die die SPD. allerhand Verleumdungen ausstreut. Nicht durch die KPD. oder durch die Partei, sondern durch Sammlungen in den Betrieben ist Kollege Hermann finanziert worden. In den Monaten, als die Sammellisten bei den Arbeiterdelegation im Umlauf waren, wurde sehr tätig für den mutigen Kampf der englischen Bergarbeiter gesammelt. Es wurden gebrachten die Kollegen aus den Betrieben in Halle und zwei Betrieben für die Rußland-Delegation die stattliche Summe von 137,75 Mark auf.

Die heute noch außenstehenden Listen sind sofort, ob sie gezeichnet, bei mir einzuschicken.

Mit kommunistischem Gruß **Karl Lüttich**

Vorsitzender des Rußland-Komitees für Halle-Merseburg.

Sowjet-Rußland

Aus der Gewerkschaft der in der chemischen Industrie Beschäftigten

Wir entnehmen dem Gewerkschaftlichen Bulletin des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR. vom November:

Die Entwicklung der chemischen Industrie führte zu einem bedeutenden Wachstum der Mitgliedschaft des Verbandes. Der Zuwuchs im Wirtschaftsjahr 1924/25 um 26 451 Personen oder 15,5 Prozent, im ersten Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1925/26 um 27,877 Personen oder um 14,1 Prozent. Am 1. April 1926 betrug die Mitgliederzahl **203 574 Personen.** Die Zahl der erwerbslosen Verbandsmitglieder fiel absolut und auch verhältnismäßig und beträgt 6,3 Prozent der Gesamtmitgliedschaft.

Die Zahl der Frauen im Verband wächst. Am 1. April 1925 waren 28,4 Prozent und am 1. April 1926 29,8 Prozent der Verbandsmitglieder Frauen.

Die Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften ist aus nachstehenden Angaben ersichtlich: die Durchschnittshöhe der von einem Gewerkschaftsmitglied abgeleisteten Beiträge beliefen sich in der Zeit vom 1. April 1924 bis 1. Oktober 1925 auf 5,40 Rubel und der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 1. April 1926 auf 6,69 Rubel.

Der Arbeitslohn in der chemischen Industrie stieg im Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1925/26 gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um 15,3 Prozent. Der durchschnittliche Stundenlohn eines Arbeiters in der chemischen Industrie betrug 100,4 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Industriearbeiter, während in der Vorkriegszeit in der chemischen Industrie der Lohn hinter dem Lohn der anderen Industrien bedeutend zurückblieb.

Ein bedeutender Teil der Arbeiter der chemischen Industrie genießt einen verkürzten Arbeitstag. Im März betrug die durchschnittliche Dauer des Arbeitstages eines Arbeiters der chemischen Industrie 7,2 Stunden.

Zur Charakterisierung der Tätigkeit der Gewerkschaft führen wir noch einige Angaben über die Kultur- und Erziehungsarbeit des Verbandes an: Am 1. Januar 1926 verfügte der Verband über **200 Klubs,** 256 Bibliotheken, 300 Schulen zur Liquidierung des Analphabetismus und 510 Rote Winkel (kleine Klubs). Die Mitgliederzahl der Klubs betrug 26 324. In den Klubs fand vielfältige Zahl aller möglicher Zirkel an der Arbeit. Insgesamt waren in diesen Zirkeln 28 743 Personen tätig, von ihnen beteiligten sich 6196 Personen Sport. In den Bibliotheken befanden sich 426 267 Bücher, die von 52 885 Lesern benutzt wurden. Insgesamt waren sechs Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft Analphabeten, über die Hälfte von ihnen wurde im Lesen und Schreiben unterrichtet.

Die Konsumgenossenschaften in Sowjet-Rußland

Die zweite deutsche Arbeiterdelegation benutzte ihre Sowjetreise auch dazu, **den russischen Konsumgenossenschaften einen Besuch abzustatten.** In der Broschüre ist niedergelegt, was sie dabei über die Aufgaben der Genossenschaften im Lande der proletarischen Diktatur wissen muß. Aus ihr ist ersichtlich, wie wichtig es ist, daß sich die Arbeiterklasse schon in der kapitalistischen Gesellschaft **an der Genossenschaftsbewegung beteiligt. Die Broschüre zeigt, wie das russische Proletariat im Kampfe gegen die Imperialisten der Welt auch mit Hilfe der Genossenschaftsbewegung den Weg zur kommunistischen Wirtschaft planmäßig durchführt.**

Beide Broschüren sind zu beziehen vom Verlag „Die Einheit", Berlin S 14, Alexandrinenstraße 62.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0006

Heran an die Oeffentlichkeit!

Der Fortgang der Stadtbank-Untersuchung

Rechts- und Verfassungsausschuß wird uns geschrieben:

8. September 1926 gab Oberbürgermeister Rive in der Stadtverordnetenversammlung den Bericht des Magistrats über die Untersuchungsangelegenheit und erklärte am Schluß:

Der Magistrat sei verantwortlich, wenn seinerseits ein Verschulden sei. Es müsse eine Prüfung der ganzen Zusammenhänge (gerichtliche Untersuchung. D. Ver.).

Es sei weiter die dienstliche Verantwortung in Frage zu ziehen. Verantwortung festzustellen, sei Sache der städtischen Behörde (Disziplinarverfahren. D. Ver.).

Es bleibt noch die kommunale Verantwortung. Diese sei während der Verhandlungen zwischen den städtischen Körperschaften (politisches Untersuchungsverfahren. D. Ver.).

Es müsse ein Ausschuß eingesetzt werden zur Prüfung der Angelegenheit, dem alles Material unterbreitet werden müsse.

Nachdem die Fraktionen sofort im Anschluß an diesen Bericht Stellung genommen hatten, wurde der Stadtverordnetenversammlung der kommunistischen Fraktion der Antrag unterbreitet, Oberbürgermeister Sendel das Vertrauen zu entziehen usw. Die Fraktion verlangte, diese Maßnahme auf Oberbürgermeister Rive auszudehnen und der Bürgerblock sprach durch Herrn Hirsch Verurteilung schärfste Mißbilligung aus und verlangte sofortige Prüfung und Aufklärung der Vorgänge durch den Rechts- und Verfassungsausschuß mit der Begründung, daß die Sache schnell wie möglich geklärt werden müsse. Einen besonderen Untersuchungsausschuß zu bilden, wie es die Linke verlangt, sei zu empfehlen, da dadurch nur unnötig Zeit verloren ginge. Werner forderte nach scharfer Rede eine Kontrollorganisation, den Magistrat kontrollieren sollte. Stadtverordneter Mund, der sozialistischen Fraktion, war einverstanden mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, in dem auch seine Fraktion vertreten müsse. (Im Rechts- und Verfassungsausschuß hatten Sozialisten keinen Vertreter.)

Nach einem Gewaltstreich des Stadtverordnetenvorsteher Busse wurde mit den 32 Stimmen des Bürgerblocks unter Protest der Linken die Untersuchung des Stadtbankskandals dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen. Die Eröffnung des Rechts- und Verfassungsausschusses fand am 7. September 1926 statt, also zehn Tage nach dem Stadtverordnetenbeschluß. Es wurde lediglich über die Form der Untersuchung gesprochen. Der Vorsitzende, Stadtrat Finger, hatte aus der Erkenntnis heraus, daß der Rechts- und Verfassungsausschuß nicht mit Angelegenheiten beschäftigen könne, die in Zeitungen und auch in der alten Stadtordnung nicht vorgesehen waren. Ersteres hielt er nicht für opportun, Letzteres müsse sich an dieser Untersuchung beteiligten, und verlangt er, von jeder Seite zwei Referenten resp. Korreferenten zu bestimmen, statt, wie es bisher üblich war, nur einem Referenten die Angelegenheit zur Berichterstattung im Plenum zu geben.

Der Rechts- und Verfassungsausschuß wurde also in diesem Falle auch schon rein äußerlich zu etwas anderem gemacht, als dies die Geschäftsordnung vorsieht.

Auch Herr Busse als Stadtverordnetenvorsteher betrachtete Rechts- und Verfassungsausschuß als etwas anderes. Denn er bat von einem Fraktionskollegen im Ausschuß vertreten zu werden, es sei dies einem Mitglied der völkischen Fraktion (Herrn Schaffi) entsprechend dem Stadtverordnetenbeschluß vom 13. September 1926. Rechtsanwalt Starke ließ einem Fraktionskollegen Baumüller und Blumenthal vertreten, für Professor Steinbrück erschienen als Vertreter Rechtsanwalt Gumz, Konsul Lehmann, die Stadtverordneten Koennecke, Merkel und Herr Minner vertraten abwechselnd Herrn Hoe. Während die Redner, einschließlich des Vorsitzenden, die Sitzungen nur dann und wann besuchte, arbeiteten die Linke und der politische Vertreter von der ersten bis zur letzten Sitzung regelmäßig an der Aufklärung des Stadtbankskandals, die Bürgermeister Sendel mit Unterstützung von Rechtsanwalt Gumz erschwert wurde.

Herr Hirsch beantragte zu dem Beginn jeder Sitzung Geheimhaltung.

Anwesend des Rechts- und Verfassungsausschusses war die folgende: Finger (Vorsitz), Illgenstein (stellv. Vorsitz), Härtel (für Kilian), Hoe, Kötz, Gumz (für Schaumburg), Baumüller (für Starke), Schaffi (für Herr Busse hat an keiner Sitzung teilgenommen, da er der Gefahr der Mehrheit verletzt hätte, den Völkischen auch Vertreter im Untersuchungsausschuß zu gewähren, Herr Hoe nur an den beiden letzten und Herr Minner nur an der Sitzung am 24. November, um seinen besonderen Auftrag, die Sprengung des Ausschusses, auszuführen. Herr Hoe und mit ihm der Bürgerblock sind sich sicher über die Tätigkeit Stadtverordneten im klaren gewesen, als dieser Ausschuß wurde.

Abgeordnetenvorsteher Minner: „Der Rechts- und Verfassungsausschuß beschließt, seine Tätigkeit einzustellen", wurde zum größten Entsetzen der Bürgerblockler mit fünf zu vier Stimmen abgelehnt. Der Antrag Hirsch: „Aus den Revisionsberichten und dem Bericht des Treuhänders soll nichts veröffentlicht werden", fand sechs Stimmen, denen vier Stimmenthaltungen der Linken gegenüberstanden, welche sich darauf stützten, daß am 20. Oktober mit dem jetzigen Dezernenten Vereinbarungen getroffen waren, nach denen ohne Nennung der Namen krasse Fälle als Beweismittel bekanntgegeben werden können und deshalb ein nochmaliger Beschluß nicht angebracht sei.

Einen anderen Weg, die Schuldigen und Verantwortlichen als solche zu überführen, gibt es gar nicht.

Sonst steht Behauptung des Beschuldigten gegen Behauptung des Anklägers, und Behauptungen sind keine Beweise. Das müssen die Rechtsanwälte auch ganz genau. Deshalb mußte die Auslieferung des Materials an den Ausschuß verhindert werden. Eine Möglichkeit, den kommunistischen oder sozialistischen Mitgliedern eine Handlung nachzuweisen, welche den Ausschluß dieser Mitglieder aus dem Rechts- und Verfassungsausschuß hätte rechtfertigen können, bot sich nicht.

Deshalb traten die Herren in den zweiten Bürgerstreit und glauben nunmehr den Stadtbankskandal zugedeckt zu haben.

Die Schlußfolgerung, daß damit der Untersuchungsausschuß nicht mehr verhandlungsfähig sei, ist amtlich noch nicht festgestellt, denn das, was am 27. November darüber der Presse mitgeteilt wurde, ist nur die private Meinung der Herren Hirsch und Genossen.

Vorläufig hat Herr Finger den Vorsitz und sein Amt im Ausschuß niedergelegt und es durch Schreiben vom 27. November dem stellvertretenden Vorsitzenden übergeben. Der jetzige Vorsitzende hat amtlich zu dieser Sache Stellung zu nehmen, und dies konnte nur in einer offiziellen Sitzung des noch verbliebenen Teiles des Untersuchungsausschusses geschehen. Dies ist am 1. Dezember geschehen.

Es wurde festgestellt: Herr Busse hat nie diesem Untersuchungsausschuß angehört, kann also auch sein Amt in diesem Ausschuß nicht niederlegen, denn darüber verfügt Herr Schaffi, der am 24. November mit der Linken zusammen für Weitertagung stimmte. Herr Starke ist durch seine Beziehungen zur Hama überhaupt nicht in der Lage, in diesem Untersuchungsausschuß mitzuwirken, gehörte ebenfalls nie diesem Untersuchungsausschuß an und kann in diesem Falle ebenfalls nicht über diesen Sitz verfügen. Indessen diesen also die Sitze der Rechten: Finger, Hoe, Steinbrück, Hirsch. Das sind vier Stimmen, denen sechs Stimmen gegenüberstehen. Diese sechs Vertreter sind sehr wohl in der Lage, die Geschäfte weiterzuführen. Selbst wenn nur fünf Vertreter anwesend sind, ist der Ausschuß noch beschlußfähig. Der stellvertrende Vorsitzende:

A. Illgenstein.

*

Auch die Umstände, welche der stellvertretende Vorsitzende als Einleitung der gestrigen Sitzung schilderte, sind wert, festgehalten zu werden. Nachdem am 27. November die Amtsniederlegung der Mitglieder des Ordnungsblocks in der Presse bekanntgegeben war, rief Genosse Illgenstein am 29. November (Montag) sofort das Bureau der Stadtverordneten an und verlangte, die von uns am Montag veröffentlichte Notiz an die Presse zu geben. Ebenso gab er dem Leiter des Bureaus, Herrn Ebeling, den Auftrag, dafür zu sorgen, daß zum Mittwoch, dem 1. Dezember, eine Sitzung einberufen wird, und daß dazu von Herrn Finger das Material, welches der Ausschußvorsitzende besaß, seinem Rechtsnachfolger Illgenstein ausgehändigt wird.

Nach zwei Stunden rief dann Herr Ebeling unseren Genossen J. an und teilte mit, **daß Herr Busse, als sein Vorgesetzter, ihm untersagt habe, irgendeine amtliche Handlung in Illgensteins Auftrage vorzunehmen.** Unser Genosse J. verlangte diese Verfügung sofort schriftlich und machte auf die Folgen aufmerksam. Die schriftliche Verfügung erfolgte nicht, es wurde auch die Sitzung nicht einberufen. Am 1. Dezember, vormittags, rief unser Genosse dann nochmals das Bureau an, um sich zu vergewissern, ob auch das Material dem Ausschuß vorliege. Herr Ebeling erklärte, er habe den Herrn Geheimrat Finger gebeten (in Illgensteins Auftrage) das Material herauszugeben.

Herr Finger habe ihn aber nur schweigend angesehen, das Material jedoch nicht gegeben.

Ein Versuch, Herrn Finger in seinem Privatbureau telephonisch zu erreichen, gelang nicht, trotzdem erst kurz vorher Fräulein Domschke, seine Stenotypistin, sagte, der Herr Geheimrat wäre da. Dieses Fräulein hatte ebenfalls von J. den Auftrag bereits vorher bekommen, Herrn Finger zu sagen, daß J. das Material wünsche. Er war jedenfalls sehr gut unterrichtet, machte sich aber aus dem Staube, ohne das Material pflichtgemäß an seinen Rechtsnachfolger zu übergeben.

Arbeiter-Photographen von Halle und Umgebung

Zwecks

Zusammenschluß zu einer Arbeiter-Photographenvereinigung

laden wir alle Amateure zu einer Vorbesprechung am

Montag, dem 6. Dezember 1926,

abends 8 Uhr, im Zimmer 4 der Produktiv-Genossenschaft, Merseburgerstraße 14, ein.

Wir bitten mitzubringen:

1. die Apparate,
2. Abzüge bisher hergestellter Aufnahmen aus Betrieben, Vereinen, von Aufmärschen usw.

In der Sitzung soll ein

Arbeitsprogramm

aufgestellt werden. Auswärtige Genossen bitten wir, ihre Adresse an den Genossen Richard Lipple, Halle S., Merseburgerstraße 14, einzusenden.

Der vorbereitende Ausschuß.

J. A.: R. Lipple.

Hallische Tageschronik

Wer ist der Tote? Am 22. November wurde bei Altenburg die Leiche eines unbekannten Mannes aus der Saale gezogen. Beschreibung: Etwa 40 bis 50 Jahre alt, 158 Zentimeter groß, dunkelblond. Bekleidung: Dunkles Jackett, grünliche Weste, graue Hose, eine leinene und eine Trikotunterhose, weißes Trikothemd, dunkles, wollenes Vorhemdchen, hellgraue mit dunkelgrauer Wolle angestrickte Strümpfe, schwarze, hohe Schnürschuhe, Marke Goodyar Welt. Die Leiche muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Lichtbilder sind bei der Landeskriminalpolizeistelle, Zimmer Nr. 115, einzusehen.

Verkehrsunfälle. Am 30. November gegen 11.45 Uhr vormittags wurde an der Neuen Promenade ein Motorradfahrer von einem ihm überholenden Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Der Motorradfahrer erlitt durch den Sturz eine Verletzung des Bedens und der Hand. Der Kraftwagen, dessen Erkennungsnummer festgestellt ist, fuhr, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern, weiter. — Am 30. November gegen 4.30 Uhr nachmittags ereignete sich in der Delitzscher Straße ein Verkehrsunfall dadurch, daß sich von einem Geschäftskraftwagen ein Hinterrad löste, welches einem vorüberfahrenden Radfahrer ins Fahrrad rollte. Der Radfahrer kam zu Fall. Das Fahrrad wurde erheblich beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. — Am 30. November gegen 5 Uhr nachmittags erfolgte an der Ecke Cleariusstraße und Talamtstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Radfahrer, welcher noch vor dem herannahenden Kraftwagen die Straße überqueren wollte. Das Fahrrad wurde erheblich beschädigt. Verletzt wurde niemand.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit! Am Sonnabend, dem 4. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" (Mittelsimmer) unsere fällige Monatsversammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnungspunkte erwarten wir, daß alle Mitglieder erscheinen. Referent ist zur Stelle.

Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Halle. Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im „Volkspark" Generalversammlung. Da eine wichtige Tagesordnung, u. a. Ortsverwaltungswahl, zu erledigen ist, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Funktionärsitzung der Roten Hilfe. Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr im Saale der Produktiv-Genossenschaft haben alle Zellenobleute, Unterkassierer und sonstigen Funktionäre der Roten Hilfe zu erscheinen. Es gilt, die Vorbereitungen zur Weihnachtshilfe und -feier zu besprechen.

Kommunistische Metallarbeiter. Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark" wichtige Fraktionssitzung. Alles muß erscheinen.

Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Halle. Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im „Volkspark" Generalversammlung. Da eine wichtige Tagesordnung, u. a. Ortsverwaltungswahl, zu erledigen ist, ist restloses Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Alle kommunistischen Steinsetzer, Hilfsarbeiter, Steinmetzen und Marmorschleifer treffen sich am Freitag, dem 3. Dezember, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, zu einer wichtigen Besprechung.

Thalia-Theater: „Candida"

Sich nicht gewandelt.

Shaw wurde Inhaber des Nobelpreises. Ein Grund für die Zeitschriften, wieder einmal sein Bild zu versenden. Unterschrift: Bernard Shaw, welcher soeben seinen 70. Geburtstag begangen hat, — nun auch . . . „Gleichzeitig mit der Antwort auf die Glückwunschbriefe ein, die ihm aus aller Welt überlandt worden war und in der Namen wie Sexpedition, sozusagen die Realpolitik neben den Repräsentanten des Geistes repräsentierten. Die Antwort ist ein mildes Dank allerseits, und die Versicherung, er, Bernard Shaw, habe er nirgends so gut verstanden werde wie in Wien. Von dem Schunde und Schmutzgesch scheint er nichts zu haben, als er das schrieb.

Eine wirbelnde Posse gegenseitiger Einschätzung bisher nicht bemerkt wurde, ist es kein Wunder, wenn ein Mysterium der Heldenentgötterung entsteht, bei dem man allmählich Vergnügen gewinnt, daß der Fabier Shaw seinen Witz ruhig weiter predigen darf, weil man weiß, er wird an den Zuhörern spottend abkehrt, nichts ändern. Von der schönen Frau engezogen, wird der bürgerliche Zuhörer gefährt und in seine Ausbeutergesichte zurückkehren. Vielleicht wird eines Tages zum Bischof ernannt, und sei es auch nur, um Hoffen zu hopfen (wie es in der grausamen Uebersetzung des Trebitsch bei „Candida" heißt). Diese tröstliche Hoffnung ist von der Hand zu weisen. Erst vor wenigen Tagen hat das Mitglied der Labour Party, Thomas, in Anerkennung Verdienste um den Verrat des englischen Bergarbeiterstreiks zum Ehrendoktor der Universität Oxford ernannt. Bischof zu werden, blüht auch dem Pastor Jakob Morell in Shaws Mysterium „Candida".

Es ist, wenn man sich nicht mehr zurechtfindet und trotzdem allen bleibt, nur daß ein Schimmer heimlichen Verrates andeutet, daß in der Tiefe der Seele neue Erkenntnisse eingezeichnet sind. So ist das mit der Glückwunschbriefe Beantwortung. So ist es mit dem Marienbild des proletarischen Pastors Morell, das seinen alleinigen Atheismus durch das katholische Symbol andeuten soll.

So ist es mit dem Nobelpreis. Pfarrer Morell hat den Nobelpreis in der Tasche. Er heißt Candida und ist seine Frau.

Warum Candida diesen Wert besitzt, der ihr von jedem gut erzogenen Menschen das Prädikat „Krone des Heims" oder „Hüterin treuen Familiensinns" einbringen wird, sagt Shaw in drei Akten, in denen es liefe hergeht, obgleich sogar der Pfarrer einem jungen Dichter einmal an die Kehle springt. Der Pfarrer ist nämlich kein gewöhnlicher Pfarrer, sondern ein Sozialist. Aber er ist kein gewöhnlicher Sozialist, sondern nur einer von Shams unheidischen Helden, die den Sozialismus predigen dürfen, weil sie es (siehe oben) je tun, daß der Arbeiteder zu seinem Profit und die alternden Mädchen zu ihrem Anbetungsobjekt kommen, wesmegen der junge Dichter um sein Anbetungsobjekt kommt. Auch mit dem Arbeiteder ereignen sich hübsche Episoden. Er ist der Vater von Candida und — das „Mysterium" geschieht im Oktober 1894 — er löst das Problem der Nationalisierung schon so spielend wie heutzutage die Ford-beflissenen europäischen Trustmagnaten.

Candida steht inmitten dieser Familie, zu der neben der alternden Stenotypistin und dem jungen Dichter noch ein Unterpfarrer gehört, und sie geht aufrecht mit lieblichem Lächeln und weist nach, was Shaw als heute unaufhörlich nachzuweisen sich bemüht: daß, die uns Helden scheinen, keine sind. Dadurch ist sie — der Konsequenz letzter Schluß — nun selbst zur Heldin erhoben, die Schwereres zu vollbringen hat als ein irrender Ritter: nämlich zu tun, als ob das konventionell traute Heim weniger spießig wäre, als das konventionelle es ist.

Die gestrige Aufführung im Thalia-Theater ließ das nicht immer erkennen. Das Bestreben, leise zu bleiben und doch die Schärfe Shawscher Betonung herauszuarbeiten, stand in keinem glücklichen Verhältnis. Es stand bei den einzelnen Darstellern selbst in Widerspruch bei der Candida von Anelieje Johow und dem Pfarrer Morell von Alfred Durra. Die anderen Gestalten kamen alle aus einer wetterfesteren, weit grobkörnigeren Welt. Da hier eine Ueberleitung nicht geglückt war, fehlte die verbindende Wahrhaftigkeit, deren die Darsteller der Grobkörnigen, Walter Raupach als Arbeiteder und Haika Heller als Stenotypistin, einschließlich des jungen Dichters, Wolfgang Helmke, an sich nicht ermangelten.

So blieb auch bei dem aufmerksamen Volksbühnenpublikum eine leichte Unsicherheit zurück. Olf.

Zum Kongreß der Werktätigen

bringt die neueste Nummer der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" (25) einige treffliche Seiten heraus. Zunächst zeigt ein Aufsatz von Jakob Walcher das Wesen der Nationalisierung, der durch gutes Bildmaterial erläutert wird. Alle die Kreise der Werktätigen werden gezeigt, für die der Kongreß der Werktätigen Lebensnotwendigkeit bedeutet. — Das unterirdische Berlin, eine ganze Stadt, die sich immer weiter unter der Hauptstadt ausdehnt, Rußlands gewaltige Ströme, die Länder der Banane und neuer russischer Arbeiterport werden durch Bild und Wort illustriert. Rätsel- und Humor-Ecke sowie die Fortsetzung des spannenden Romans „MG. 2 gestohlen" von Peter Cahanis geben dem Heft sein Gepräge. Der besondere Wert aber liegt in den Mittelseiten, die in trefflichen unbekannten und sensationellen Bildern die Gefahren der Arbeit in der Knochenmühle des Kapitals zeigen. Die Nummer ist wiederum in allen fortschrittlichen Buchhandlungen usw. zum Preise von 20 Pf. zu haben.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Beim heutigen Gastspiel Eugen Klöpfers in „Michael Kramer" sind die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Michael Kramer: Eugen Klöpfer; Frau Kramer: Margarethe Bartomiko; Michaline Kramer: Lotte Rood; Arnold: Alfred Trojan; Emil Lachmann: Martin Wolfgang; Minnie Lachmann: Elie Nicolai; Erle Kunich: Jungard Richter; Alessio Schnabel: Siegfried Nürnberger; Baumeister Zicha: Ludwig Jabelitz; Quantmeyer: Manfred Fürst.

Im Dezember bringt das Mitteldeutsche Landestheater die Goethesches Lustspiele „Die Laune des Verliebten" und „Die Mitschuldigen" (Regie: Oberspielleiter Kuzelewski) heraus.

Konzertdirektion.

Der Märchenfilm aus 1001 und eine Nacht: „Die Geschichte des Prinzen Achmed" wird am 2. und 3. Dezember, 4 Uhr nachmittags und 8¼ Uhr abends, im Thalia gegeben. Vorzugskarten in der Geschäftsstelle. Die 4. Beitragsmusiken sind jetzt fällig. Sperrsitze für die 1. Reihe: Die beiden Lieder Opern „Lucia und Gelatea" und „Turandot" am 9. Dezember (E), 15. Dezember (B), 16. Dezember (C); für die 2. Reihe: „Das große Weltstheater" am 8. Dezember (G), 12. Dezember (H), 27. Dezember (J). Für die Kinder am 15. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, im Stadttheater als Weihnachtsmärchen „Rumpelstilzchen". Für den 16. Dezember sind zur Operette „Paganini" nochmals Karten zu haben.

Zoologischer Garten. Am Donnerstag, dem 2. Dezember, findet das 6. Sinfoniekonzert des Hallischen Sinfonie-Orchesters im Zoologischen Garten statt. Das Programm bietet ausschließlich Werke von Bach und Brahms: Brandenburg-Konzert, Violin-Konzert G-Dur und Chaconne von Bach; Sinfonie Nr. 4, E-Moll von Brahms. Als Solistin ist Frieda Cramer (Leipzig) gewonnen worden. Am Sonntag, dem 5. Dezember, billiger Sonntag. Mittwoch, den 15. Dezember, Kindermeinnachtsfest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0007

Achtung, Parteigenossen!

Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Sitzung der Stadtteil- und Zellengruppenkassierer. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen!

BV. (Abtlg. Kasse.)

500 Mark Geldstrafe für den „Volksblatt"-Redakteur Kasparet

Etwas von der Weltfremdheit deutscher Richter

In seinen Nummern vom 30. und 31. März d. J., sowie vom 3. April hatte sich das „Volksblatt" mit dem Stahlhelm-Stadtrat Drpander beschäftigt, dem unter anderem vorgeworfen wurde, er habe gelegentlich einer Dienstreise in Berlin eine adlige Dame kennen gelernt, mit der er intime Beziehungen unterhalten und die er auch später nach Halle geholt habe. Nach den Berichten sollte es sich bei dieser hochvornehmen Dame um eine ganz gerissene Hochstaplerin handeln, die später, nachdem sie ihre Gastgeber um sehr wertvolle Schmucksachen bestohlen hatte, von der Polizei festgenommen, als Dienstmädchen entlarvt und vom Schöffengericht Berlin zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt wurde.

Diese vom „Volksblatt" gemachten Angaben entsprachen insofern nicht den Tatsachen, als es sich bei dem ehrenwerten, aber reingefallenen Don Juan nicht um den Stadtrat Drpander, sondern um seinen beruflichen Vorgänger, dem Bankdirektor Herlemann, handeln soll. Das gekränkte Stahlhelmmitglied Drpander lief nun schnell zum Schiedsmann, um hier sein Recht zu suchen. Tatsächlich wäre es hier auch zu einem Vergleich gekommen, wenn Herr Drpander nicht gar so weitgehende Bedingungen gestellt hätte. Unter anderem verlangte er eine Geldbuße von nur 1000 Mk. (in Worten: eintausend Mark). Kasparek ging hierauf nicht ein, und so hatte sich gestern das erweiterte Schöffengericht (das wieder einmal einen schlafenden Schöffen aufzuweisen hatte), mit der Angelegenheit zu befassen.

Der Angeklagte Kasparek war auch gestern noch zu einem Vergleich bereit, da er falsch informiert worden war, lehnte aber solch maßlose Forderungen ab. Als Zeugen wurden zwei Redakteure der „Allgemeinen Zeitung" vernommen, die ebenfalls aussagten, daß der im „Volksblatt" gebrachte Bericht tatsächlich in weiten Kreisen der Bevölkerung kolportiert worden sei und die Wahrheit niemand in Zweifel gezogen habe. Der Chefredakteur der „A. Z." gab sogar zu, daß er selbst ebenfalls einen solchen Bericht gebracht hätte, wäre er Redakteur des „Volksblatt" gewesen.

Kasparek selbst bedauerte lebhaft, den Nebenkläger Drpander in dieser Weise beleidigt zu haben, machte aber geltend, daß diese Geschichte seinerzeit überall erzählt wurde und erklärte sich weiterhin bereit, die Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück zu nehmen. Das Urteil lautete schließlich auf 500 Mk. Geldstrafe und weiterhin Zahlung einer Entschädigung an den Nebenkläger Drpander in Höhe von 150 Mk. und Publizierung des Urteils in zwei hallischen Tageszeitungen.

Weltfremd mutete die Ansicht des Gerichts und des Staatsanwaltes an, die beide der Auffassung waren, daß eine Zeitung nicht das Recht habe, sich in die persönlichen und familiären Angelegenheiten einer Persönlichkeit zu mischen. Es könnte also irgend jemand der größte Lump in Amt und Würden sein, ohne daß die Presse das Recht hätte, die moralische Minderwertigkeit eines solchen Menschen der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Gewiß ist es richtig, daß man solchen Leuten ganz gehörig auf die Finger klopfen soll, die aus purer Verleumdungswut sich an ihren politischen Feinden auf diese Weise zu reiben suchen. Wenn aber solche Fälle vorkommen, wie es zum Beispiel der Fall Jürgens, oder der Stadtbankfandal, oder auch die Geschichte der Leipziger Kriminalbeamten Rowel und Genossen zeigt, dann wäre es gegenüber der breiten Masse aller Zeitungsleser ein Verbrechen, wollte man nicht auch die persönlichen Verhältnisse solcher Kriminalverbrecher ein wenig unter die Lupe nehmen. Wer ein wirklicher Lump ist, soll auch als solcher gekennzeichnet werden, und wer sich schützend vor solche Menschen stellt, spricht sich selbst damit ein Urteil.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß Stadtrat Drpander nicht die 1000 Mk. als Sühne für irgendeine wohltätige Sache forderte. **Vielmehr verlangte er diese Summe zur eigenen Verfügung.** Wir wissen es zwar nicht, aber glauben ganz sicher, daß „Kamerad" Drpander dieses Geld für die schwindsuchtskranke Stahlhelmkasse bestimmt hatte. Daraus ist ja nun nichts geworden, aber auch von den ihm zugesprochenen 150 Mk. dürfte noch soviel abfallen, um noch für die prominentesten Kameraden ein Glas Bier zu spendieren. Also: Prosit, Ihr Helden!

Im übrigen möchten wir nur noch auf eins hinweisen: wie hätte wohl das „Volksblatt" schadenfroh getobt, wenn dem „Klassenkampf" der Irrtum, den Stadtrat Drpander mit dem Bankdirektor Herlemann zu verwechseln, passiert wäre?

Ammendorf

Oeffentliche Versammlung. Gestern fand hier eine öffentliche Versammlung statt, um den Bericht vom Landeskongreß der Werktätigen entgegenzunehmen und über die Notwendigkeiten und Aufgaben des Reichskongresses zu sprechen. An der Bahn hatte sich die Ammendorfer Arbeiterschaft zahlreich eingefunden, hatte sie doch gehört, daß der Genosse Schumann, welcher seit einigen Tagen die gastlichen Städten der Werktätigen-Hochschule (Gefängnis) verlassen hatte, nach Ammendorf kommt. Ein kräftiges „Rot-Front" ertönte, als das „Klassenkampf"-Auto den Genossen Schumann ablieferte, und nun ging es unter Vormarsch der KPD.-Kapelle nach dem „Burgschlößchen". Im Namen der gesamten Arbeiterschaft wurden ihm hier die Grüße in der „goldenen Freiheit" übermittelt. Ein Delegierter vom Werktätigenkongreß gab Bericht von dem Aufmarsch in Halle. Obgleich Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführer Großes an der Sabotage geleistet haben, konnten sie es nicht verhindern, daß das werktätige Volk seine Stimme erhob. Dann ergriff der Genosse Schumann das Wort und übermittelte die Grüße der noch inhaftierten Genossen. Er wies auf die **Notwendigkeit der Unterstützung der Roten Hilfe** hin, um den Genossen hinter Kerkermauern ihr Los zu erleichtern. Dann ging er besonders auf den Kongreß der Werktätigen ein, streifte die Rationalisierungsfrage, die zum Schaden der Arbeiterschaft, der Kleinhandwerker, der Gewerbetreibenden und Kleinbauern, zum Nutzen und Vorteil der herrschenden Klasse, einer Gruppe von Großkapitalisten gelöst wird. Er geißelte scharf die Einstellung der Sozialdemokratie, welche um einiger Regierungssessel willen Verschlechterungen an der Arbeiterschaft unterstützt und fördert. Aufgabe der Arbeiterschaft und der Mittelschichten ist es, sich bereitzuhalten, sich Aufklärung zu verschaffen, um gegen den Schlag der kapitalistischen Klasse gewappnet zu sein. Genosse Schumann gab weiterhin in seinen Ausführungen Bericht über die internationale Lage und über den Faschismus in Italien. Jeder ging befriedigt nach Hause, denn in leicht begreiflicher Weise hatte Genosse Schumann vor den Versammelten gesprochen. In der Diskussion, von der lebhaft Gebrauch gemacht wurde, bekamen die Delegierten mehrere Aufträge und Anregungen mit auf den Weg. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 1. Dezember 1926 in Ammendorf abgehaltene gut besuchte öffentliche Einwohnerversammlung nimmt mit Empörung Kenntnis von den brutalen Methoden, mit denen die faschistische Diktatur Mussolinis jede Regung der Arbeiterklasse zu vernichten trachtet. Mißhandlung, Mord, Plünderung und Zerstörung sind die Mittel, mit denen sich der Kapitalismus Italiens am Leben erhalten will. Die Versammelten protestieren mit Abscheu gegen den faschistischen Barbarismus und geloben, alle Kräfte anzuwenden, welche zur Stärkung der Kommunistischen Partei beitragen und den Faschismus zerschlagen. Nicht zu ruhen, bis der Wall der internationalen kapitalistischen Klasse durchbrochen ist."

Ammendorf

Freitag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Burgschlößchen" eine Gründungsversammlung der Roten Jungfront statt. Alle jungen Arbeiter, welche erkannt haben, daß es nur durch Kampf der Arbeiterschaft gelingt, ein besseres Ziel zu erreichen, werden Mitglied der Roten Jungfront.

Diemitz

Diemitz. Neue Apotheke. Der Oberpräsident hat die Genehmigung zur Errichtung einer neuen Apotheke in Diemitz erteilt. Bewerbungen bis zum 20. Dezember 1926 beim Regierungspräsidenten in Merseburg.

Sennewitz

Proletarischer Unterhaltungsabend. Am Sonntag, dem 5. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Gasthof „Adler" zu Sennewitz ein proletarischer Unterhaltungsabend statt. Dort wird neben Darbietungen des Arbeiter-Gesangvereins Gutenberg, Rezitationen usw. auch die Rußland-Delegierte Kollegin Schull über ihre „Eindrücke und Erfahrungen in Sowjet-Rußland" sprechen. Arbeiter, erscheint in Massen! KPD., Ortsgruppe Sennewitz.

Zwintschöna

Der Großbauer Pitzschk von hier mietete durch Stellenvermittlung am 1. November ein Hausmädchen, das er natürlich nicht als solches, sondern im Kuh- und Schweinestall zum Füttern und Ausmisten verwandte. Neben dem üblichen vereinbarten Lohn bekam das Mädchen das vorsintflutliche „Genannte", pro Woche ein Brot, vier bis fünf Pfund, ein Viertel Pfund Butter, einen Löffel Mus und einen Löffel Fett. Nun wurde das junge Mädchen am 19. November krank und mußte sofort ins Krankenhaus transportiert werden. Gleichzeitig wurde das Mädchen fristlos entlassen, obwohl gar keine Veranlassung dazu vorlag. Hatte Pitzschk schon gesetzlich nicht das Recht, wegen Krankheit eine fristlose Entlassung auszusprechen, so ist es geradezu unerhört, einen Menschen, der seine Gesundheit bei so einem Krauter ließ, auf die Straße zu setzen. Was war der Grund dazu? Herr Pitzschk, wir wollen Ihnen Antwort geben. Dieses junge Mädchen war Ihnen wohl verdächtig, Kommunistin zu sein? Als die Mutter des Mädchens den Lohn holte, gab er ihr zehn Mark. Auf den Einwand der Frau, dies sei zu wenig, erklärte er, der richtige Lohn sei nur 9,50 Mark, die 50 Pf schenke er ihr noch, und 6 Mark seien noch für Stellenvermittlung abgegangen. Herr Pitzschk, wenn Sie ein Mädchen suchen und geben der Stellenvermittlerin den Auftrag dazu, dann sind Sie auch verpflichtet, dieselbe zu zahlen. Wir stellen fest, daß dies ein Betrug dem Mädchen gegenüber ist. Die Lebensmittel, die er seinen Dienstboten gibt, sind übrigens derartig rationalisiert, daß es unmöglich erscheint, daß ein Mensch damit auskommt. Er selbst könnte ja damit reichen, denn er ist so ein richtiger Nichtstuer. Aber wir bezweifeln, daß er bei den oben angeführten Lebensmitteln zu einer derartigen Leibesfülle kommt, wie er sie hat, auch wenn er nicht arbeitet. Die Schweine, die Pitzschk schlachtet, haben wahrscheinlich nur Mus, Fett und Butter, oder irren wir uns, Herr Pitzschk? Aus alledem hat Pitzschk seine wahre Gesinnung dokumentiert.

Könnern

Baumfrevel. An der Straße Könnern—Golbitz sind von 14 jungen Obstbäumen, die vor etwa drei Tagen angepflanzt worden sind, die Kronen abgebrochen worden. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Denkt an die politischen Gefangenen!
Sammelt für die Winterhilfe!

Neues aus aller Welt

Spruch schildert seine Tat

Wir fahren heute mit unserem Bericht über die Verhandlung gegen den Juwelenräuber fort:

Stundenlang stand ich wie geistesabwesend vor den Fenstern der Juweliere. Wenn etwas geschehen sollte, dann mußte es doch etwas Richtiges sein. Der Polizei wollte ich Gelegenheit geben, zu zeigen, was sie kann. So sollte es wochenlang gehen, ohne Aufsehen nach dem anderen erregt werden. Ich wäre damit

der berühmteste Mann des Jahrhunderts

geworden. Aber es kam anders. Da hatte ich ja erst den Spruchmann. Der ist ein baumstarker Kerl. Er packte mir mit Wucht, reiste dann ab, und schließlich fand ich einen Jungen von 23 Jahren, „drei Kilo hoch", nicht mehr als 1,50 Meter groß. Das war mir recht und der ging dann auch darauf ein. Der Angeklagte schilderte uns seine Tat. Als ich verhaftet wurde, habe ich furchtbar gelacht, denn ich in eine solche Falle gegangen bin.

Dann brachte ich die Sonja auf.

Die habe ich so schön beschrieben, daß alle begeistert waren. 3 Tage lang habe ich sie existieren lassen. Junge, Junge, habe ich mich bearbeitet!

Es folgte dann die Vernehmung der beiden Mitangeklagten. Frau Charlotte Spruch behauptet, daß sie die Juwelen nur für ihren Bruder habe verwahren wollen und in Unkenntnis der Tatsache gehandelt habe. Else Ringhausen gab an, daß Spruch sie gebeten habe, ihm Gesellschaft zu leisten. Sie habe ihm

vortanzen und rheinische Lieder singen müssen.

Dann habe er ihr als Geschenk die Kette und eine Uhr gegeben. Die Mutter Spruchs, eine 63jährige Frau, gibt an, daß sie in Familie unter schweren seelischen Belastungen zu leiden habe. Bei der Familie seien mehrere Fälle von Irrsinn, Tobsucht, Selbstmordversuche, Lebertrebs usw. vorgekommen. Dann wurden

die Sachverständigen

vernommen. Sanitätsrat Dr. Lepmann führte u. a. aus, daß der vorstechendste in dem Wesen des Angeklagten sei die außerordentliche Sensationslust. Der Sachverständige kommt zu dem Ergebnis, daß eine Geisteskrankheit im Sinne des § 51 nicht vorliegt, daß beständen aber wesentliche bewesende Anhaltspunkte dafür, daß seiner Anlage und in seinem Wesen psychopathische Züge enthalten sind.

In ähnlichem Sinne äußerte sich Sachverständiger Prof. Sommerberg und Sachverständiger Besser, der Vorsitzende der deutschen graphologischen Studiengesellschaft.

Nach längerer Beratung verkündigte das Gericht folgendes

Urteil:

Der Angeklagte Spruch wird wegen schweren Raubes, Hehlerei und erschwerten unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren und einem Monat Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt; die Mitangeklagte Charlotte Spruch erhält wegen Hehlerei fünf Monate und die Mitangeklagte Else Ringhausen drei Monate Gefängnis. Dem Angeklagten Spruch wird ein Monat der Untersuchungshaft auf seine Strafe angerechnet.

Zu dem Urteil bemerkt die „Welt am Abend":

Mit einem ungerechten Zuchthausurteil endete die Tragödie einer Familie Spruch, wenn man will, ein modernes Schicksalsdrama, dem Verurteilung die Hauptrolle spielt, wenn man will, ein neues Stück von der Unerbittlichkeit dieser deutschen Justiz, die sogar ihres verlateten Strafgesetzes Kranke in die Kerker schickt.

Der „Pfaffenspiegel" vor Gericht. Albert Bock, der Verfasser des bekannten Volksbuches „Pfaffenspiegel", „Hinterlassenschaft und Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche", hatte sich am 1. Dezember vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen Verstoßes gegen den rühmlichen § 166 des Strafgesetzbuches verantworten. Der Pfaffenspiegel, der nun bereits mehr als 1½ Millionen Exemplaren verbreitet ist, wurde bei der Neuauflage beschlagnahmt und der Verleger angeklagt. Es soll die Entscheidung darüber fallen, ob das Werk weiter beschlagnahmt bleibt oder seine Verbreitung freigegeben wird. Sollte es sich um Schundgesetzvorlage zum Gesetz werden, so würde dieses Buch, das seit 81 Jahren erscheint, als erstes auf die Schundliste kommen. Man kann gespannt sein, wie das Gericht seine Entscheidung in diesem Falle treffen wird.

Der Gleiwitzer Initiativwachtmeister verhaftet. Beim Ausbruch des Gleiwitzer Gefangenen, die nach Polen entkamen, wurde der Justizwachtmeister Schwenck erschossen; der ehemalige Justizwachtmeister Krause, wurde — wie er behauptete — übertrieben tigt und in eine Zelle gesperrt. Jetzt wurde Krause unter dem Verdacht, den Ausbrechern behilflich gewesen zu sein, verhaftet.

Der Leiferder Attentatsprozeß in zweiter Auflage. Die Revision des Leiferder Attentats zum Tode verurteilten Wanderburschen Schlesinger und Weber haben gegen das Urteil Revision eingelegt. Es ist damit zu rechnen, daß das Reichsgericht bei der Revision stattgeben wird, da bei der ersten Verhandlung eine Reihe schwerer formeller Verstöße gegen die Strafprozeßordnung unterlaufen sind. Nach dem Urteil maßgebender Sachverständiger hätte eine Verurteilung der Angeklagten zum Tode nicht erfolgen dürfen, schon allein aus dem Grunde, weil bei Ausnahmeweisaufnahme ergeben hatte, daß sich die Attentäter der Folgen ihrer Handlung nicht bewußt waren.

HAC 1219

Weihnachts-Vorverkauf

Jetzt ist die grösste Auswahl!
Jetzt werden Sie von einem gutgeschulten Personal in Ruhe bedient!
Jetzt vermeiden Sie Zeitverlust durch Warten im Gedränge!

Auch wir haben ein Interesse daran, unseren Betrieb jetzt schon voll auszunutzen, deshalb veranstalten wir in diesem Jahre einen grossen

Weihnachts-Vorverkauf

und bieten **gewaltige Vorteile.**

Sämtliche während des Weihnachts-Vorverkaufs ausgesuchten Waren werden bei geringster Anzahlung bis zum Fest reserviert. Also:

Kaufe gleich- zahle später!

Besonders preiswerte Angebote:

Grau Krokodilstoff-Spangen Komteß-Absatz . 5.90
Grau Eidechskalbleder-Zugschuh Komt.-Abs 12.50
Schwarz Pelzhalbschuh Fließfutter 12.50

Herren-Schuhe

Lackhalbschuh Chro lacaleder, weiß gedoppelt, sehr elegante Form 14.50
Schwarz Wildleder-Halbschuh Lackbandage . 16.50
Braun Boxkalf-Stiefel mit Doppelsohlen 16.50

Nur durch MANNA es gelingt, dass der Lackschuh nicht mehr springt

MANNA farblos nur allein für farbigen Schuhe

Friedrich Oehlschläger nur Leipziger Str. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0008

Aus der Provinz

An alle Ortsgruppenkassierer der Partei!

Die Ortsgruppenkassierer werden aufgefordert, mit der BZ. (Bezirksleitung) abzurechnen:

Für Werktätigenkongreß,
Spenden für den Werktätigenkongreß,
Spenden für: „Trustherrschaft und Rationalisierung",
Kalender,
Politische Volksentscheidsmarken und -listen.

Es ist dafür zu sorgen, daß die Parteitagsmarken im Dezember restlos umgesetzt und mit der Dezember-Abrechnung verrechnet werden.

Am 1. Januar 1927 verliert die jetzige Beitragsmarke ihre Gültigkeit. Noch verkaufte Beitragsmarken müssen ebenfalls mit der Abrechnung an die BV. eingesandt werden. Im Dezember kommen neue Beitragsmarken zum Versand.

Bezirksleitung KPD. (Abtlg. Kasse.)

Sozialdemokratische Arbeiter

auch Ihr Sturm gegen Grützners Entscheidung

Stadtverordnetenversammlung Grützners, daß die Weißenfelser Stadtverordnetenversammlung trotz der Mandatsniederlegung der Linken beschlußfähig ist, hat unter den sozialdemokratischen Arbeitern der Empörung und bei einigen ihrer Führer ein peinliches Aufsehen erregt.

Der „Volksbote" bringt, ohne Grützners zu nennen, dessen Erlaß und bemerkt am Schluß:

„Wir geben diese Meldung vorläufig ohne Stellungnahme wir behalten uns eine solche noch vor."

Wir können die sozialdemokratischen Redakteure nicht gleich mit diesem mehr lächerlichen als schändlichen Erlaß Grützners. Es ist nur die Furcht der „linken" sich furchtbar radikal gebärdenden „Volksboten"-Leute vor ihren Oberbonzen!

„Volksblatt"-Aktionen ist die Sache noch unsympathisch, aber nicht etwa, weil Grützner sich schützend vor die Bürgerlichkeit, sondern weil sie es für töricht, für störend halten, daß Weißenfelser Genossen sich in eine solch „aggressive" Handlung gegen das Bürgertum eingelassen haben. Darum berichten sie unbündig, wobei sie den Namen ihres Busenfreundes wohlweislich auch verschweigen:

„Weißenfels. Keine Auflösung des Stadtparlaments. Wie gemeldet wird, hat der Regierungspräsident entgegen auf Grund eines Kriegsnotgesetzes vom 13. März 1923 für Weißenfels Gültigkeit hat, die Beschlußfähigkeit der Stadtverordnetensitzungen in Weißenfels vorhanden ist, wenn es ein Drittel der Stadtverordneten anwesend sind. Da tatsächlich von 36 Sitzen 18 besetzt haben, genügen diese zur Beschlußfähigkeit. Eine Auflösung kommt daher nicht in Frage."

Werktätige von Weißenfels! Das ist die Unterschrift Such die sozialdemokratische Presse in Eurem Kampfe gegen Bürgertum angedeihen läßt! Statt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Sieg im Weißenfelser Kampf an die Front der Werktätigen zu heften, serieren sie diese „Arbeiterzeitungen", die zu einem solchen Erlaß Grützners Veranlassung finden, dienen damit praktisch der Bürgerseite und erwecken Zweifel und Mißmut bei den Arbeitern, hier enthüllen die sozialdemokratischen Führer — ander Grützner über Kolpatek zu Bergholz — wieder einmal ihre arbeiterfeindliche Rolle!

Sozialdemokratische Arbeiter! Erkennt endlich diese Rolle Eurer Führer! Wir wollen nicht die rote Einheitsfront aller Werktätigen, sondern gemeinsamen Kampf um konkrete, politische oder politische Forderungen der Arbeiter, das formalen Recht der Bourgeoisie — hier mit einem Grützner — beweisen sie Euch im Namen der Bourgeoisie, daß sie Euch im Unrecht seid. Merkt Ihr nicht, daß sie sich zu Verbündeten der Bourgeoisie machen!?

Der Feind der Arbeiterklasse, der Feind, der unsere Einheit, der uns vom berechtigten Kampfe um Lohn und Brot, das ist der Arbeiterverräter, der Arm in Arm mit Grützner unsere Arbeiterinteressen „vertritt". Daß solche Leute nur auf glatten Verrat hinauslaufen, beweist auch wieder Grützners!

Wie soll man die Grützners in Eurem Namen diese Dinge sagen, sozialdemokratische Arbeiter? Wie lange noch sollen sie Eure Arbeiterzeitungen nennen dürfen, die für die Sache Grützners nichts übrig haben?

Werden dürfen die Namen der Erwerbslosen nicht veröffentlichen

Verschiedenen Gemeinden ist es vorgekommen, daß die Gemeinden sämtliche Namen der Erwerbslosen sowie Höhe der Unterstützung veröffentlicht haben, angeblich um zu sehen, ob die Erwerbslose trotz ihrer Unterstützung entlohnte Arbeit hätten. Das preußische Wohlfahrtsministerium erklärt, daß derartige Maßnahmen **ohne Beteiligung der zuständigen Kassen des öffentlichen Arbeitsnachweises nicht erfolgen dürfen.**

Die Landesbaukasse und die Witwen- und Waisenversorgungskasse der Provinz Sachsen. Nach einem kürzlich veröffentlichten Erlaß des Generaldirektors Dr. Dorrmüller über die Lage der Reichsbahngesellschaft sind die Ruhegehälter bei der Reichsbahn um Millionen vor dem Kriege auf 400 Millionen im Jahre 1925 gestiegen. Ein gleiches Anwachsen der Versorgungsbezüge ist bei der Ruhegehaltskasse und der **Witwen- und Waisenversorgungskasse der Provinz Sachsen** zu beobachten, deren Rechnungsergebnisse über das Jahr 1925 der Landeshauptmann jetzt in den Provinzialverwaltungsamtsblättern der Provinz bekanntgibt. Diese Kassen sind **Versicherungseinrichtungen des Provinzialverbandes, denen fast alle Kreise, Städte und sonstigen Kommunalverbände der Provinz mit ihren Beamten versichert sind.** Während die Ruhegehaltskasse die Ausgaben für Ruhegehälter vor dem Kriege (1914) nur 221 000 Mark betrugen und mit einer Umlage von 1 Prozent der versicherten Dienstbezüge gedeckt werden konnte, sie im Jahre 1925 eine Höhe von etwa 1,8 Millionen, welche eine Umlage von 15 Prozent erforderlich machte. Die Ausgaben für Ruhegehälter im Jahre 1914 noch so gering, fing zum großen Teil daran, daß diese Kasse erst seit der Provinzialverwaltung bestand und daher damals **erst** einige Pensionen zu zahlen hatte. Im Jahre 1925 hatte die Ruhegehaltskasse bereits für 585 Ruhegehaltsempfänger zu sorgen. Diese übermäßige Steigerung wird im wesentlichen auf die Heraufsetzung der Altersgrenze und die Auswirkung der Personalabbauverordnung zurückzuführen sein. Bei der bereits im Jahre 1914 bestehenden **Witwen- und Waisenversorgungsanstalt** sind die Versorgungsbezüge von 550 000 Mark vor dem Kriege (1914) auf etwa 2 Millionen Mark gestiegen. Das Anwachsen der Versorgungsbezüge bei dieser Anstalt wird im wesentlichen auf die Folgen des Krieges zurückzuführen sein, da die Kriegsjahre 1914/18 einen **erheblichen Zugang** von Witwen und Waisen bei der Anstalt erhalten etwa 1200 Witwen und 500 Waisen. Die Versorgungsbezüge aus dieser Anstalt. — Diese Zuschrift des Landesbaumannes ist sehr einseitig. **Es wird nur das Anwachsen der Ausgaben angegeben.** Höflich **verschweigt man aber die Zahl der Unterstützung usw. pro Kopf der Bezugsberechtigten.** Hier etwas zu verschweigen?

Die Tragödie der Verkäuferinnen

Die Diebstähle im Tischerschen Warenhaus — Der Standpunkt der „Türken" — Schreckensurteile — Organisiert Euch!

Da standen in Weißenfels acht Ladenmädels vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts. Was werden sie wohl getan haben? Doch nur das, was täglich Tausende tun, tun müssen, wenn sie leben wollen. Die Löhne in den Geschäften sind zu niedrig und dort liegen ein Paar Strümpfe und da ein Schal, den man gebrauchen kann, den man heimlich mal bewundert und probiert, wie schön er einem kleidet, und wenn man dann das Täschchen dort noch dazu hätte, dann könnte man so auftreten, wie jene feinen Damen, die hierher kommen und ausuchen und ausuchen, und die man bloß immer für ein Hundegeld bedienen darf. Von diesen Gedanken und dem schlechten Lohn ist es nur ein kleiner Schritt bis zum Diebstahl.

Nur wenn „sie" erwischt werden, dann wird eine Sensation aus diesen Alltäglichkeiten. Darum hatten sich auch

über 70 Personen im Weißenfelser Gerichtssaal

eingefunden, um der Verhandlung gegen jene beizuwohnen, die im Sommer dieses Jahres wegen Diebstahl's im Kaufhaus Tischer (Rüdenstraße) zur Anzeige gebracht werden waren. Nach den üblichen Formalitäten wurde als erste die 28 Jahre alte Elsa L. vernommen. Sie war über zwei Jahre bei der Firma Tischer beschäftigt und soll während dieser Zeit für zirka 1400 Mark Ware mit und ohne Wissen anderer Verkäuferinnen entwendet haben. Sie erklärt, daß sie so lange für Herrn Tischer unentgeltlich arbeiten wolle, bis diese Summe wieder gedeckt sei. Das wäre eine sehr gute Möglichkeit für Herrn Tischer.

ein billiges Ausbeutungsobjekt

in seine Hände zu bekommen. Dann wird die Mutter der Elsa L. vernommen. Sie hat keine Ahnung über die Veruntreuungen ihrer Tochter gehabt. Frau Martha W., die die Aufsicht über die Verkäuferinnen hatte, ist seit 1925 nur wenig mit Elsa L. zusammengekommen. Sie gibt an, von dieser zu den Diebstählen verleitet worden zu sein. Von einem Fräulein Sch. hat sie drei Hemden erhalten. Ein großer Teil der bei ihr beschlagnahmten Ware gehört ihrer Schwester, die diese bei einer auswärtigen Firma gekauft hat. Es sei nicht wahr, daß sie für 885 Mark Ware entwendet habe. Wie alle Verkäuferinnen, hat sie monatlich für zirka 30 Mark Sachen gekauft.

Die Vernehmung auf der Polizei sei so scharf geführt worden, daß sie damals alles sagte, um nur so recht schnell wieder entlassen zu werden.

Da jede Kontrolle durch den Chef fehlte, ist die Entwendung der Waren den Verkäuferinnen sehr leicht gemacht worden. Alle Verkäuferinnen klagen über die Art der polizeilichen Vernehmung. Lene P. hat die von ihr entwendeten Sachen der Firma schon wieder ersetzt. Die Angeklagte Frieda Sch. gibt an, nur höchstens für 350 Mark entwendet zu haben. Sie war 12 Jahre bei Tischer tätig. Auch sie beschwert sich über die polizeiliche Vernehmung. Sie führt auch Beschwerde über

die Arbeitsmethoden bei der Firma Tischer.

Sie hat ebenfalls den Schaden voll ersetzt. Sie gibt an, daß Herr Tischer sehr oft Preise festgesetzt hat, die erheblich über dem wirklichen Preis der Ware standen. Alle anderen Angeklagten machen ähnliche Aussagen und haben den Schaden wieder ersetzt.

Als Zeuge gibt der Besitzer des Kaufhauses Tischer an, er sei bei den Haussuchungen sehr großzügig vorgegangen, wogegen die Verkäuferinnen alle behaupten, daß er ziemlich rigoros vorgegangen sei. Tischer meinte, er vertrete den Standpunkt des Türken!

Was weg ist, ist eben weg!

Eine feine Ansicht, die allerdings eine eigenartige Moral vermuten läßt und die in diesem Falle nicht angewandt worden ist. Kriminalassistent Lotze behauptet natürlich, daß er sehr human vorgegangen sei.

Der Herr Staatsanwalt hält die Angeklagten des gemeinschaftlichen Diebstahls für überführt und beantragt für Anna L. der Beihilfe nicht nachzuweisen war, Freisprechung und für Luise P. die Einstellung des Verfahrens, da die Tat schon verjährt ist. Ebenso Einstellung gegen Hilde H., welche damals noch nicht 18 Jahre alt war. Für Elsa L. beantragt er sechs Monate, für Martha W. neun Monate, für Lene P. vier Monate, für Frieda Sch. sieben Monate, für Frieda H. und Klara H. je einen Monat Gefängnis. Er stellt es dem Gericht frei,

den Angeklagten Bewährungsfrist

zu bewilligen, da sie noch unvorbestraft sind. Die Verteidiger traten für Geldstrafe oder für Gefängnis mit Bewährungsfrist ein.

Die Verkündung des Urteils nach zirka einstündiger Beratung übertrachte alle Anwesenden. Man hatte angenommen, daß das Gericht weit unter den Anträgen des Staatsanwaltes bleiben und Bewährungsfrist gewähren würde. Das Gericht wollte ein Schreckensurteil fällen. Ein Urteil, das allen Hungerleidern mit Stehkragen und mit Bubitöpfen die Warnung zurufen soll: Vergreift Euch nicht an dem „Eigentum" Eurer Arbeitgeber! Wenn die auch mal über den wirklichen Preis verkaufen oder Euch in unbezahlter Ueberstundenarbeit beschäftigen und so schlecht entlohnen, daß Ihr dabei immer hungriger, sie aber immer satter werden, so dürft Ihr Euch doch nicht an ihrem Eigentum vergreifen.

Das Urteil lautete wie folgt: Frau Anna L. wird freigesprochen und gegen Luise B. das Verfahren eingestellt. Hilde B. erhält 20, Klara H. 120 und Frieda H. 240 Mark Geldstrafe. Elsa L. sechs Monate, Martha W. neun Monate, Frieda Sch. sieben Monate und Lene P. vier Monate Gefängnis.

Die Anträge auf Bewährungsfrist wurden abgelehnt.

Das ist ein ungeheures Skandal, ein Klassenurteil! Freilich, der Weg gegen den Hunger, den die Angeklagten beschritten haben, ist ein falscher.

Angestellte, erkennt aus dieser Geschichte die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Schließt Euch zusammen in freien Verbänden und kämpft gemeinsam mit der Arbeiterschaft um die Erhöhung Eurer Lohn- und Lebensbedingungen und beseitigt dadurch den Zustand, der manchen zu den hier geschilderten Handlungen treibt.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Gewerbesteuer 1926. Die städtischen Körperschaften haben am 16./22. Nov. 1926 — V. 2661.26 beschlossen, die Gewerbebetriebssteuer für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1927 zu erlassen. Die Zahlung der Lohnsummensteuer für diese Zeit bleibt bestehen.

Lützen. Gegen Schmutz und Schund. In der letzten Mitgliederversammlung des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes, Ortsgruppe Lützen, sprach ein Kollege über das Gesetz gegen Schmutz und Schund. Er bezeichnete es als eine Schande, daß ein Demokrat (Külz) ein solches Schandgesetz einbrachte (das ein Sozialdemokrat — Schulz — ausarbeitete). Er zeichnete die Gefahren, die dadurch dem Deutschen Arbeiter-Theater-Bund und dem Proletariat drohen. Die schönste proletarische Literatur sowie die proletarischen Revolutionswerke werden unter das Gesetz fallen. Der Kollege erntete Beifall. Folgende Resolution wurde eingebracht und beschlossen: „Die am 25. November tagende Versammlung des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes, Ortsgruppe Lützen, legt schärfsten Protest ein gegen das Schmutz- und Schundgesetz. Sie sieht in ihm eine Gefahr für die Freiheit des schöpferischen Geistes, eine Hemmung jeden geistigen Fortschritts der Proletariermassen. Wir verlangen: Fort mit diesem Gesetz!

Benkendorf. Tödlicher Unfall. Beim Rübenfahren in der v. Zimmermannschen Zuckerfabrik geriet durch einen unglücklichen Zufall der 19jährige Gespannführer Becker aus Delitz a. B. unter einen schweren Lastwagen, dessen Räder ihm über die Brust gingen. Mittels Krankenautomobils wurde der Verletzte sogleich einem halleschen Krankenhause zugeführt, wo er indes bald darauf seinen Verletzungen erlag. Das Antreibehystem auf dem Lande wird auch nur die Ursache zu dem Unfall gewesen sein.

Merseburg. Oeffentliche Steuer- und Schulgeldmahnung. Die für November noch rückständigen Kreissteuern und Schulgelder, sowie die spätestens für Oktober-Dezember 1926 sind nunmehr innerhalb drei Tagen an die unterzeichnete Kasse zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist muß sofort mit der festgesetzlichen Beitreibung vorgegangen werden. Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.

Mansfelder Kreise

Wenn zwei das eine tun

(Arbeiterkorrespondenz)

Ein Landarbeiter in Vogtstedt hat kranke Füße, so daß er öfter zum Arzt muß und so die Woche ganze drei Mark nach Hause bringt. Er hat glücklicherweise keine Kinder. Wovon sollte auch sonst die Familie leben. Seine Frau ist auch nicht recht arbeitsfähig. Zum Ueberfluß mußte er auch noch einige Wochen ins Krankenhaus nach Sangerhausen, wurde aber als unheilbar entlassen. Um nun nicht zu verhungern, geht dieser Arbeiter zur Arbeit. Es gehören starke Nerven dazu, sich den Fuß anzusehen. Aber der Arzt schreibt ihn nicht zum Invaliden. Nun kann dieser Proletarier keine Steuern nicht bezahlen. Alles Bitten und Flehen hilft nichts, unbarmherzig wird er gepfändet. Die Ziege soll ihm genommen werden. Sonst ist nichts Pfändbares vorhanden. Er braucht aber die Ziege zur Ernährung. Wenn hilflose Leute in ihrer Verzweiflung sich hilfesuchend an den Gemeindevorsteher wenden und nicht jedes Wort gedrechselt herauskommt, dann wird der Ortsgewaltige von seinem Hausrecht Gebrauch machen, statt helfend einzugreifen.

Das Gegenstück: Ein Agrarier in Hohlstedt führt ein großes Haus. 4 Kutschpferde, 2 Reitpferde, 1 Kutscher, 1 Chauffeur mit Auto, 1 Inspektor, 1 Verwalter, 1 Hofmeister und 1 Aufseher, eine Mamiell, 4 Dienstmädchen, eine Kindergärtnerin, 1 Gärtner sind vorhanden. Eine gleichgroße Wirtschaft in Wallhausen, nur noch viel bessere Bodenklasse, braucht nur ein Dienstmädchen, weiter nichts. Dieser Agrarier oder hat seine Steuern (1700 Mk.) auch noch nicht bezahlt. Hier rührt sich nichts . . .

Das nennt man Demokratie, Gerechtigkeit und dergleichen!

Eisleben. Wander-Ausstellung „Gesundes Jugendleben". Das Wohlfahrtsamt Eisleben veranstaltete vom 17. bis 23. November eine Ausstellung, betitelt: „Gesundes Jugendleben". Es war manches Gute zu sehen, was auch wir gutheißen und unterstützen. Um die Jugend wirklich aufzuklären, muß auch ein anderes Gebiet gestreift werden, das Jugendschutzgesetz. Es fehlte vollständig. Es ist ja ein Kapitel, das die Ausbeuter nicht gern sehen. Wenn das in der Ausstellung verspätet worden ist, so wollen wir es an Hand der Praxis zeigen: Die Säuglingsfürsorgestelle hat zwei Schwestern, die die Arbeit am Herd besorgen sollen. Unter anderem gehört dazu das Rühren der Suppe, damit sie nicht anbrennt. Zum Rühren der 30 Liter, die der Topf faßt, gehört aber auch Kraft. Außerdem hat der Ofen acht Flammen, die eine große Hitze abgeben, so daß man sich verbrennen kann. Die Gase, die dabei einströmen, sind so stark, daß Schwindelanfälle keine Seltenheit sind. Der Gefahr bewußt, haben es die Schwestern verstanden, sich die Arbeit vom Halse zu wälzen. Zu dieser Arbeit hat der Kindergarten zwei Mädels im Alter von 14 bis 15 Jahren zur Verfügung gestellt. Schwach und gebrechlich, müssen die Kinder diese gefährliche Arbeit leisten. Die Töpfe sind so schwer, daß die Mädchen sie nicht heben können. Sie müssen alle Kraft anwenden, damit die Arbeit geleistet wird. So ist es schon zweimal vorgekommen, daß sich die Mädchen die Arme verbrannt haben. Ein Mädchen ist durch Einatmen der Gase umgefallen. Trotz alledem gibt es bei den Schwestern kein Erbarmen. Eine Schwester hat ihnen gesagt: Wenn Ihr nicht arbeiten wollt, so melde ich es Eurem Direktor, damit Ihr eine schlechte Zensur bekommt. Das ist auch schon bei einem Mädchen der Fall gewesen. Solche Zustände können auf keinem Fall bestehen bleiben. Wenn die Arbeit für die Schwestern zu viel wird, so dürfen nicht Jugendliche dieser Gefahr ausgesetzt werden. Es gibt genug erwerbslose Frauen, die für eine Bezahlung gern arbeiten. Wir fragen hiermit an: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diesem Mißstande abzuhelfen?

Siersleben. Tödliche Folgen eines Sturzes. Die Ehefrau des Oberschweizers Franke, die vor wenigen Wochen die Bodentreppe herunterstürzt war, ist im Krankenhaus in Gerbstedt ihren Verletzungen erlegen.

Hettstedt-Burgörner. Rote-Hilfe-Versammlung. Am Sonntag den 5. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Zur Erholung" (Paul Türre, Burgörner) unsere Mitgliederversammlung statt. Neben einigen sehr wichtigen Tagesordnungspunkten wird der Delegierte von der Landeskonferenz der Werktätigen in Halle Bericht erstatten. Genossinnen und Genossen! Versäume keiner, in die Versammlung zu kommen und richte sich jeder so ein, daß Punkt 8 Uhr die Versammlung beginnen kann, damit wir noch Gelegenheit haben, uns zu den Fragen, die heute das Proletariat drücken, Stellung zu nehmen.

Bitterfeld-Wittenberg

Zschernsdorf. Frauen, aufgewacht! Vor kurzem erschien in der Presse ein Artikel über den Vaterländischen Frauenverein, dem alle Einwohner nur zustimmen konnten. Eine Ausnahme dabei machte der fast nur von Arbeitern lebende Fleischermeister Schmidt mit seiner Frau. Sie konnten im Laden, selbst Arbeiterfrauen gegenüber, den mutmaßlichen Verfasser nicht genug verwünschen. Wenn wir uns nun heute mit diesem den Mantel der Nächstenliebe tragenden Verein befassen müssen, so nur deshalb, um den leider noch vielen Arbeitern, die diesem Verein noch nachlaufen, ein „Halt" zuzurufen. Die Oberregisseure sind fast nur Direktorenund Doktordamen. Die Arbeiterfrauen spielen die Rolle der Trottels. Zum großen Teil sind es solche, deren Männer der SPD. und dem Reichsbanner angehören. Gehört doch sogar die Frau des Reichsbannerkameraden und Austrägers der „Freien Presse" diesem Verein an. Hier wird es höchste Zeit, daß sich die betreffenden Organisationsleiter einmal dieser irregeführten Leuchen annehmen. Wir rufen allen Arbeitern zu, unterlegt Euren Frauen den Besuch dieses Vereins. Die dann übrigbleibenden Damen aber fordern wir auf, ihre Männer, die doch als Aktionäre, Betriebsleiter usw. die Macht dazu haben, zu bestimmen, die schändliche Arbeiterausbeutung einzustellen. Vielen werden die Augen aufgegangen sein bei der Veranstaltung am vergangenen Freitag. Hier war

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0009

der Unterschied zwischen Arbeitern und Ausbeutern so recht zu spüren. Schon nachmittags tuschelte man sich zu: Bei Schröders muß was los sein. Uno richtig, der bekannte Kriecherwirt hatte, im Gegensatz zu Arbeiterveranstaltungen, bei denen kaum bunte Tischdecken vorhanden sind, in Erwartung des hohen Besuchs schneeweiß „gestaagt". Und endlich kamen denn auch die Gäste. Unter ihnen der SPD.-Vorsitzende Wolf. Dann kamen auch in Autos und Galakutschen die hohen Herrschaften und los ging der Rummel. Die Sänger und das Doppelquartett ließen ihre Lieder ertönen. Dann wurde der von Arbeitern des Werkes Staßfurt während der Arbeitszeit aufgebaute und mit Geschirren angefahrene Kitsch gezeigt. Hier konnte man sehen, was alles möglich ist, wenn es um Interessen der Ausbeuter geht. Wie wir weiter hören, beabsichtigt man jetzt, um noch mehr Dumme zu finden, eine „Schwesterstation" zu gründen. Man ist sich aber noch nicht im klaren, wie man möglichst unauffällig die Kosten für die Sache auf andere abwälzen kann. Ein Vertreter soll davon schon einiges in der Gemeinderatssitzung ausgeplaudert haben. Er forderte bereits über das Doppelte, was der Schwesterstation der Deutschen Grube bewilligt wurde. Heftenlich passen die Vertreter der Arbeiterschaft auf, wenn die Herrschaften mit ihrem Plan ankommen. Zum Schluß noch eine Mahnung an die Arbeiter des Werkes Staßfurt. Zeigt mehr Klassenbewußtsein! Tut im Werke Eure Arbeit, laßt Euch aber in Eurem Privatleben von all den kleinen Gernegroßen, die, weil sie sonst keine Kenntnisse besitzen, sich durch Schnüffelei bei ihren Vorgesetzten bemerkbar machen müssen, nicht davon abhalten, zu tun, was eines Arbeiters würdig ist. Werft Eure Kenglichkeit ab und steht mehr zusammen, damit wieder einer dem andern trauen kann. Denkt über den tieferen Sinn Eurer Lage nach, dann werdet Ihr einsehen müssen, daß wir sie nur verbessern können, wenn wir uns einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und der KPD. anschließen und dort für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Wittenberg. Zimmerer! Am Freitag, dem 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Kraftloosstraße 1 Mitgliederversammlung aller KPD.-Mitglieder vom Zimmererverband bei Erhardt Ziegler. Alle KPD.-Genossen haben pünktlich zu erscheinen.

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz

Torgau. Zu dem Bericht über die letzte Monatsversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Torgau, stellen die Genossen der KPD. nachstehendes fest: Herr Klaschinsky hat von unserem Genossen Holzweißig keinen Auftrag erhalten, sich für ihn einzusetzen bei der Wahl des Geschäftsführers. Genosse Holzweißig weist diese Verdächtigung scharf zurück! Der Berichterstatter war sehr vorsichtig, als er schrieb, nach Herrn Klaschinskys Ansicht würde Genosse Holzweißig bald abgehaut. Herr Klaschinsky und der Berichterstatter können uns das ruhig überlassen, was wir mit unseren Angestellten machen. — Herr Dämmer, seines Zeichens Gemeindevorsteher und SPD.-Mann, hatte sich wochenlang die erdenklichste Mühe gegeben, als gelunder Mensch den Geschäftsführerposten zu ergattern. Gerade in dieser Organisation wäre es schmutzig gewesen vom Genossen Holzweißig, wenn er sich aufgedrängelt hätte, wo in dieser Organisation doch so viel Krüppel vorhanden sind. Da SPD.-Mann Dämmer nicht gewählt wurde, schickte man Herrn Klaschinsky vor, um der KPD. etwas auszuhängen. Schmieriges Gesindel! Nun zu dem ehemaligen langjährigen Mitglied der KPD. und jetzigen Kreisleiter des Reichsbundes. In der traglichen Versammlung und bis heute, hat sich dieser noch nicht von der KPD. abgemeldet. Er hat also, um Kreisleiter zu werden, die Parteizugehörigkeit öffentlich verleugnet. Ueber dieses Verhalten können die Mitglieder des Reichsbundes sich selbst ein Urteil bilden. Wir werden nach dem Statut verfahren.

Liebenwerda. Unfall. In der Nacht vom 28. zum 29. November erlitt der Dreher M. Müller einen schweren Unfall. Ein Auto, das von Berlin die Maadorfer Brücke bei Liebenwerda passierte und den dort liegenden Müller, der gefährlichen Kurve halber, nicht gleich bemerkte, fuhr ihm über die Brust. Der Kühler des Autos stellte Rippenbruch fest. Müller hat schon ohne Bewußtsein in einer geronnenen Blutlache gelegen, die ganz wahrscheinlich von einem leider durchfahrenden Auto herrührte. Dieses wird den Müller hilflos liegen gelassen haben. Das zweite Auto fand ihn in einem trostlosen Zustande auf. Man brachte ihn mit Hilfe des Sanitäters Umlauf nach Liebenwerda in seine Wohnung.

Herzberg. Aufgemacht! Am Sonnabend dem 27. November, erstattete Gen. Käntz in einer allgemeinen Versammlung Bericht von der Mitteldeutschen Konferenz der Werktätigen. Diese Versammlung war schwach besucht, da immer noch das Diktat des Metallarbeiter-Hauptvorstandes bei einem Teil der Mitglieder als Befehl angesehen wird, und da manche die paar Groschen für ein Glas Bier oder für eine Tellersammlung nicht mehr übrig haben. Wenn Ihr zu Hause bleibt, Herzberger Arbeiter, während Eure traurige Lage besprochen wird, kann es nicht besser werden. Oder habt Ihr keine Not? Aber warum denn bange machen lassen vor den „bösen" Kommunisten? Wir müssen diesen Weg beschreiten, der uns zur Einigung aller Werktätigen, zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind führt.

Eilenburg. Werktätige! Am Freitag, dem 3. Dezember, findet in der „Stadthalle" eine vom Roten Frauen- und Mädchen-Bund einberufene öffentliche Frauenversammlung statt, in der die Rußland-Delegierte Schull Bericht erstatten wird über ihre gemachten Erfahrungen und Eindrücke bei ihrer Reise durch Sowjet-Rußland. Der Spielmannszug des RFB. wird zur Ausgestaltung dieser Versammlung beitragen und einige Stücke zum Vortrag bringen. Außerdem wird ein kleines Theaterstück: „Ein Kaffeekränzchen beim Königin-Luise-Bund" von einigen Genossinnen des RFMB. aufgeführt, was eine sehr gute Wirkung hat und den Arbeiterfrauen in klaren Worten den wahren Sinn und Charakter des Luisen-Bundes vor Augen führt. Alle Arbeiterfrauen von Eilenburg ergeht hiermit der Ruf, in die Versammlung zu kommen, um zu zeigen, daß auch sie gewillt sind, nicht mehr länger zu dulden und zu darben, sondern sich einreihen werden in die rote Klassenfront des Proletariats. Deshalb auf in die Versammlung!

PROLETARISCHER KUNSTABEND DER IAH

O TRUPPE E

Freitag / 3. Dezember
HALLE
8 Uhr / „Volkspark"

Sonnabend / 4. Dezember
MERSEBURG
„Funkenburg"

Sonntag / 5. Dezember
WEISSENFELS
Stadttheater

POLITIK | SATIRE

Unsere Taktik bei der Zeitzer Etatberatung

Von M. Benkwitz

Die Gemeindepolitik ist ein wichtiger Teil der Parteiarbeit. In den Gemeinden, wo die Kommunisten eine klare Gemeindepolitik treiben, wird auch die Partei bei großen Schichten der werktätigen Bevölkerung Einfluß gewinnen. Man muß die Gemeindepolitik als Sprungbrett zu benutzen verstehen, um unser Ziel: „Heran an die Massen", schneller zu erreichen. Wer schaut nicht alles auf uns in der Gemeinde? Das Heer der Arbeitslosen, die große Zahl der Sozial- und Kleinrentner, die Opfer der Wohnungsnot, Kleingewerbetreibende, die unteren Angestellten und Beamten, kurzum 90 Prozent der gesamten Bevölkerung. Es interessieren sich — leider! — für die kleinen Sachen der Gemeindepolitik bedeutend mehr Menschen, als wie für die hohe Politik, die im Reich und in den Ländern gemacht wird. Nun haben es sich sehr viele unserer Genossen sehr leicht gemacht, indem sie die Frage auf alles oder nichts stellten. Sie fragten: Kann man im kapitalistischen Staate überhaupt etwas im Interesse der werktätigen Bevölkerung tun, zumal in den Gemeinden, die doch nur, auch wenn sie Arbeitermehrheiten haben, weiter nichts sind, als die ausführenden Organe der reaktionären Reichs- und Landesregierung? Wir Kommunisten wissen, daß sich die Lebenslage der besitzlosen Klasse im kapitalistischen Staate niemals ändern wird. Aber wie steht es mit den vielen Hunderttausenden und Millionen, die das noch nicht erkannt haben, die immer noch in der bürgerlichen Ideologie stecken, daß durch den Parlamentarismus das heutige System geändert werden könnte? An die müssen wir herankommen, wenn wir ihre bürgerliche Ideologie, ihren Glauben an den bürgerlichen Staat zerstören wollen.

Eine der heiß umstrittenen Fragen in der Partei ist die, ob die Kommunisten dem Etat einer Gemeinde ihre Zustimmung geben können. Bis vor kurzem stand man auf dem Standpunkt: nein. Wenn man eine Opposition ist, die keinen Einfluß hat, ist das richtig, weil unsere Anträge meistens alle abgelehnt werden, auch von den Sozialdemokraten. Aber die Situation ist schon eine andere, wenn wir als Kommunisten den Ausschlag geben, wenn wir sozusagen das Zünglein an der Wage zweier Gruppen bilden, beispielsweise zwischen Bürgerlichen und SPD. Dann interessieren sich schon viel mehr Arbeiter für unsere Haltung. Es heißt dann, was werden die Kommunisten machen? Werden sie, zumal wenn noch ein sozialdemokratisches Magistratsoberhaupt sich in der Gemeinde befindet, der immer noch zum Teil bei der Arbeiterschaft im Geruche sicht, Arbeiterinteressen zu vertreten — werden die Kommunisten dann, im Bunde mit den Bürgerlichen, den Sozialdemokraten die Mittel verweigern oder werden sie, gemeinsam mit den Sozialdemokraten, dem Etat zustimmen? Dann heißt es für unsere Genossen: Heran an den Feind! Jetzt beginnt die Arbeit, jetzt gilt es, der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Lakaien, den sozialdemokratischen Parlamentariern, die Maske vom Gesicht zu reißen. Bei halbwegs geschickter Arbeit ist das nicht allzu schwer. Dafür spricht das Zeitzer Beispiel. Es hat grundsätzliche Bedeutung.

Die Stadt Zeitz ist eine Industriestadt. Sie besteht aus drei Viertel Industriebevölkerung, hat eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit im Stadtparlament und jetzt in neuester Zeit auch im Magistrat. Die SPD. mimt „links" und hat dadurch noch gewissen Einfluß bei den Proleten. Bei der Beratung des diesjährigen Etats, der sich in Einnahme und Ausgabe in der Höhe von etwa 8 Millionen Mark bewegt, waren vom sozialdemokratischen Oberbürgermeister bedeutende, von den Dezernenten angeforderte Mittel für Wohlfahrtszwecken und kulturelle Aufgaben gestrichen, in Höhe von 480 000 Mark. Hier hatten wir als Kommunisten sofort ein, indem wir auf die Wirtschaftskrise verwiesen und beantragten, für die einzelnen Etats verteilt, zum großen Teil aber für Wohlfahrtspflege, eine Summe von 320 000 Mark zuzusetzen. Unsere sämtlichen Anträge — u. a. 10 000 Mark zur Errichtung eines kommunalen Friedhofes, 8000 Mark für das Volksbad zur Verbilligung der Bäderpreise, 10 000 Mark für Lungenkrankenfürsorge, 24 000 Mark für Sozial- und Kleinrentner — wurden gemeinsam von SPD. und Bürgerlichen abgelehnt. Der SPD.-Oberbürgermeister wollte Frieden mit den Kapitalisten schließen. Darauf wurden die Bürgerlichen frech, sie verlangten nach weitere Kürzungen. Als ihnen das nicht gelang, verweigerten sie ihre Zustimmung zum Etat bei der Gesamt-Abstimmung, ebenso unsere Genossen, wir natürlich mit einer entsprechenden Erklärung. Ein Notetat wurde eingebracht, der so ähnlich aussah wie der abgelehnte. Auch dieser wurde von Bürgerlichen und Kommunisten abgelehnt. Jetzt wurden die Kommunisten, weil sie den Verrat der hilfsbedürftigen Bevölkerung nicht mitmachte hatten, von den Sozialdemokraten in wüster Weise beschimpft. Sofort ging die KPD. zur Offensive über. Ein kleines Flugblatt wurde herausgegeben, öffentliche Einwohnerversammlungen angesetzt. Die SPD. machte dasselbe, die ganze Stadt befand sich im Aufruhr. Aber die SPD. konnte keine Lorbeeren bei den Proleten ernten. In ihrer eigenen Versammlung konnten sie nicht einmal eine Resolution einbringen, weil sie Gefahr liefen, daß diese abgelehnt wurde. Die werktätige Bevölkerung verstand es sehr gut, warum die KPD. dem Etat nicht zugestimmt hatte. Die SPD. hatte verbreitet, das Krankenhaus ist in Gefahr vom 1. April an gibt es kein Gehalt für die Angestellten und Beamten, die Sozial-, Kleinrentner- und Erwerbslosenunterstützung wird eingestellt. Die tollsten Lügen wurden verbreitet. Aber es half alles nichts.

Nach einigen Wochen wurde der alte Etat wieder vorgelegt. Die KPD. beantragte Neuberatung auch der einzelnen Etats; das wurde von den Bürgerlichen und der SPD abgelehnt. Schon in den Kommissionsberatungen hatte der SPD.-Oberbürgermeister versucht, den Bürgerlichen eine Brücke zu bauen. Lieber mit der Reaktion als mit der KPD. zusammengehen — sagten sich die „linken" Sozialdemokraten. Von seiten der SPD. wurde den Bürgerlichen versprochen, die Gewerbesteuern herabsetzen. Dies machte die Bürgerlichen noch unverschämter. Sie verlangten, daß das Versprechen des Oberbürgermeisters zum Beschluß der Stadtverordneten erhoben würde, dann würden sie zustimmen. Dieser Beschluß, der selbst der SPD. zu weit ging, wurde abgelehnt von KPD. und SPD. Darauf erklärten die Bürgerlichen, nun würden sie dem Etat nicht zustimmen. Dies war eine bedeutsame Situation für die KPD. Auch wieder ablehnen, ohne zu versuchen, irgend etwas herauszuhalten, die SPD. zu Konzessionen zu zwingen, war unmöglich. Das hätten die Proleten auch schwer verstanden. Jetzt hieß es, taktisch geschickt operieren. Die Sitzung wurde auf fünf Minuten vertagt, dann wurde von uns beantragt, den Verfügungsstock des Magistrats von 15 000 Mark auf 60 000 Mark, den Verfügungsstock der Bürgerlichen von 120 000 Mark auf 240 000 Mark für Körperschaften von 120 000 Mark auf 240 000 Mark zu setzen unter der Bedingung, daß diese Mittel nur für Wohlfahrtszwecke zu verwenden sind. Hilflose Gesichter gab es nun auf seiten der bürgerlichen und der SPD. und noch mehr bei den Bürgerlichen, die sich jämmerten. Die SPD. erklärte, sie würde dem kommunistischen Antrag zustimmen. Jetzt also war es möglich, die Mittel für die notleidende Bevölkerung einzusetzen. Das Doppelgesicht der SPD. war wieder einmal deutlich zum Vorschein gekommen.

Nun darf man nicht glauben, daß mit 185 000 Mark neuem Etat die werktätige Bevölkerung von Zeitz aus ihrem Elend kommen wird. Nein, im Gegenteil, das jetzt dem Etat zugesetzte Etatsjahr hat sehr deutlich und drastisch gezeigt, daß diese 185 000 Mark nur Palliativmittelchen gewesen sind, daß auch diese so sehr hoch erscheinende Summe weiter nichts gewesen ist, als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Denn durch die ungeheure Arbeitslosigkeit, die das ganze Jahr angehalten hat, wurden diese Mittel rasch und schnell aufgebraucht, und heute wird von seiten der Bürgerlichen und SPD.-Führer bei jedem Antrag, der von der KPD. im Ausschusse der Notleidenden eingebracht wird, immer ein ungeheures Lamentieren darüber angestimmt, daß keine Mittel mehr vorhanden sind und daß sich die Stadt in einer ungeheuer schlechten finanziellen Notlage befinde — denn mittlerweile weist der Etat der Stadt Zeitz einen Fehlbetrag von 300 000 Mark auf, und die Losung der „Staatserhaltenden" Parteien: Sparen, sparen, immer wieder sparen! Mögen dabei auch Hunderte von Menschen zugrunde gehen, die Hauptsache ist, daß der kapitalistische Staat erhalten bleibt. Was damals die Kommunisten in ihrer Gemeinde den Arbeitern sagten, ist klipp und klar eingetroffen. Die Kraft der Werktätigen wird durch derartige parlamentarische Manöver sozialdemokratischen Führerschaft nicht geschwächt. Die Kommunisten müssen durch ihre Initiative allüberall der Arbeiterschaft immer mehr beweisen, daß ihre Interessen ernsthaft nur von der Partei der Kommunisten verfochten werden. Dazu müssen wir alle Mittel benutzen, um im kapitalistischen Staate zur Verfügung stehen. Oberste Losung muß die sein, die Lenin schon im Jahre 1905 herausgab: Hinein in alle Klassen der Bevölkerung, hinein als Agitatoren, Propagandisten, als Organisatoren und zu gleicher Zeit auch als Praktiker, natürlich aber nur im revolutionären Sinne, wie die SPD., im Sinne der kapitalistischen Gesellschaft.

Um aus diesem Elend herauszukommen, gibt es keinen anderen Weg als den der KPD. Unsere Arbeit im Parlament ist ein Mittel zum Zweck. Die Arbeiterschaft aus der Tretmühle des Kapitalismus endgültig zu befreien, ist unser Ziel. Dazu ist notwendig der Zusammenschluß aller Werktätigen in Stadt und Land unter dem Banner der Kommunistischen Partei. Wenn das geschieht, dann wird der Endkampf nicht schwer sein. Der Sieg des Proletariats wird aber nur dann beständig sein, wenn die kommunistische Gesellschaft beständig sein wird, wenn die Diktatur des Proletariats gefreten ist.

Rosberg. Einwohner! Donnerstag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof „Adler" Gemeindevertreter-Sitzung. Es ist erwünscht, die Einwohnerschaft zahlreich teilnimmt.

Zeitz. Mit dem heutigen Tage tritt die neue Polizeiverordnung über den allgemeinen Verkehr auf öffentlichen Wegen (Straßenverkehrsordnung) des Herrn Oberpräsidenten vom 26. November 1926 in Kraft. Diese Polizeiverordnung liegt im Rathause, Zimmer 7, zur Einsichtnahme aus.

Arbeiter-Sport

3. Kreis, 4. Bezirk. Kaffball-Serie

1. Jugendklasse. Im Proletarischen Turnverband Zeitz 1. Jugend — Kraft Jugend siegte erwartungsgemäß Rosberg mit 5 : 0 (3 : 0). Rosberg war besser, mußteaber bei Turnerhand nur der Tormann und diese Partie. Dieses ruhige Spiel ist auf den Einfluß des guten Schiedsrichters zurückzuführen. Dieser Vorteil verlieh Turngenossen R. Röder (Verein Turnen Zeitz).

Arbeiter-Athletenbund. 5. Kreis, 1. Bezirk. Patrioti Mattenteuerung. Eisernen Achilles und Adler zur Kenntnis, daß der Mattenteuerungsabend abendsnachmittag erfolgt. Achilles ist um 5 Uhr in der Turnhalle der Bürgerschule. Adler eröffnet das Gefecht um 5,6 Uhr an seiner Turnhalle. Die Abmachung des Transportes sind die Zeiten einzuhalten. — Die Teilnehmer müssen möglichst am Tage vor ihrer Veröffentlichung in der Kenntnis sein. 9 Uhr können sie nicht mehr zeitlich werden. (L. Gr.)

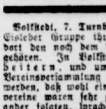
Hannsburg. Proletarisches Kulturkartell. Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Kartellsitzung in Werterbach.

Zeitzich. Spielleute des Zentralvereins für Kultur und Körperpflege. Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 10 Uhr im Gasthof „Zum grünen Tal". Zeitzich, unsere Vereins-Liebhaberspielerin ist, stehende, welche unserer Spielmannsbewegung helfen und stehen wollen, herzlich eingeladen.

Arbeiter-Athletenbund Deutschlands

5. Kreis, 1. Bezirk

Sonntag, den 5. Dezember, vormittags ½11 Uhr, im „Reichshof"



Vorschlußrunde
der gr. Ringkämpfe um die
Bezirksmeisterschaft
Vorkämpfe:
Atlas — Boxring 1926

Kassenöffnung 10 Uhr. Eintritt 50 Pf., Arbeitslose m. Ausw.

Bolkhedt, 7. Turnbezirk (Eisleber Gruppe). Am 28. November veranstaltete Eisleber Gruppe ihren letzgeplanten Wettbewerb, diesmal in Bolkhedt, wo dort den noch dem Arbeitersport fernstehenden Arbeitern zu zeigen versucht gehoben. In Bolkhedt besteht der bürgerliche Fußballverein wirklich Heiterkeit, und um sie vor unserer Beeinflussung zu bilden, machte der Vereinsvorsitzende angeleitet. Nun ist dem Vereinsleben leider nicht so, daß man sagen kann, daß die Mitglieder dieses Vereins, welche bei dem Wettbewerb teilnehmen wollen, werden, daß wohl ein ganz Teil Gäste mehr anwesend sein wäre. Es waren von Arbeitersportlern erschienen, die 22 Programm-Punkte, die sich gut gefallen, sprachen gut an. Schüler, Turnerinnen und Turner zeigten, daß sie gut beteiligt von dem Erfolg wurde der Heimweg angetreten.

3. Kreis, 4. Bezirk. Frauenturnen. Unsere letzte Vorstellung der Frauenturnerinnenkurnde findet von Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, Konzertdorf statt. Tagesordnung: Kreisfest 1927, anschließend Kreisfest wählen. Da sämtliches Material vom Kreisfest durchgenommen wird, ist es unbedingt eines jeden Vereines, zu erscheinen.

Vereinsmitteilungen

Sportvereinigung Achilles von 1896. Freitag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, der Reichert, Mauselder Straße, Versammlung. Da heute Kassenbericht gliedert, zu erscheinen.

ASC. Germania-Zeitzsch. Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal statt. Nichterscheinen wird bestraft. Es fällt aus Sonntag vormittag 10 Uhr singen alle drei Mannschaften in Zeitz. Sonntag, den 5. Dezember, in Zwintschöna großer Sportabend in Ringen, Jiu-Jitsu, Akrobaten. Stummer ist auch da.

Briefkasten

Weißenfels. Anonyme Briefe an Partei oder Presse werden nicht Papierkorb.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S. für den redaktionellen Teil für den Verlag und Anzeigenteil Fritz Kred, Halle Druckerei

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltungs**
Dieselben sind stets frisch und ausgiebig
1 Pfd. mit 20 Proz. Rabattmarken 90 ₰, 1 Pfd. mit 40 Proz. Rabattmarken
Otto Noak, inh.: Georg Ritter, Gr. Steinstraße

58

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0010

Seefische
...lksnahrung

...unsere wirklich frische ... kostet nur 1/4 des Flei... und ist ebenso nahrhaft ... noch bekömmlicher ... frischeingetroff. Waggon

Große Ulrichstraße 58
...ziger Str. 17, am Reileck

...e Fischbackstube am Reil... ...st vor Weihnachten auch ...ntags in Betrieb. Pro... ...en Sie und Sie staunen

In beiden Geschäften

...eljau ... Pfd.	40 ₰
... o. K., ...	Pfd. 35 ₰
...e Heringe ...	Pfd. 32 ₰
...onaden, bratfert.	Pfd. 55 ₰

...feinem, zarten Kabeljau

Besonders preiswert:

...ler Sprotten **60 ₰**
...1 Pfd. Inhalt nur ... ausgewogen 1/2 Pfd. 35 ₰

Ferner:

...e ne Bratheringe ... 1 Pfund schwer ... nur **75 ₰**

Riesenauswahl in ...rbinen u. Fischkonserven

Beachten Sie unsere Schaufenster

Vogels Restaurant Halle-Trotha

Freitag, den 3. Dezember 1926:

4662 Großes

Geflügel-Preisskaten

Anfang 7 1/2 Uhr — Anfang 7 1/2 Uhr

Es ladet freundlichst ein **Wilhelm Vogel**

Auf Kredit!

Moderne Herren- u. Knaben-Anzüge, Regenmäntel, Wintermäntel, Joppen, Windjacken, Hosen, Gardinen, Teppiche, Diwandecken, Steppdecken, Federbetten, Reform-Unterbetten, Kinderwagen, Korbmöbel

Kleine Teilzahlungen

Kredit auch nach auswärts

N. Fuchs

Halle S., Große Ulrichstraße 58
I., II., III. Etage 4812

Sonntag, den 5., 12. u. 19. Dez. von 1/2 12 bis 6 Uhr geöffnet!

An alle Werktätigen von Zeitz und Umgebung!

Freitag, den 3. Dezember, abends 1/2 8 Uhr im großen Saale des „Preußischen Hof“:

Oeffentliche Versammlung

Der frühere **Franziskanerpater Hans Amon**
4691 spricht über das Thema:

Gibt es einen Gott?

Es ist wichtig, diese Versammlung zu besuchen. Die Vertreter des Gottesgedankens sind zur freien Aussprache aufgefordert. Siehe Plakate

Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V.
Sitz Berlin
Gemeinschaft prolet. Freidenker Zentrale Leipzig
Ortsgruppe Zeitz

Praktische Weihnachtsgeschenke

286

in

Konfektion
Schuhwaren
Herrenartikel

kauft man am besten und billigsten im

Kaufhaus Hermann Henze

Rathausstr. 1 — **Bitterfeld** — Rathausstr. 1

Eine originelle

Orient-reise!

Startplatz: München.
Aufbruch: nächsten Sonntag.
Führung im Orient: Herr Dr. Ali Nabi.
Kosten: darüber wird nicht gesprochen.
Einzelheiten finden Sie übermorgen an dieser Stelle.
Passen Sie gut auf! Sie werden sich gut unterhalten.

...der — Nähmaschinen

...prechapparate

...atten in großer Auswahl
... Zahlungserleichterung ... Wochenrate von Mk. 3,— an

...Franke, Landwehrstr. 2
am Riebeckplatz

Sie kaufen am vorteilhaftesten

direkt von der Fabrik

Ich gewähre auf meine Erzeugnisse

...Barzahlungs-Rabatt bis 10. Dezember

...als 3000 Abnehmer zählen zu ... Kundschaft: 1. ein Beweis der ... meiner Waren, 2. ein Zeichen der ...ngsfähigkeit meines Werkes

... bei bequemer Teilzahlung an:

...	v. 15.50 M	an
...	v. 21.50	an
...	v. 16.00	an
...	v. 10.50	an
...	v. 9.50	an
...	v. 30.00	an
...	v. 24.00	an
...-Unterbetten	v. 11.00	an
...	v. 36.00	an

...in alle Farben ... Schlafzimmer außerst billig
...wagen und Puppenwagen in allen Preislagen

Fabriklager:

...l. S., Leipziger Str. 18
...gebäude — Kein Laden
...ber: **Bernh. Schormann**

Nähmaschinen
Sprechapparate
Schallplatten und Nadeln
Wringmaschinen
Taschenlampen und Batterien

billigst 4670

Max Schneider

Merseburg, Schmalestr. 19

Achtung!

Zimmerer des Leuna-Werkes

Freitag, den 3. Dezember 1926
abds. 6 1/2 Uhr, im **Gasthaus Leuna**:

Zimmerer-Versammlung

4698 Tagesordnung:
Die Wirtschaftskrise und die Gewerkschaften
Referent: **Gauleiter Kamerad Laue**
Kameraden, erscheint restlos und pünktlich

Die Zahlstellenleitung Merseburg

Heute — Morgen

Max Blankhöfer
Merseburg, Breitestraße 7
Kolonialwaren
Eig. Hausschlächterei
Schlachtefest

Eröffnung!

Musik-Instrumente

aller Art in größter Auswahl kaufen Sie
billig und gut
im Musikhaus

Kurt Salzmann, Helbra

Chausseestr. 51 — Chausseestr. 51
Fachmännische Reparaturen 284

Otto Käsemann
Helbra

283

Manufaktur-Waren
aller Art

...es Wildhandlung

...e 42 u. Wochenmarkt
...98 Tel. 239 98

...mpfiehlt diese Woche:
...s- u. Landgänse ... ausgeschlachtet
...n, Hühner, Hähne, ...en, Tauben
...: Hirsch, Reh, ...en und Kanin
...igsten Tagespreisen

...Abend f. d. „Rote Hilfe“

...elt-Theater
Bitterfeld

...on Donnerstag b. Sonntag
...abwechselungsreich. Spielplan

Maciste

...moderne Herkules und Riese ...neuest. Gakt. Sensation
...e unter den Löwen

Im bunten Teil:
...r Harald Lloyd
...heiteren Groteske
...ist nun mal so!

...Viele nicht wissen
...Sammlung von Merkwürdigkeiten

...uesten Wochenberichte

Modezeitungen empfehlen di... Volksbuchhandl...

Nähmaschinen, Sprechapparate, Fahrräder

auf Teilzahlung kaufen Sie als gutes Weihnachtsgeschenk bei

Artur Götze, Ammendorf

gegenüber dem Straßenbahn-Depot
Reparaturen werden sauber ausgeführt

Filiale:
Merseburg, Johannesstraße 4

Konsumverein Röglitz u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 2 Uhr, im **Gasthof „Deutsche Krone“, Raßnitz**:

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1925/26. Bericht des Aufsichtsrates. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
2. Beschlußfassung über die Verteilung der Ersparnisse
3. Wahl des nach dem Statut ausscheidenden Vorstandsmitgliedes sowie Wahl und Ersatzwahl der Aufsichtsratsmitglieder
4. Anträge nach § 42 des Statuts
5. Vortrag über die Volksfürsorge
6. Geschäftliches

*4676

Der Aufsichtsrat
J. A.: A. Hetzcher

Billig u. gut

kaufen Sie

Ulster
Paletots
Anzüge
Joppen

bei

Reese

Inh.: **W. Redant** 4690

Weißenfels, Jüdenstr. 48

Spendet für die Rote Hilfe

Bekannt Bewährt Preiswert

Bettfedern

Daunen — **Inletts** — Fertige Betten

Eduard Graf

Größtes Spezialgeschäft am Platze

Halle S. Marktplatz 11 Tel. 21298

Gegründet 1892 — Gegründet 1892

Burg-Theater

Gr. Hosenstr. 12 — **Ab Freitag:**

Der Weibsteufel

2 Teile, 10 Akte in einem Programm
Erdhangelegtes Sensations- und Schmugglerdrama nach Schönherrs Schauspiel 4675

Außerdem: Buster Keatons erste Flitterwoche

Arb.-Gesangverein „Echo“ Haynsburg - Breitenbach

Mitglied d. D. A.-S.-B.
Leitung: **Max Köhler**, Zeitz

Sonntag, 5. Dezember, abends 8 Uhr,
4660 im Gasthof zu Breitenbach:

Herbst-Konzert

Hierzu laden wir alle Einwohner von **Haynsburg-Breitenbach** und Umgebung freundlichst ein — **Der Vorstand**

AUF TEILZAHLUNG!
Bei Barzahlung 10% Rabatt!

Bett, Stahldrahtmatratze, Auflagematratze — zusammen **50 Mark**

Eisenbetten ...	von 40,00	Mk. an
Chaiselongues ...	von 35,00	Mk. an
Schränke ...	von 65,00	Mk. an

sowie komplette Küchen- und Schlafzimmereinrichtungen, Sofas, Stühle, Federbetten usw.
kaufen Sie spottbillig, in nur guter Qualität ohne jeden Zwischenhandel bei **10 Mk. Anzahlung** und wöchentlich **5 Mk. Abzahlung** in der
Möbel-Fabrikniederlage

I. V. E. Gräf, Weißenfels

Fuchsgasse 21 oder Promenade 14
Merseburg: **Jetzt Neumarkt 22**

Edison-Lichtspiele

Keuschberg-Dürrenberg

Jeden Freitag u. Sonnabend im Gasthof zur Sonne
empfehlen wir unsere neuesten

Filme.

Paul Sonntag.

Hermann Schütze, Mücheln

Beste Bezugsquelle
für Musikapparate, Schallplatten, Korbmöbel, Rudelstühle, Puppenwagen, Spielwaren und Kinderfahrzeuge

---

Adolf Bethke

Fahrräder
Haus- u. Küchengeräte

Klein-Wittenberg

---

3 Tafeln Vollmilch-Schokolade

(à 100 Gramm)
Erstkl. Fabrikate!
zusammen nur

1 Mark

Merkel

Roßmarkt 7

Corbetha

bei Schkopau
(Kreis Merseburg)

Freitag, 3. Dezbr.:

Gr. Schlachtefest

Ab 9 Uhr: **Wellfleisch**
Ab 5 Uhr: **Frische Wurst**
Auch wird Räuchern angenommen

Um zahlr. Besuch bittet
*4654 **Fritz Hingst**

Walter Schwiecker
Nebra

Uhrmacher u. Fahrradhandlung

Geschenkartikel aller Art

Ernst Günther Wiehe

Wilhelmstraße

Spielwaren
aller Art 281

Schaukelpferde
Puppenwagen

Steter Eingang frischer Räucherwaren, sowie Schottenheringe und Bratheringe (N. W.) direkter Bezug 232

Hermann Schmidt, Teuchern,
Pegauer Straße 8
(Kein Laden)

Auf Teilzahlung

Auf Teilzahlung bei kleiner Anzahlung erhalten Sie preiswerte

:: Möbel ::
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
sowie einzelne Gegenstände
Kleiderschränke
Bettstell. aus Holz u. Metall, **Büfetts**
Schreibtische
Flurgarderoben
Matratzen, Sofas
Chaiselongues
Kinderbettstellen
usw. usw.

B. Ehrenreich & Co.

nur Nannischestr. 15
Telephon 282 63
Inhaber: Gebr. Krauthammer
Leipzig
Bequeme Abzahlung

Auf Teilzahlung

bei kleiner Anzahlung erhalten Sie

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Herr.-Reg.-Mänt.
Damen-Kleider
Damen-Mäntel
Damen-Kostüme

Pelze

Leib- u. Bettwäsche
Teppiche, Gardinen
Steppdecken, Tischdecken usw. usw.
Kindergarderobe

B. Ehrenreich & Co.

nur Nannischestr. 15
Telephon 282 63
Inhaber: Gebr. Krauthammer
Leipzig
Bequeme Abzahlung

Für Beamte ohne Anzahl.

Verkauf von Altmaterialien.

Die Unterplan 12, Holzplatz 7 und Angerweg 35 lagernden Altmaterialien als Guß-, Schmiede- und Schmelzeisen, Blech, Metall und Zink, sollen meistbietend verkauft werden.

Schriftliche Angebote sind verschlossen u. mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Montag, den 6. Dezember d. J.** im Büro Unterplan 12 abzugeben, woselbst die Bedingungen und Angebotsformulare entnommen werden können.

Die Eröffnung der Gebote findet am gleichen Tage um 12 Uhr mittags in Gegenwart der erschienen. Anbieter statt.

Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke. 4678

Bureau-Bedarf

Reparaturwerkstatt 288
Vervielfältigungsbureau

Werner Löwenstein & Sohn

Magdeburger Straße 63

Morgen Freitag **Schlachtefest**
Von 9 Uhr an
Wellfleisch

P. Kühlewind, Schwetschkestr. 28

Hüte, Mützen Pelzwaren

Billige Bezugsquelle

Herm. Haubold
Naumburg a. S.,
Topfmarkt 5

Prima jung. fettes Mastroßfleisch und alles andere empfiehlt

Max Frommelt

4688 **Zeitz**
Porzellenstr. 15

Künstlerische 466

Puppen und Babys

zu bescheidenen Preisen
Zeitz
Weberstraße 1 b
Puppenklinik

Alte Bücher

können durch unsere **Buchhandlungen** bezogen werden

Auf Teilzahlung

bei kleiner Anzahlung erhalten Sie:

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Herren - Regenmäntel
Herren-Lodenjoppen
Damen-Kleider
Damen-Mäntel
Leib- und Bettwäsche
Damen- u. Herr.-Schuh

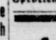
L. Kraushar
Zeitz
Wendischerberg 1 b

Hamburger Fischhalle

4680

Zeitz, Brüderst. 9

Täglich frischer Schellfisch, Kabeljau, Kohlbarsch.
Filet- (Tüten)-Fisch
grüne Heringe
Räucherwaren
Fett-Bücklinge
Sprotten, Kiste 60 Pf.



4689

Achtung
Diese Woche

prima Mastfleisch

ff. Cervelatwurst (Speck)
fett. Rouaden, feine Bockwürstchen,
Mett- u. warme Wurst

Dir. Nachf.,
Zeitz. Scharrenstr.

Hugo Biewald
Naumburg a. S.

Messerschmiedemeister

ff. Solinger Stahlwaren

Schleiferei

Alfred Zipfel
Brennstoffhandel
Naumburg a. S.

Neuengüter 30
Telephon 974

Militärmäntel (orig.) Joppen, Schuhe, Langsch.-Schaftstiefel u. dgl. aus Heeresbeständen. (Neu) Arbeitshosen, Manchester-, Pilot-, Schlosseranz., Anzüge, Mäntel u. Federbetten, Rucksäcke empfiehlt

Emil Kühn

Zeitz, Baigstr. 8
am Altmarkt 4687
bei Sperling & Dinger

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0011
DFG

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Sämtliche Briefe bzw. Postsachen sind von heute an zu richten: An die Gaufführung des RFB. Halle-Merseburg, Halle a. S., Große Klausstraße 18. Telephon 29017. Die Adresse des Kameraden Dölcher ist nicht mehr zu benutzen.
Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 3 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends.

Untergau Halle-Saalkreis

Abteilung 5, Zentrum. Bis Sonnabend müssen die Kameradschaftsführer sämtliches außenstehendes Material beim Kassierer abgerechnet haben.
Halle, Abteilung 3 (Süden), 10. Kameradschaft. Freitag, 3. Dezember, abends 8 Uhr, im „Dreibund" Pflichtversammlung.
Halle, Abteilung 2, Süden. Alle Kameraden treten Sonntag zur Jungfront-Werbung 9 Uhr vormittags bei Freundlich an. Pflichtverankaltung.
Halle, Abteilung 2, Süden. Der Abteilungsvorstand trifft sich Sonntag vormittag 10 Uhr bei Freundlich zur Sitzung.
Numendorf. Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, Antreten der gesamten Ortsgruppe im „Burgschlößchen". (Gründung der Roten Jungfront.)
Nietleben. Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, in der „Sonne" Mitgliederversamml.
Lettin. Sonnabend, 4. Dezember, abends 8 Uhr, Generalversammlung.
Canena. Sonnabend, 4. Dez., abends 8 Uhr, bei Wenkel Mitgliederversammlung.
Pölditz-Wörmlitz. Sonntag, 5. Dez., vormittags 9 Uhr, im Gasthof Rauschbach Mitgliederversammlung. (Gaukonferenz-Bericht.)
Werbebezirk Seeben. Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, Kursusabend (für Brachstedt und Oppin) in Oppin zur Freiheit.
Werbebezirk Seeben. Sonntag, 5. Dez., nachm. 2 Uhr, im „Schwarzen Adler" Sennewitz, Mitgliederversammlung für die Ortsgruppen Seeben, Sennewitz, Gutenberg, Oppin, Brachstedt, Teicha.

Jungfront

Die Roter-Jungfront-Werbewoche wird bis zum 4. Dezember verlängert. Ortsgruppen senden sofort an Gaufführung Arbeitsplan ein. Fragebogen bis 7. Dez.

Untergau Merseburg

Laucha. Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, Generalversammlung.
Merseburg. Donnerstag 2. Dezember, Vorstandssitzung beim 1. Vorsitzenden.
Merseburg. Freitag, 3. Dezember, Vollversammlung in der „Stadt Leipzig".
Neumark. Sonntag, 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung.

Untergau Schkeuditz

Gräfers. Sonnabend, 4. Dez., pünktlich 1/8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Untergau Bitterfeld (Sektrees)

Oberröblingen. Sonntag, 5. Dezember, vorm. 9 Uhr, im Lokal Henze Kursus. Fortsetzung russische Revolution.
Schraplau. Sonntag, 5. Dez., abends 7 Uhr, Werbeversammlung. (Gründung Roter Jungfront.)

Untergau Mansfeld Gebirgskreis)

Gerbstedt. Sonntag, 5. Dez., vormittags 12.30 Uhr, Antreten bei Lohmener zur Jungfront-Werbedemonstration. Abmarsch nach Helligenthal zur öffentl. Versamml.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 3. Dez., abends 7 Uhr, Fackelumzug, anschl. große öffentliche Werbeversammlung.
Eisdorf. Sonnabend, 4. Dez., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Brodnanndorf. (Bericht Gaukonferenz, Kursus russische Revolution.)
Delitzsch. Sonntag, 5. Dez., früh 9 bis 11 Uhr Spargeld-Auszahlung im „Lindenhof". Sonntag, 5. Dezember, 1/29 Uhr, Demonstration.

Untergau Bitterfeld

Reiglsch. Sonntag, 5. Dezember, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschänke Werbeabend. Alle Ortsgruppen sind eingeladen.

Untergau Wittenberg

Jessen. Freitag, 3. Dezember, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung.

Untergau Weißenfels

Gräfenhain. Freitag, 3. Dez., abends 6 Uhr, im „Sachsenhof" Vollversammlung.
Gräben. Sonntag, 5. Dezember, Pflichtversammlung.
Hohenmölsen. Donnerstag abend 8 Uhr im Lokal Rusch Kursusabend.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Eilenburg. Große öffentliche Frauenversammlung Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, in der „Stadthalle". Tagesordnung: Bericht über die Eindrücke und Erfahrungen in Sowjet-Rußland. Referentin: Die Rußland-Delegierte Schull, Halle.
Elsterwerda. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, im bekannten Lokal. Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz in Berlin. Referentin: Genossin Bohle, Pieskerik.
Weißenfels. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, im „Tivoli". Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz in Berlin. Referentin: Genossin Schumann, Halle.
Eisleben. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, 3. Dez., abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz in Berlin. Referentin: Genossin Lehmann, Halle.
Teuchern. Außerordentliche Mitgliederversammlung Sonnabend, 4. Dez., abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz in Berlin. Referentin: Genossin Thor, Weißenfels.
An alle Ortsgruppen! Am Sonntag, den 5. Dez., norm. 10 Uhr, findet in Halle in der „Goldenen Kette", Alter Markt, eine Konferenz aller Ortsgruppenkassierrinnen unseres Gaues statt. Keine Ortsgruppe darf fehlen. Das Fahrgeld ist durch die Ortsgruppen aufzubringen.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 29150

Halle. Freitag, 3 Dezember, proletarischer Kunstabend im „Volkspark".
Merseburg. Sonnabend, 4. Dez., proletarischer Kunstabend in der „Junkenburg".
Weißenfels. Sonntag, 5. Dezember, proletarischer Kunstabend im „Volkshaus".

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Zeitz. Sonntag, 5. Dez., Agitationskursus nach auswärts. Treffpunkt früh 8 Uhr an der „Laube". Genossen und Genossinnen! Gedenkt der politischen Gefangenen! Kommt alle!
Hettstedt. Die für Sonntag, 5. Dez., nachm. 2 Uhr, angesetzte Rote-Hilfe-Konferenz für den Mansfelder Gebirgskreis fällt aus.
Hettstedt-Burgörner. Sonntag, 5. Dez., abends 8 Uhr, bei Paul Dürre, Burgörner, Mitgliederversammlung. Bericht v. der Landeskonferenz der Werktätigen in Halle.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 1

Fernruf 21473

Alle Ortsgruppen müssen jetzt einen Antrag auf Fahrpreisermäßigung bei Bezirksamt stellen und ein Photobild des Leiters beigefügt werden.
Zum Kongreß der Werktätigen wurden Sammellisten und Marken herausgegeben. Diese Material muß sofort an die Bezirksleitung abgerechnet werden.
Bez. des KJVD. Halle-Merseburg.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

An alle Mitglieder der hallischen Organisation!

Sonntag, 5. Dezember, Einweihung des Jugendheimes der Ortsgruppe Süden. Die hallische Organisation nimmt geschlossen teil. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 70 Pf. Einzahlung Freitag, 3. Dezember, für die Gruppen Süden, Westen von 6 bis 8 Uhr Jugendbüroen, Produktion-Genossenschaft; für die Gruppen Zentrum und Norden abends von 7 bis 8 Uhr im „Volkspark".
Halle. Freitag beteiligt sich die gesamte Organisation an der Veranstaltung des RFB. im „Volkspark". Hierzu hat die Leitung für die Lehrlinge Karten zum Preise von 20 Pf. besorgt. Erwerbslose haben ihren Ausweis mitzubringen. Karten können im „Volkspark" am Freitag von 7 bis 8 Uhr im Büro Zimmer 7 Empfang genommen werden.
Halle. Sonnabend 6½ Uhr im Jugendsekretariat UBZ-Sitzung.
Halle. Sonnabend 8 Uhr in der Jugendherberge Theaterprobe.
Halle. Sonntag Jugendtreffen in Schkeuditz. Abfahrt vormittags 10.15 Uhr. Treffpunkt 1/10 Uhr Hauptbahnhof. Rückfahrt 5.41 Uhr.
Halle. Sonntag abend 8 Uhr in der Produktin Unterhaltungsabend.
Schkeuditz. Sonntag, 5. Dezember, Einweihung des Jugendheimes, verbunden mit einem Jugendtreffen. Alle umliegenden Ortsgruppen müssen sich an der Veranstaltung einstellen.
Numendorf. Donnerstag, 2. Dez., abends 7 Uhr, im Jugendheim Arbeiterjugend. Alle Jugendlichen mitbringen.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Freitag, 3. Dez., Leseabend bei Paul Dürre am Bahnhof. Thema: Warum die Kirschbäume im Herbst blutrote Blätter haben.
Burgörner. Sonntag, 5. Dez., nachm. 3 Uhr, Versammlung bei Gruhe, Gasthof „Zum deutschen Haus".
Hettstedt. Sonntag, 5. Dez., treffen sich die Genossen, welche mit nach Gerbstedt machen, um 2 Uhr an der Zentrale.
Hettstedt. Sonntag, 5. Dez., abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung beim Genossen Müller.
Sonntag, 5. Dez., beteiligen sich alle Genossen an der Gebirgskreisversammlung des RJVD. in Gräfenhainichen. Abmarsch 2 Uhr von Thonhof.

Unterbezirk Delitzsch

Gielsen. Freitag, 3. Dezember, Liederabend.

Unterbezirk Bitterfeld

Wittenberg. Donnerstag, 2. Dez., abends 1/8 Uhr, Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus. Abends 8 Uhr Monatsversammlung ebendaselbst.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Teuchern. Freitag, 3. Dezember, Unterhaltungsabend.
Teuchern. Sonntag, 5. Dezember, Funktionärtreffen. Alle Funktionäre erscheinen!

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Halle. Freitag abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Gruppenabend.
Seeben. Jeden Sonnabend Treffen der gesamten Mitglieder.

Aus Anlaß der **Neu-Eröffnung** unseres **Bitterfelder Zweiggeschäftes** verkaufen wir

Strümpfe und Wolle zu sensationell niedrigen Preisen

Reinwollen. Strickgarn 50 Gramm 38 Pf. Baumwollen. Damenstrumpf 25 Pf.

Beachten Sie unsere Schaufenster. Sie können nicht billiger kaufen

Leipzig Hainstraße 1 Hainstraße 1 — **H. Fröhlich & Co.** — **Bitterfeld** Walter-Rathenau-Straße 7

Unsere Leser kaufen nur bei unseren Inserenten!

Herren u. Knabengarderoben sowie Arbeitskleidung J. Israel, Wittenberg Collegienstraße 6

Paul Naumann Wittenberg, Collegstr. 19 Hüte — Mützen Pelzwaren für Damen und Herren — Anfertigung aller Art

Kleiderstoffe // Baumwollwaren // Unterwäsche für Damen und Herren Berufskleidung Kurz- u. Wollwaren kaufen Sie immer gut und preiswert bei Erich Rosenhagen Manufaktur- und Modewaren Piesteritz

Kaufen Sie keine Margarine beim Hausierer! Versuchen Sie meine Spezialmarke „Echte Hollsteinsche" Im Geschmack wie Butter 1 Pfd. 100 4 mit Butterfaß Walter Seidel Delitzsch

J. Wolff Nachf., Delitzsch Gegr. 1867 Tel. 29 Jahrzehnt Gegr. 1867 Dieste Str. 1 An der Stadtkirche Empfehle mein reichhaltiges Lager Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Trikotagen, Gardinen sowie in Herren-, Damen-, Knaben- und Kinder-Konfektion Große Auswahl in Arbeitergarderobe Bekannt billige Preise Reelle Bedienung

Luise Reiche Delitzsch Holzstraße 21 empfiehlt ia. Fleisch- und Wurstwaren als Alt. Landbutter, Margarine, Eier, ia. Käse

Hermann Krüger Piesteritz Lomniger Str. Echte Sternuhr. Uhren, Optik, Gold- und Silberwaren Reparaturen schnellstens und preiswert Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Am vorteilhaftesten kauft man Damen-, Herr.-, Arbeiter- und Knaben-Bekleidung im Möbel- und Warenhaus J. Preminger Wittenberg, Jüdenstraße 7 Stets auf Lager: Wohn- u. Kücheneinrichtung., einzelne Möbelstücke

Fahrräder u. Zubehörteile empfiehlt zu billigsten Preisen Fr. B. Weiß Fahrradfabrik Wittenberg Vertreter von Mütze- Göricke- Grätzner- und Mars-Fahrrädern Verkaufsstellen: Wittenberg, Markt 5, Merseburg und Zschornewitz

Konsum-Verein Delitzsch Unsere Mitglieder decken Ihren Bedarf nur in Ihren eigenen Geschäften

Emil Sudau Delitzsch, Holzstraße 12 Fahrräder Nähmaschinen Puppen- u. Kinderwagen-Ersatz- u. Zubehörteile - Reparaturwerkstatt Sehr günstige Zahlungserleichterungen

Damen-Mäntel Damen-Kleider Bluusen, Röcke Kleiderstoffe Baumwollwaren Fritz Baum, Delitzsch

Paul Flemming Wittenberg, Mittelstr. 17 neben J. G. Schugt & Söhne Uhren u. Goldwaren Trauringe Paar von 9,00 Mark an

Wurstspezialitäten: 1. Rindfleisch, ff. Hammelfleisch 1. Kalbfleisch, ff. Schweinefleisch auch alle Sorten frische und geräucherte Wurstwaren Fritz Triebel, Fleischermstr. Wittenberg, Jüdenstraße 16

Herren- und Knaben-Modenhaus von Richard Hirschfeldt Wittenberg Collegienstr. 22 und Mittelstr. 56 1901 25 1926

Schuhmacher-Rohstoffgenossenschaft Delitzsch Holzstraße 5 Telephon Holzstraße 5 empfiehlt Boden- und Oberleder, alle Sorten Ausschnitt, Werkzeuge, Leisten, sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel

Hart Nachf. Delitzsch Manufaktur- u. Modewaren Herren- u. Damen-Konfektion Billigste Bezugsquelle

Louis Baum Delitzsch, Hochstraße 3 empfiehlt ein Lager fertiger Möbel- und Polsterwaren Tapezieren u. Dekorationen

E. Reusch Fleischerei u. Wurstfabrik Wittenberg Alle Sorten Fleisch- u. Wurstwaren in bester Qualität!

M. Horn, Uhrmacher Wittenberg, Schloßstraße 27 Uhren, Gold- und Silberwaren Eigene Reparaturwerkstatt Optik-Lieferant aller Krankenkassen

Schuhhaus W. Kiehle Wittenberg, Collegienstraße 7 Große Auswahl in: Schuhwaren aller Art zu ganz festen Preisen Ständig Eingang von Neuheiten Reparaturen jeder Art

Sind Sie schon Mitglied im Konsumverein für Wittenberg und Umg. e. G. m. b. H. Beitrittserklärungen sind in den Verkaufsstellen erhältlich

Seifen-Fabrik Friedrich Held Nachf. Inh. Georg Bogthere Delitzsch, Hallesche Straße 9 Kern-, Schmier-, Toilettenseifen und Parfüme

Beste Fleisch- u. Wurstwaren sowie allerfeinsten Aufschnitt empfiehlt Bernhard Noack, Fleischermstr. Delitzsch Eilenburger Straße 6

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261202-12/fragment/page=0012